Politische Systeme und Theorien I

Block I: Was ist Politikwissenschaft?

I.1 Was ist Politik? → Zusammenfassung auf Blatt (16.09.19)
Lektüre: Bernbauer Kapitel 1

I.2 Was Politikwissenschaft ist! → Zusammenfassung auf Blatt (18.09.19)
Lektüre: Bernbauer Kapitel 2

I.3 Wozu braucht die Politikwissenschaft Theorien? Welche Ansätze und wozu?
(23.09.19)
Lektüre: Bernbauer Kapitel 1&2

Wozu Theorie?

- Ohne Theorie riskieren wir:
  - Unsystematisch / anekdotisch vorzugehen
    → die Theorie zeigt uns, wo wie hinschauen müssen, um herauszufinden, ob ein Phänomen wissenschaftlich oder anekdotisch ist.
  - Zentrale Erklärungsvariablen zu übersehen
  - Daten nicht interpretieren/vergleichen zu können
    → die Theorie zeigt uns, wo wie hinschauen müssen, um zu vergleichen
    → Synthese des vorhandenen Wissens
    → Bsp.: Sozialausgaben variieren zwischen Ländern → Interpretation
  - Immer wieder bei Null zu beginnen – vgl. Isaac Newton (17. Jh): «If I have seen further, it is by standing on the shoulders of giants»
    → Was ist schon etabliertes Wissen? → darauf bauen
    → Wissenschaft soll kumulativ sein

Was ist ein "Ansatz"?

- Eine Metatheorie/"Übertheorie", die bestimmte Variablen in den Vordergrund rückt
  → "Scheinwerferfunktion"
- Eine «Brille», die wir bewusst aufsetzen können, um bestimmte Variablen besonders deutlich zu sehen.
- «grand theories» vs. «middle-range theories»
- Ansätze vs. Theorien
- Brille vs. Genau spezifizierte Hypothesengebilde
- Theorien: Aussagesysteme, die mehrere Komponenten umfassen:
  - Definitionen
  - Axiome (Annahmen, die nicht hinterfragt werden)
  - Theoreme (Hypothesen mit sehr hohem Allgemeinheitsgrad, die als selbstevident betrachtet werden)
  - Hypothesen, die sich aus Definitionen, Axiomen und Theoremen ableiten lassen („Propositionen“)

  → insbesondere Axiome und Theoreme (allgemein, nicht hinterfragt) sind im Ansatz verankert

I.3a Ansätze: Strukturalismus, Rational-Choice, Kulturalismus, Institutionalismus

- **Institutionalismus**: Institutionen (d.h. dauerhafte, formelle und informelle Spielregeln der Gesellschaft)

- **Strukturalismus**: strukturelle Bedingungen und Interessen (Wirtschaftsstruktur, Sozialstruktur) → nicht individuell (Makroebene)
- **Rational-Choice**: individuelle Interessen (Mikroebene)
- **Kulturalismus**: kollektive Ideen, Vorstellungen und Diskurse (weniger materialistisch als der Strukturalismus und der Rational-Choice Ansatz)

→ Welche Variablen sind zentral für die Erklärung politischer Prozesse, Outputs und Outcomes?

Beispiel: Warum ist GB noch nicht aus der EU ausgetreten:

- Die "City" in London wird das mit allen Mitteln verhindern
  → Strukturalismus
- Die Abgeordneten wissen schon, welche Geister ein no-deal in Irland heraufbeschwören könnte
  → Kulturalismus
- Johnson hat viel mehr davon das Thema zu bewirtschaften als tatsächlich eine Lösung zu bringen
  → Rational-Choice
- Das ist doch einfach typisch für ein Majorzsystem – die Parteien sind intern blockiert und über Parteigrenzen hinweg geht nichts… parteipolitische Sandkastenspiele
  → Institutionalismus

→ Verschiedene Brillen, die unseren Blick auf unterschiedliche Aspekte richten.

Forschung

- Systematische Literaturrecherche
- Aufarbeitung des Standes der Forschung zur spezifischen Frage
- Erarbeitung von konkreten (falsifizierbaren) Hypothesen, die empirisch überprüft werden können
- Evtl.: Integration von versch. Ansätzen in ein konsistentes Modell

I.3b Epistemologie: Was ist ein Ansatz? Wozu dient er?

- Epistemologie = Erkenntnistheorie
- Wie generieren wir Wissen?
- Was gilt als (gesichertes) Wissen?
- Nach welchen Kriterien bewerten wir Gültigkeit und Verlässlichkeit von Erkenntnissen?

Dominanz der empirisch-analytischen Forschung in der heutigen Politikwissenschaft (cf. Bernauer et al. 2018: 35ff)

- "strebt eine möglichst objektive, d.h. werturteilsfreie, Beschreibung und Erklärung der politischen Wirklichkeit an."
- "Hypothesen werden durch logische Analysen und empirische Tests geprüft."
- "Angestrebt werden Aussagen, die sich über die direkt untersuchten empirischen Sachverhalte hinaus verallgemeinern lassen."
- "Gütekriterien: Systematik, Generalisierbarkeit, Identifikation, Objektivität, Reliabilität und Validität, intersubjektive Prüfbarkeit."
  → Verallgemeinerung, Abstrahierung, Zusammenhänge suchen
- Innerhalb dieses Grundrahmens gibt es einen Pluralismus von Ansätzen und Forschungsprogrammen

Lakatos (1970): Wissenschaftliche Forschungsprogramme bestehend aus:

- Theoriekern (Axiome, Theoreme): immun → muss man nicht stets begründen
- "Schutzdispositiv"
  → immuner Kern mit falsifizierbarem Hypothesengürtel
- Lakatos' Wissenschaftstheorie: Synthese aus den Theorien Poppers (kritischer Rationalismus) und Kuhns (historisch-soziologische Wissenschaftstheorie)

Popper (1935): Kritischer Rationalismus

- Was Wissenschaft ausmacht ist die Falsifizierbarkeit:
- Wissenschaftliche Theorien sind niemals verifizierbar, aber sie müssen falsifizierbar sein. (vgl. Bernauer et al. 2018: 65)
  → Wissenschaft arbeitet über das Testen von falsifizierbaren Hypothesen
- Viele gescheiterte Falsifikationsversuche ergeben eine "bewährte" Theorie.
- Popper grenzt sich ab gegen "Ideologie" (nicht falsifizierbar)
  → es gibt keine Argumente dagegen
- Beispiel: der schwarze Schwan
  → ein schwarzer Schwan falsifiziert
  → aber 5 Mio. weisse Schwane verifiziert keine Hypothese

Kuhn (1962): Wissenschaftliche Paradigmen

- Historisch-soziologisches Wissenschaftsmodell
- Vgl. Pflichtlektüre (Bernauer et al. 2018: 63)
  "Eine Theorie oder Theorienfamilie, die in einem Wissenschaftszweig zum Standard geworden ist, und deren Kern nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wird, nennt man Paradigma."
  → Einigung auf Wissen, ohne dieses zu hinterfragen
- Ein Paradigma besteht aus
  - Allgemeine Prinzipien und Annahmen (Axiome)
  - Musterbeispielen
  - Einer "scientific community", die an der Weiterentwicklung des Paradigmas arbeitet
- "Es gibt keine paradigmenneutrale Beobachtung"
- Paradigma: Theoriefamilie → stellt den Bestand einer Disziplin dar
  → bestehen aus Axiomen, Theoremen und soziologischen Aspekten

Zwei Arten wissenschaftlichen Fortschritts nach Kuhn

- In **"normalwissenschaftlichen Phasen"** ermöglicht die gemeinsame Akzeptanz eines Paradigmas kontinuierlichen Wissensfortschritt. "Anomalien" werden durch ad hoc Modifikationen der Theorie innerhalb des Paradigmas bereinigt.
  → z.B. Kosten <-> Nutzen beim Wählen
- In **"revolutionären Phasen"** fordern jüngere Forschende das herrschende Paradigma heraus.
  → weniger empirische Tests → Was ist richtig? → sozialer Machtkampf
- Der Kampf zwischen den zwei Paradigmen wird nicht über empirische Tests entschieden, sondern ist ein **sozialer Machtkampf**.
- Im Extremfall: Gefahr des Relativismus…

Synthese: Lakatos und die parallelen Forschungsprogramme

- Von Popper: Rationalismus, Hypothesentest
- Von Kuhn: Forschung als sozialer Prozess

Forschungsprogramm nach Lakatos

- ”Harter Theoriekern” (Axiome, Theoreme)
- “Gürtel”, welcher den Kern schützt – negative Heuristik (Anomalien "wegerklären")
- Eine “Anomalie” kann zu einer “progressive Entwicklung” der Theorie führen, in welcher der Kern bewahrt wird – positive Heuristik
- Koexistenz von rivalisierenden Forschungsprogrammen/Paradigmen
- Politikwissenschaften <-> z.B. Ökonomie (Rational-Choice), Ethnologie (Kulturalismus): stärkere Paradigmen

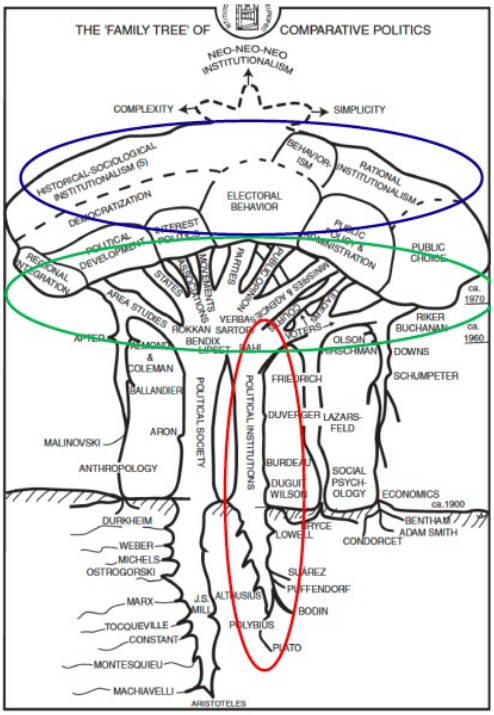
Zentrale Einsichten

- Dominanz der empirisch-analytischen Forschung (basierend auf Hypothesentests), ABER:
- Wissenschaft ist auch soziale Praxis
- Forschungsprogramme und ihr Verhältnis resultieren aus der sozialen Geschichte einer Disziplin

I.3c Warum mehrere Ansätze in der Politikwissenschaft?

Ideengeschichtliche Entwicklung des Faches

- Formale Institutionenlehre bis Mitte 20. Jh
  - vergleichen, erklären
  - "legalistische" Analyse von Politik (Verfassungs- und Staatslehre)
  - Fokus auf Nordamerika und Westeuropa
- Behavioristische Wende Mitte 20. Jh
  - Entwicklung zur empirischen Sozialwissenschaft → Zuwendung zum Handeln des Menschen
  - Einflüsse aus Anthropologie, Soziologie, Psychologie, z.T. auch Biologie
  - Politik als gesellschaftliche Praxis, statt als rechtliche Institutionen
  - Beispiel: Verständnis von Machtstrukturen (Dahl)
- Neo-Institutionalismus seit den späten 1980er Jahren
  → Wiederentdeckung der Institutionen und Behaviouristik (nicht juristisch)



Warum die Behaviouristische Wende?

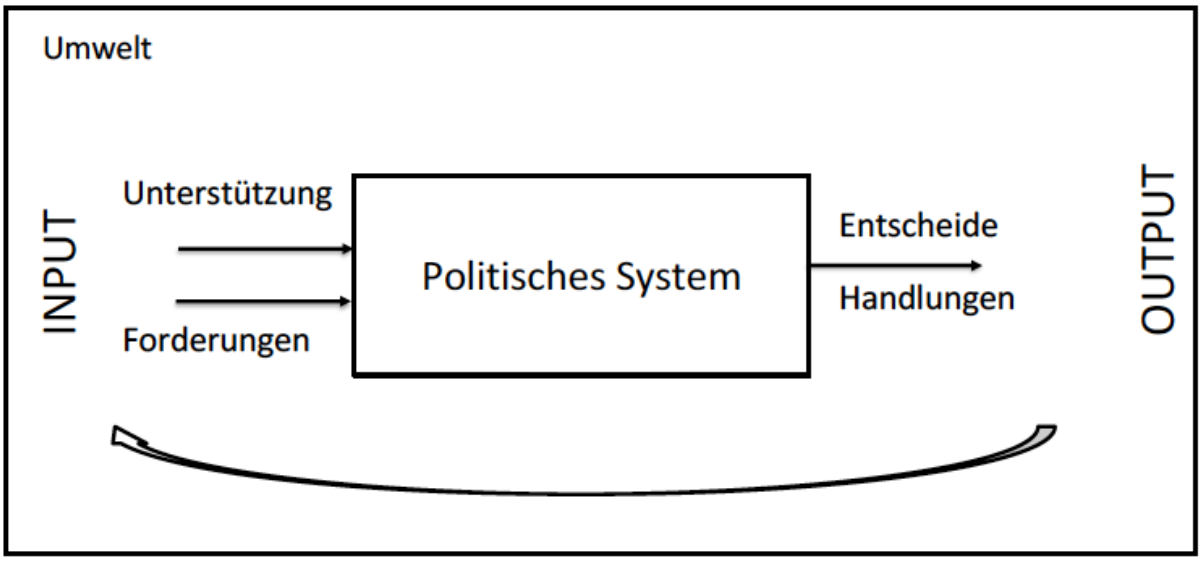
- Zusammenbruch westlicher Demokratien im 20. JH
- → Erklärung für die Kollabierung von bewährten Institutionen
- Regime-Pluralismus: Kommunismus (Verständnis von politischen Systemen über Akteure/Handeln statt über Institutionen)
- Entkolonialisierung: Fokus über die westliche Welt hinaus → Fokus auch auf anderen Systemen
- Fokus auf:
  - Mobilisierung und Mobilisierungsbedingungen
  - Gesellschaftliche Konflikt- und Machtstrukturen → soziologischer Blick
  - Elitenhandeln und Handeln von gesellschaftlichen Gruppen statt formale, etablierte Institutionen (zB. Lijphart's Consociationalims; Schmitter und Lehmbruch's corporatism)

→ **Strukturalismus**

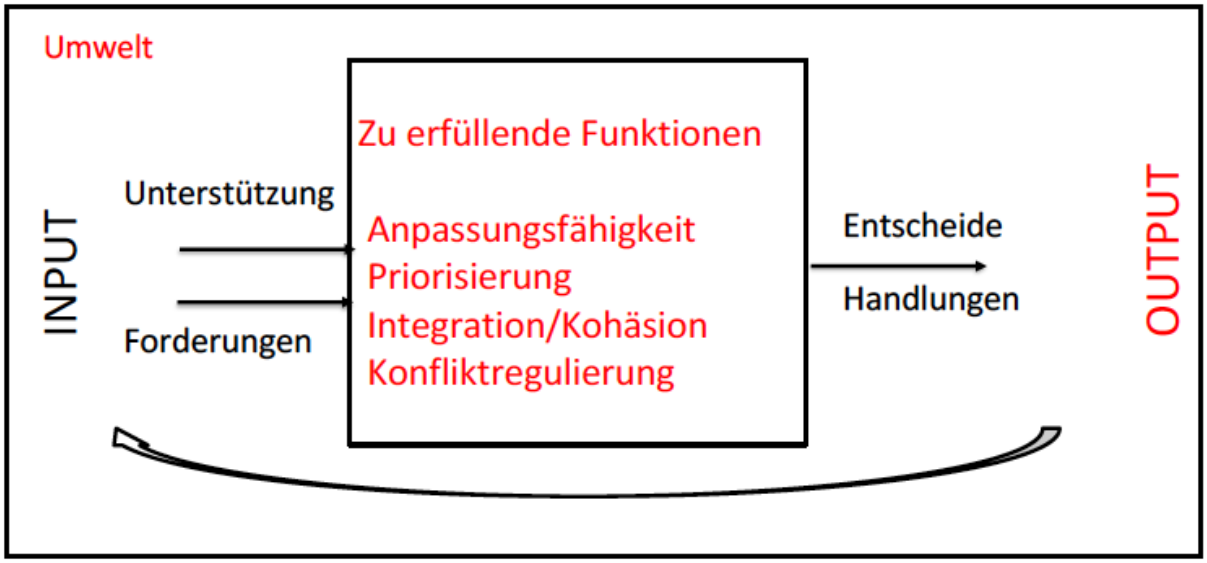
Politik verstanden als soziale Praxis änderte auch die Praxis der Forschung

- Zunehmende Verfügbarkeit von Datengrundlagen und Statistik
- Fokus auf (komparative) Forschungsdesigns
- Vergleichbarkeit. Variablen statt Namen, z.B. in der Systemtheorie (Strukturofunktionalismus) → den Fall nicht nur beschreiben, sondern so konzeptualisieren, dass wie Namen mit Variablen ersetzen können
  → Verallgemeinerung

Systemtheorie



Strukturfunktionalismus



- Jede Gesellschaft muss gewisse Leistungen erbringen
  → auf jede soziale Gemeinschaft anspassbar
- Interesse an der Gesamtlogik einer Gesellschaft (<-> Strukturalismus)
  → **Kulturalimus**: aus anthropologischen Ideen

Ab 1980er: Einfluss der modernen Ökonomie: **Rational Choice**

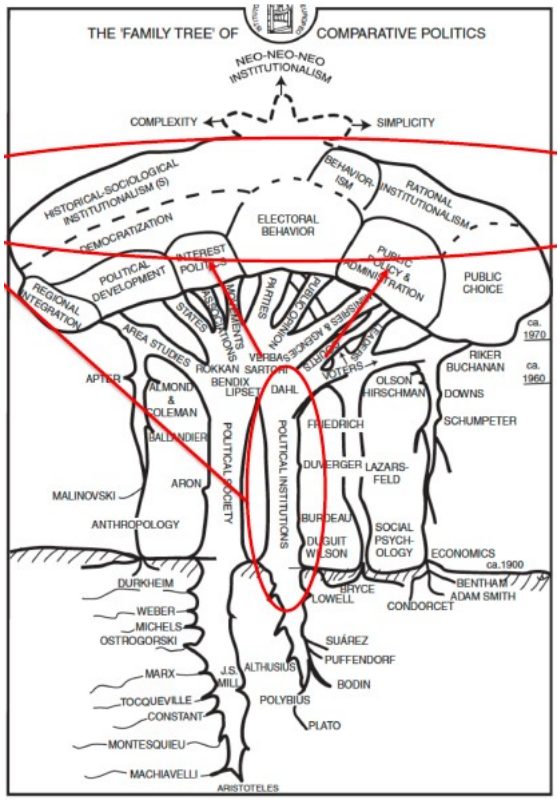
- Das rationale Individuum als Grundlage der (jeder) Theorie
- Politik als "Koordinationsproblem" (Olson, Ostrom)
  → Handlungen koordinieren, gemeinsame Ziele erreichen, etc.
  → individuelle Nutzenmaximierung (Kosten-Nutzen)
- Fokus auf das rationale Handeln von Individuen
- Bald hinterfragt: Kontext des Individuums? Anreizsysteme?
  → Institutionen wiederentdeckt: Handeln und Institutionen eng verbunden

Ab den 1980er Jahren werden die Institutionen wiederentdeckt.

- "Bringing the state back in" → **Neo-Institutionalismus**
  → breiter Institutionenbegriff: alle Arten von Regeln → ermöglichen Zusammenleben, Koordination
  → nicht nur Gesetze, etc. → formelle und informelle, geschriebene und ungeschriebene Regeln → z.B. Konkordanz im Bundesrat, während der Vorlesung nicht sprechen, etc. ("Erwartbarkeit")
- Neues, erweitertes Verständnis von Institutionen
  - Institutionen * Strukturalismus : Historical Institutionalism
  - Institutionen * Kulturalismus : Sociological Institutionalism
  - Institutionen * Rational Choice : Rational Choice Institutionalism

I.3d Wie benutzen Ansätze in der Politikwissenschaft?

- Wissen verorten und einordnen zum Zweck kumulativer Wissensproduktion (→ Ansätze erkennen)
- Theorisieren! Kreativ neue Theorien generieren (→ Ansätze als "Werkzeugkasten")
- Bestimmte Gebiete haben eine Affinität für eine Strömung → kein stetiges gegeneinander Ausspielen



I.4 Die wichtigsten Erklärungsansätze I: Strukturalismus, Rational-Choice und Kulturalismus
(25.09.19) Lektüre: Bernbauer Kapitel 1&2

I.4b Strukturalismus

Sozialstruktur

- „Verteilung der zentralen Handlungsdeterminanten (Ressourcen, Restriktionen, Handlungspartner) auf die Bevölkerung der zu untersuchenden Gesellschaft“ (ungefähr nach Rössel 2009)
  → Wie sind Faktoren, die menschliche Handlungen beeinflussen, auf die Gesellschaft verteilt?
- „Gruppierung des sozialen Gefüges einer Gesellschaft nach Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten entlang mehrerer Dimensionen“ (nach Ferdinand Tönnies 1905)
  → Verteilung der Handelsdeterminanten/Dimensionen auf verschiedene Gruppen
- Gruppierung: z.B. soziale Schichten, Altersgruppen, Regionen etc.
- Dimensionen: Handlungsdeterminanten / Ressourcen

Beispiele:

- Ökonomische Ungleichheit: Trennlinie in der Gesellschaft → ungleiche Verteilung materieller Ressourcen auf verschiedene Schichten der Gesellschaft
- Bildung: Beziehung zwischen Bildungsabschlüssen und gesellschaftliche Schichten, Geschlechter, etc.
- Kulturelles Kapital: Ressourcen, um an der Gesellschaft teilzuhaben → Wer hat Zugang?
  → Bourdieu: ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital (→ Soziologie)

Denken in gesellschaftlichen Gruppen

- Gesellschaftlich aggregierte Interessen als zentrale Analysekategorien
  → «group theory», Hall and Taylor
- Welche sozialen Gruppen sind zentral für die (politische) Fragestellung?
- Konfliktlinien zwischen sozialen Gruppen, die unterschiedlich viel Macht haben
- z.B. Marxistische Modelle, sektorspezifische Modelle, andere Formen der Stratifizierung (Geschlecht, Migrationshintergrund, Religiosität, etc)
- Sozialstrukturelle Merkmale, die uns charakterisieren
  → Gruppierungen mit Machtverhältnis

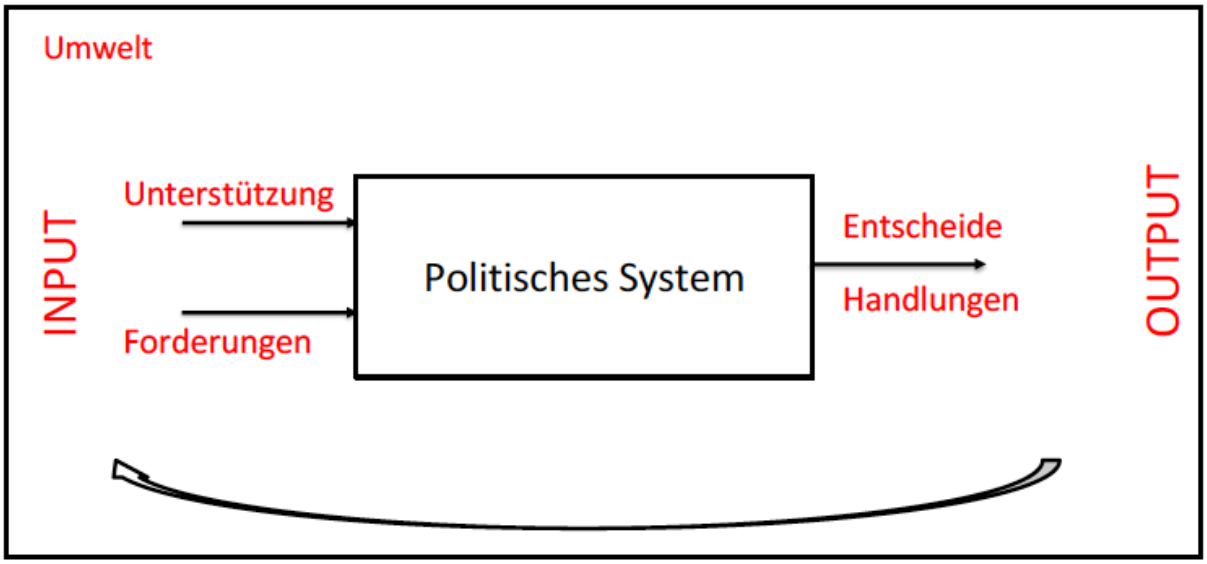
Machtverhältnisse zwischen diesen Gruppen sind abhängig von

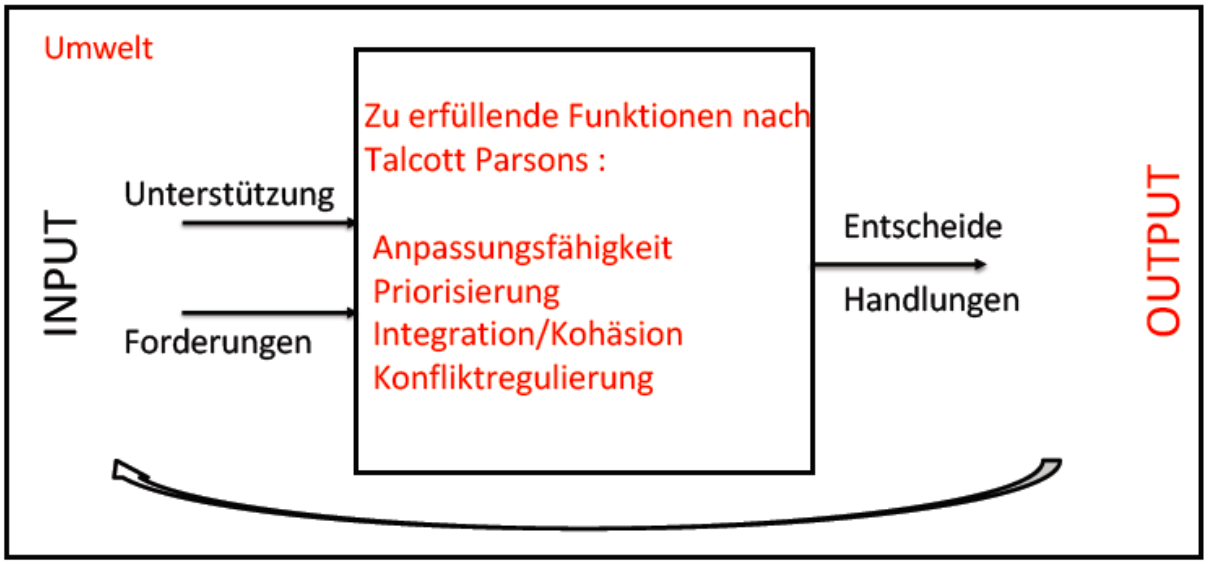
- Struktur selber (z.B. Grösse, Politisierung)
- Ressourcen (Mobilisierungsbedingungen, Allianzmöglichkeiten, später: Institutionen)
  → ökonomisch, sozial, kulturell

«Politics» zwischen diesen Gruppen erklärt politische Entscheidungen, welche wiederum die Strukturen und Machtverhältnisse prägen.

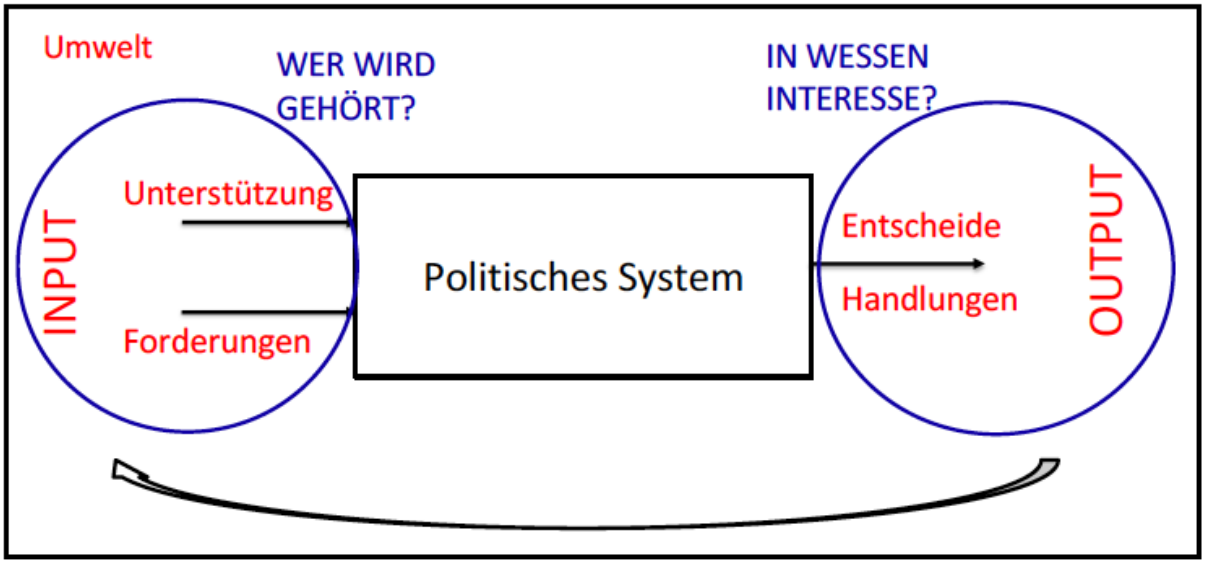
- Fokus in der Systemtheorie auf Input und Output und deren Zusammenhang

Systemtheorie: Fokus Strukturalismus





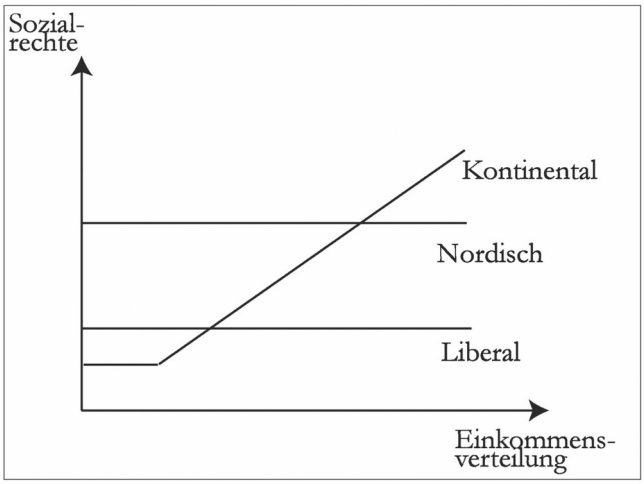
Strukturalismus in der Politikwissenschaft



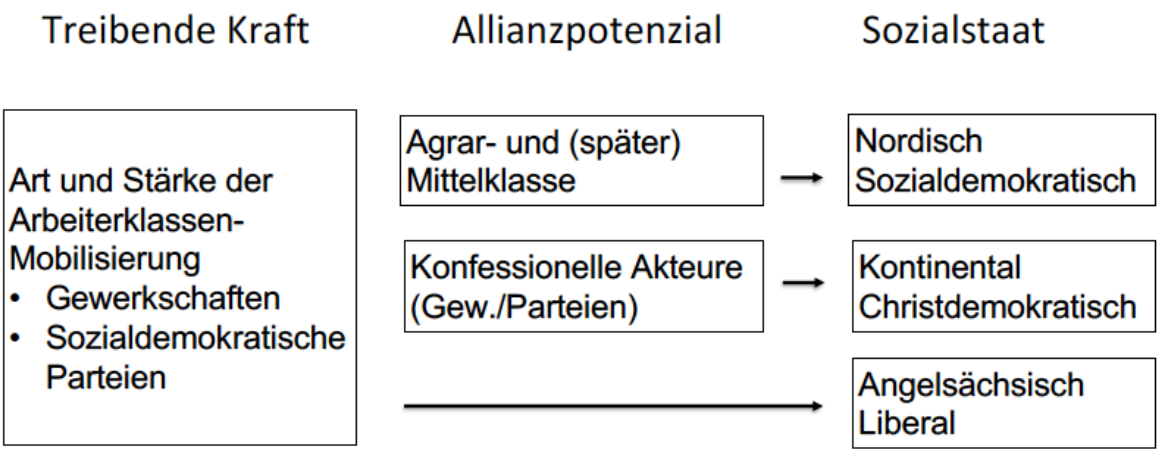
- Interesse für einzelne Teile <-> Kulturalismus: gesamtes politisches System

Beispiele

1. Emblematisches Beispiel: Warum sind Sozialstaaten so unterschiedlich gosszügig?
   - Arbeitslosigkeit, Bildung, Altersrenten → riesige Unterschiede zwischen Staaten



- Kontinentaler Sozialstaat: wenig Geld → wenig Hilfe (z.B. CH, D: nahe an Existenzbedarf)
  → Ziel: Stabilisierung → hohes Einkommen → hohe Leistung: Statussicherung
- Nordischer Sozialstaat: Egalitärer Anspruch → hohe Leistungen für alle (reich oder arm, z.B. Studierende bekommen Geld), Reiche nicht unbedingt reich halten
- Liberaler Sozialstaat: Minimum an Sicherheit (für alle gleich) → der Rest ist private Angelegenheit (z.B. teilweise Krankenversicherung), wenig Einmischung des Staates
- Erklärung: Gösta Esping-Andersens strukturalistisches Argument
  - vs. Industrialisierung/Funktionalismus
  - vs. Demokratie/"alter" Institutionalismus



- Grund: relative Macht gewisser gesellschaftlicher Gruppen → hat politische Folgerungen → strukturalistisch
- Nordisch Sozialdemokratisch: Egalitär → Bauern = Arbeiter, grosszügig
  → eine Gewerkschaft für alle → starke politische Macht
- Kontinental Christdemokratisch: CVP, CDU → Stabilisierung der sozialen Ordnung <-> Gleichstellung
  → Spaltung der Gewerkschaften: schwächere politische Macht
- Institutionen (z.B. Wahlrecht) nicht wichtig
  → Erkämpfen von Sozialrechten
- Das zentrale Argument dreht sich um Konflikt und Macht, nicht um Koordination, Problemlösung, Ideen oder Modernisierung
- Zentraler Beitrag der Studie:
  - Sozialstaaten unterscheiden sich nicht nur in ihrer Grosszügigkeit, sondern in der Art, wie sie die Gesellschaft tratifizieren.
- Zentrale Kritik an der Studie:
  - Blinde Flecken: zu enger Blick auf die Sozialrechte der ”typischen” Arbeitnehmerschaft (Jane Lewis 1992)

2. Wann gibt es Konflikte zwischen Ländern und wann gibt es Kooperation?
   - Anarchie als Merkmal des internationalen Systems
     - Hauptunterschied zwischen Staat und dem internationalen System: Im internationalen System gibt es kein Gewaltmonopol. Es herrscht Anarchie
   - Frage: Kooperieren Staaten wirtschaftlich und politisch oder verschliessen sie sich einander?
   - Der <u>komparative Vorteil</u> (worin ein Staat besonders gut ist) eines Landes erklärt, ob, wie stark und mit wem ein Land offene Märkte haben will.
   - Der export-orientierte Sektor will Freihandel, der binnen-orientierte Sektor will Abgrenzung
     - Cf. Bilaterale Schweiz (z.B. Pharma vs. Landwirtschaft)
   - Der reichlich vorhandene Produktionsfaktor (Arbeit, Kapital, Land) will Freihandel, der knappe Produktionsfaktor will Abgrenzung
     - Cf. Personenfreizügigkeit CH (hochqualifizierte Arbeit & Kapital vs. Niedrigqualifizierte Arbeit & Land)

     → Konflikt zwischen gesellschaftlichen Gruppen

3. Demokratisierung: Unter welchen Bedingungen werden Länder zu stabilen Demokratien?
- Struktureller Ansatz: Wohlstand verändert die Gesellschaftsstruktur und stärkt pro demokratische Kräfte
  - Klassen als zentrale Analyseeinheit → Gewinner vs. Verlierer
  - Arbeiterklasse als einzige konsistent pro-demokratische Kraft, gegen Landbesitzer, Krone/Aristokratie
  - Aber allein zu schwach, um Demokratie zu fordern. Deshalb: Allianzen mit anderen Klassen entscheidend
  - Europa: Kleinbürgertum, Handwerker
  - Lateinamerika: Angestellte aus der Mittelklasse

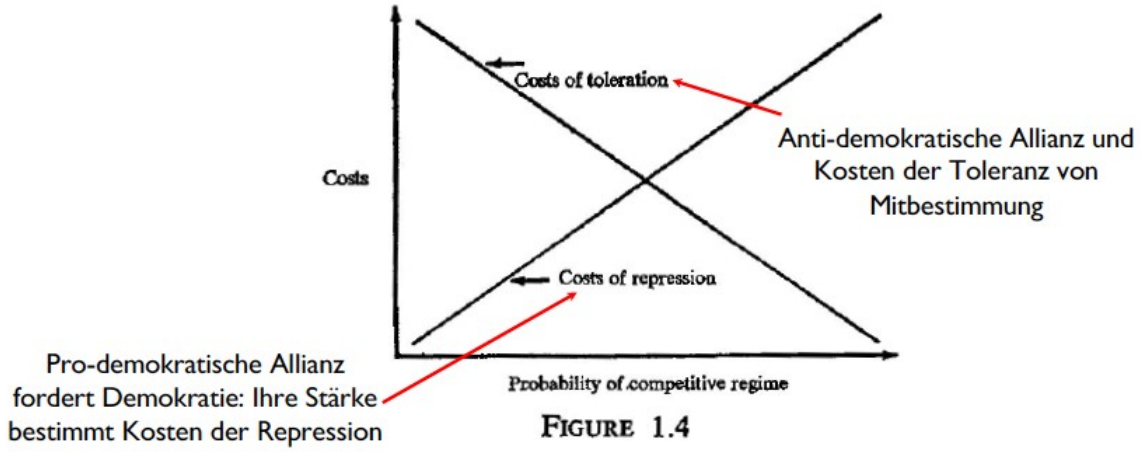


FIGURE 1.4

Rueschemeyer, Huber & Stephens (1992), Dahl (1971)

I.4c Rational-Choice

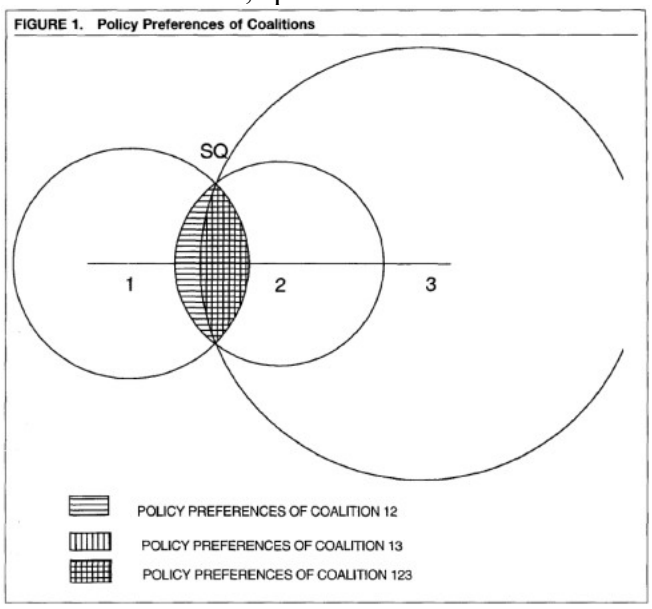
Theorie des rationalen Handelns
- «Individuals are self-interested utility maximizers and engage in political action to receive benefits, usually material benefits, or to avoid costs. Thus, individual behavior is assumed to be motivated by selfinterest and collective behaviour is the aggregation of the individual behaviours, through bargaining, formal institutions, or conflict.»
  → Individualismus: Kosten-Nutzen Maximierung
  → individuelle Interessen (vs. Interessen von Gruppen)
- Strategische Integration von Akteuren
- Wahlkämpfe: Wie stellen sich Parteien dar?
- Was wählen Leute?
- Koalitionsverhandlungen: Eliteebene
- Marktregulierung
- Strategische Wahl

Zentrale Begriffe
- Methodologischer Individualismus («micro-foundations»)
  → menschliches Handeln = individuell
  → Kollektivinteressen = Summierung der individuellen Interessen ≠ volonté générale
- Akteure haben logisch und stabil geordnete Präferenzen (completeness and transitivity) → sie handeln rational
- Präferenzen werden meistens an materiellem Nutzen orientiert angenommen (weit gefasster R-C ist aber agnostisch bezüglich der Präferenzen bzw. Nutzenfunktion)

→ Individuen versuchen das zu maximieren, was ihnen wichtig ist (=Präferenz)
- Besonderer Fokus auf strategische Interaktionen
  → Handeln dadurch erklären, wie das Gegenüber handelt (Spieltheorie)

Besondere Merkmale
- Ideal der Sparsamkeit bei Modellen → Formalisierung
  → empirisch testbare Vorhersagen
- Modellierbarkeit, Formalisierung aufgrund vieler Annahmen (z.B. Spieltheorie)
- Klarheit des Arguments, testbare Vorhersagen
- Akzent auf Koordination (vs. Macht)
  → Koordination = horizontale Idee des Verhaltens (Parteien werben im Markt um Wähler*innen) → Koordination verschiedener Interessen
  <-> Strukturalismus: Macht → Hierarchie ≠ Player im Spiel

Beispiel
1. Emblematisches Beispiel: Wann sind Regierungen reformfähig?
   - Vetospieler: «politische Akteure, deren Zustimmung für eine Gesetzesänderung notwendig ist.» (George Tsebelis)
   - Zentrale Hypothese: «Je grösser die ideologische Spannbreite der Mitglieder einer Regierungskoalition, desto geringer ist die Anzahl an bedeutsamen Gesetzen, die aus dieser Regierung hervorgehen». (Bernauer et al. 2018: 56)
   - Unabhängig von der Anzahl Koalitionsparteien
   - Formalisierung: Räumliches Modell (Minimum winning coalition)
   → einfache, sparsame Theorie



- Zentraler Beitrag der Studie:
- Vergleichbarkeit verschiedener politischer Systeme
- Zentrale Kritik an der Studie:
- Schwierigkeit, Präferenzen zu identifizieren, sowohl theoretisch (ex ante) als auch empirisch → Radius der Parteien schwierig zu identifizieren

Typisch Rational-Choice:
- Individuelle und kollektive Akteure werden gleich behandelt (methodologischer Individualismus)
- Politische Systeme über die Akteure verstehen/klassifizieren (→ hier Vetospieler), nicht über Institutionen (vs. Klassischer Institutionalismus)
- Die strukturellen/historischen Wurzeln der Akteure sind für die Theorie irrelevant (vs. Strukturalismus)
- Vetospieler kennen ihre Präferenzen, diese sind statisch modellierbar (vs. Kulturalismus)
- Die Theorie ermöglicht aufbauende rational choice Theorien, welche Abweichungen vom Grundmuster erklären

2. Wann gibt es Konflikte zwischen Ländern und wann gibt es Kooperation?
- Anarchie als Merkmal des internationalen Systems
  - Hauptunterschied zwischen Staat und dem internationalen System: Im internationalen System gibt es kein Gewaltmonopol. Es herrscht Anarchie
- Frage: Lässt sich Anarchie bädnigen?
  - Anarchie im (Neo-)Ralismus
  - Anarchie ist eine grundlegende Eigenschaft des Systems, die nie verschwindet.
  - Staaten müssen immer um Ihre Sicherheit/Überleben besorgt sein
  - Implikation: Internationale Beziehungen sind geprägt von
    - Sicherheitsstreben
    - Selbsthilfe
    - Machtkonkurrenz

  → gewisse Länder schotten sich bezüglich wirtschaftlicher Systeme ab, andere formieren Gruppen (Präferenzen)

3. Unter welchen Bedingungen werden Länder zu stabilen Demokratien?
- Akteurszentrierter Ansatz: Strategische Entscheidungen zentral in der Transition zur Demokratie und ihrem Zusammenbruch
  - Strategisches Verhalten im Transitionsprozess: Elitenpakte
  - Schmitter (2010): Strukturalistische, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen bewusst ausgeblendet
  - Stark auf Personen und ihre strategischen Präferenzen fokussiert

I.4d Kulturalismus
- "Thin culturalism": awareness of the possible contribution of cultural variables (shared beliefs, norms, values, ideas) to the aggregated explanation of a political phenomenon.
- "Thick culturalism": predominance of cultural variables, constructivism; näher an der hermeneutischen Methode (vgl. Bernauer et al. 2018: 36) → selten: nichts ist frei von kultureller Beeinflussung, alles ist kulturell konstruiert

Fokus auf Determinanten und Folgen politischer Kultur (Y):
- "Culture includes almost everything that humans do beyond the satisfaction of physiological needs, be it economic, religious, political, or any other kind of human activities that are shaped by a society's prevailing beliefs, norms, and values"
- "Political culture refers to all human activities that relate to a group's or society's prevailing political beliefs, norms and values."
  → Wählen: kultureller Akt, welches das politische System stützt/legitimiert

Fokus auf die Erklärungskraft kultureller/ideeller Variablen (X):
- Als "Residualerklärung" (über Interessen hinaus)
- Als Erklärungsvariablen für individuelles und kollektives politisches Handeln (z.B. Fokus auf "epistemic communities" nach Haas 1992)
  → Eliten → communities: Teilen Diagnosen der Welt
- Als konstitutive Grundlagen jeglichen Handelns, indem sie Interessen und Bedeutungen überhaupt erst schaffen.
  → keine Interessen, die nicht kulturell konstruiert sind
  → keine exogene, strategische Interessen → situativ (<-> Rational-Choice)

Wo sieht man Kulturalismus?

- Policy-Paradigmen: In Deutschland darf der Staat keine Schulden machen
  → Glaubenssatz der nicht infrage gestellt wird
  → Auch Leute, die nicht davon profitieren, glauben daran (z.B. Sozialausgaben senken, um auf die "schwarze Null" zu kommen).
- Sozialkapitalforschung: Monitor für Freiwillige → kulturelle (keine ökonomischen) Anreize
- Funktionen politischer Partizipation: Wählen als Systemunterstützung/-legitimation
  → Wählen gehen ist nicht rational → kultureller Akt der politischen Identität (Staatsbürger*in, Norm der politischen Kultur, etc.)
- Diffusionsprozesse: Verbreitung von Policy (z.B. Raucherverbot) → Normveränderung im öffentlichen Raum

Zentrale Begriffe
- Ideen und Kultur wurzeln in Kollektiven (Gesellschaft, Gruppen, "Nationen", etc.), werden aber durch individuelle Einstellungen und Verhalten manifest (ergo beobachtbar)
  → keine individuelle politische Struktur: Messen über Individuen → Schliessen auf kollektive Kultur
- Es gibt keine universelle Rationalität
- Interessen sind nicht exogen und nicht stabil
  → Interessen verändern sich und sind verhandelbar → situativ
  → Kontextabhängig (<-> Rational-Choice)

Beispiele
1. Emblematisches Beispiel: Warum engagiert sich die Zivilgesellschaft in einigen Demokratien stärker politisch als in anderen?
- «Civic culture» (Almond und Verba)
- Demokratische Fertigkeiten: Kommunikation, Engagement, Teilnahme
- Wertschätzung von Pluralität und Konsens(findung) → nicht polarisierend
- Offenheit für Wandel aber Mässigung
- Beobachtbar über Wissen, affektive und evaluative Einstellungen gegenüber dem politischen System, seinen Akteuren und Entscheidungen (Befragungen in USA, UK, D, I, Mex)
- In einer «partizipativen Kultur» haben die Bürger*innen nicht nur hohes Wissen und hohe affektive und evaluative Wertschätzung des politischen Systems, sondern identifizieren sich mit dem politischen Kollektiv (Staat) und nehmen teil.

- Zusammen mit den traditionalistischen («parochial culture», Kirche, Familie) und passiven Elementen politischer Kultur («subject culture», Legitimität, Akzeptanz der Entscheidungen) ergibt sie die «civic culture».
- Zentraler Beitrag der Studie:
  - Konzeptualisierung und Messung (Umfragen) von evaluativen und affektiven Einstellungen
- Zentrale Kritik an der Studie
  - Funktionalismus / Abwesenheit von Akteuren, Unklarheit, wie Kultur entsteht und perpetuiert wird

Debatte: Wie wirkt sich Individualisierung auf die demokratische Kultur aus?
- Robert Putnam (2000, Bowling Alone): Erosion von Vertrauen und Sozialkapital
- Inglehart/Welzel (2005, Modernization, Cultural Change and Democracy):

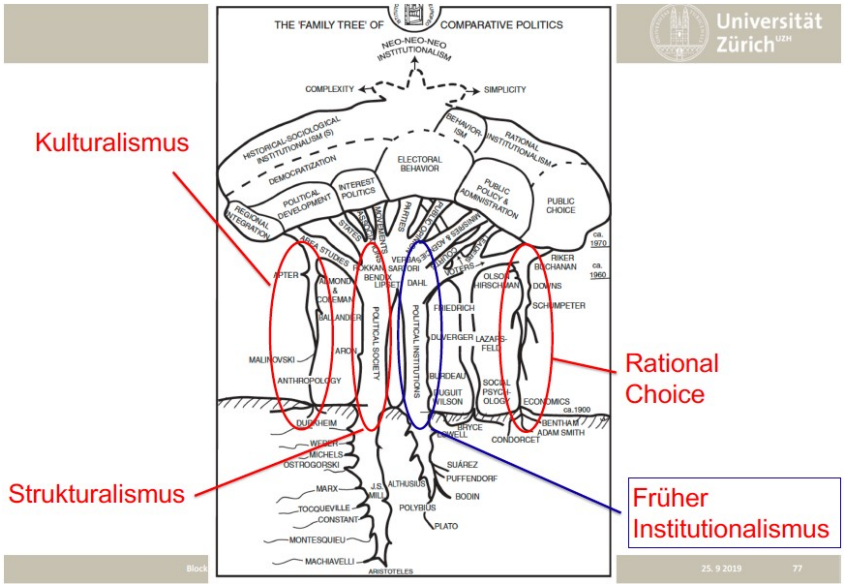
Individualisierung stärkt Ansprüche, «expressive Werte» und Kritikfähigkeit

2. Wann gibt es Konflikte zwischen Ländern und wann gibt es Kooperation?
   - Anarchie: siehe oben
   - Anarchie im Konstruktivismus
     - Die internationale Politik ist sozial konstruiert.
     - Die Bedeutung der Anarchie hängt davon ab, in welcher Art die Akteure ihre eigene Sicherheit mit der eines anderen Staates identifizieren.
     - Implikation:
       - Befreundete Staaten verhalten sich grundlegend anders als verfeindete Staaten.
       - Freunde: Verhältnis basiert auf Vertrauen und geteilten Normen/Werten; Stabile Kooperation ohne Kontrolle und Sanktionierung
       - Feinde: Misstrauen und Unsicherheit: Kooperation schwierig, Zwangsgewalt nötig.

       <-> Rational-Choice: befremdete Staaten gibt es nicht → jeder Staat schaut für sich selber

3. Unter welchen Bedingungen werden Länder zu stabilen Demokratien?
   - Modernisierungstheorie: Wohlstand entschärft materielle Gegensätze und führt zu Wertewandel
   - Klassische Grundannahmen in der Modernisierungstheorie S.M. Lipset (1957, 1959): „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“
     - Neue pro-demokratische soziale Gruppen entstehen, v.a. die <u>Mittelschicht</u>
     - Lesefähigkeit, Bildung: <u>Mündige Bürger*innen</u>
     - Lebensstandard → <u>ideologische Mässigung</u>

I.4e "The Famliy Tree of Comparative Politics"



I.5 Institutionalismus und seine Variationen (30.09.10/02.10.19)
Lektüre: Hall, Taylor «Political Science and the Three New Institutionalisms»

I.5a Warum "alter" und "neuer" Institutionalismus?

Ab den 1980er Jahren werden die Institutionen wiederentdeckt.

- “Bringing the state back in” (Evans/Rueschemeyer/Skocpol 1985)
- Neues, erweitertes und handlungszentriertes Verständnis von Institutionen
- Institutionen als "Verhaltensinstrumente"

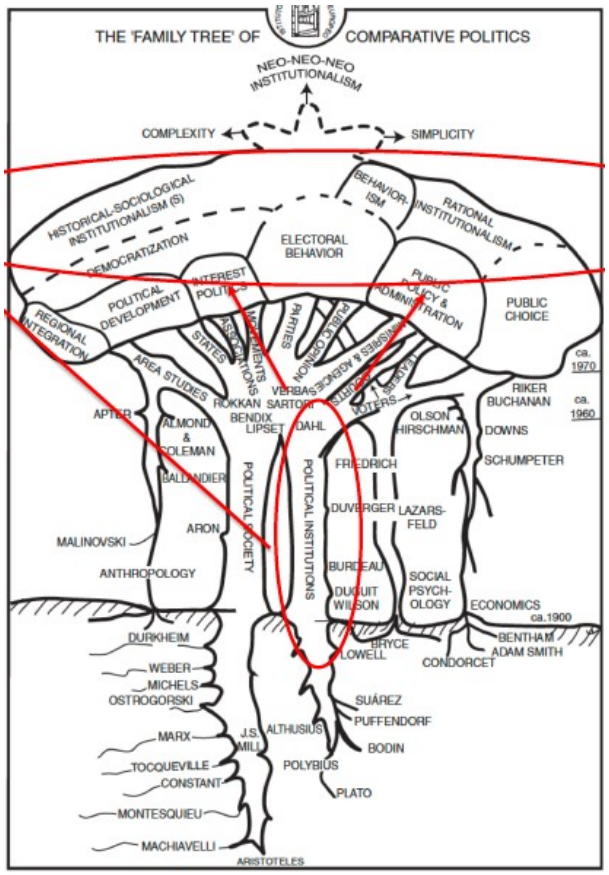
Traditioneller Institutionalismus

- Formelle Spielregeln einer Gesellschaft (kodifiziert in der Gesetzgebung)

Neo-Institutionalismus

- Dauerhafte, formelle oder informelle Spielregeln einer Gesellschaft, die das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben strukturieren
- «Verhaltensmuster» («stable, valued, recurring patterns of behavior», Huntington 1968)

- Institutionen * Strukturalismus : Historical Institutionalism
- Institutionen * Kulturalismus : Sociological Institutionalism
- Institutionen * Rational Choice : Rational Choice Institutionalism



I.5b Historischer Institutionalismus

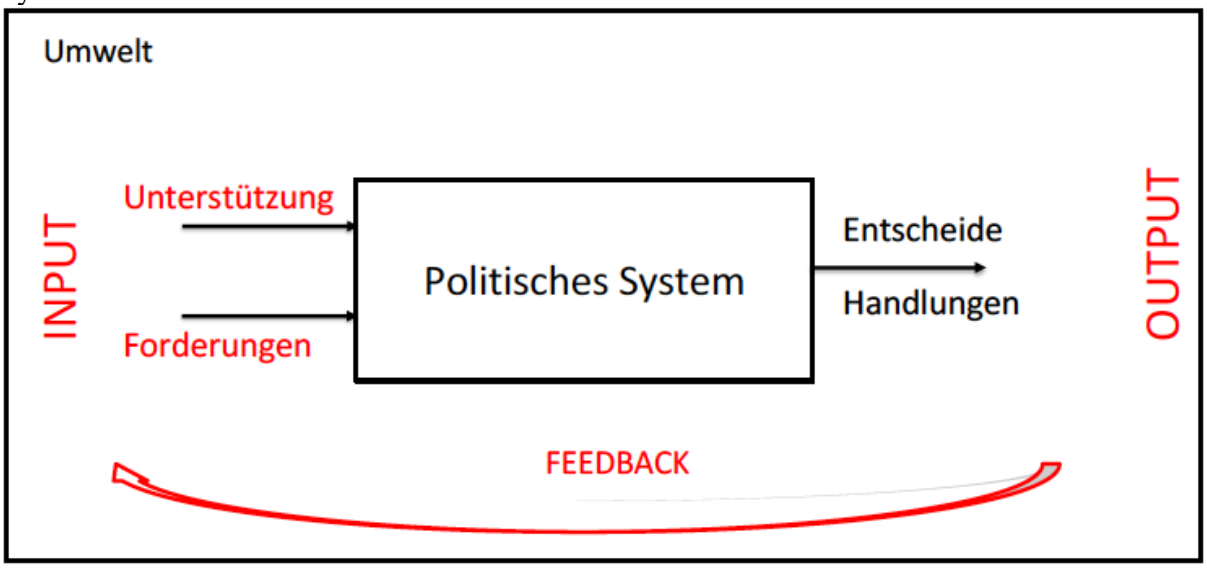
Institutionenbegriff

- «Formal or informal procedures, routines, norms and conventions embedded in the organizational structure of the polity or political economy»

Kontextualisierung

- Aus dem strukturalistischen («group theory») Fokus auf Machtbeziehungen heraus entstanden.
  → Wie werden Machtbeziehungen kodifiziert/stabilisiert, mit welchen Auswirkungen über die Zeit?
- Explizite Theorisierung von Feedback-Effekten
  → Auswirkungen von Institutionen über die Zeit
- «Timing matters»: die Möglichkeiten und Folgen politischer Handlungen hängen vom institutionellen Kontext (zeitlich, geographisch) ab
- Dem Strukturalismus nahe → Zeitdimension essentiell
- Fokus auf Input und Feedback-Effekten → deren Rückwirkung auf die Gesellschaft
- Es kommt darauf an wann etwas passiert <-> Rational-Choice: in allen Fällen ist etwas möglich (→ Universalität vs. Kontextbezug)

Systemtheorie im historischen Institutionalismus



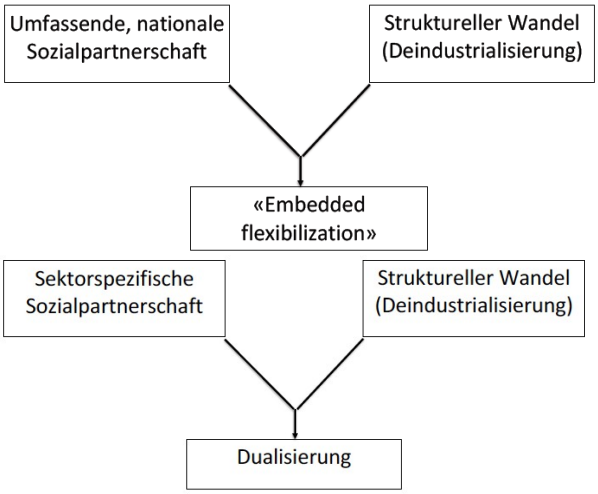
Spezifisch für den historischen Institutionalismus

- Eklektischer Umgang mit kulturalistischem oder rationalistischem Verhaltensmodell
  → Cultural (Norm, Gewohnheit, Identität, etc.) und calculus (rationales Handeln, zweckbezogen) approach wird berücksichtigt
- Fokus auf gewachsene Machtstrukturen und Machtasymmetrien
  → Wie etablieren/institutionalisieren sich Machtverhältnisse/-asymmetrien?
- Kausale Mechanismen sind kontextbedingt
- Pfadabhängigkeit («warum Ineffizienzen andauern»)
  → Zeitabläufe: z.B. Rentensysteme: Umlageverfahren (Leute, die einzahlen bezahlen damit die Renten der Personen, die diese jetzt benötigen) → Demographieproblem: das Umlageverfahren ist nicht ideal → aber: Schwierigkeiten davon abzukommen (vieles baut darauf auf)
  → Pfadwechsel in der Politik sind sehr schwierig
- Offenheit gegenüber anderen Einflüssen (insb. Ideen) → undogmatisch
- Komplexität wichtiger als Sparsamkeit

Beispiel
Wie Institutionen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt Solidarität produziert haben, zu einem späteren Zeitpunkt (unbeabsichtigt!) Ungleichheit hervorbringen können. (Kathleen Thelen)
→ Warum Deutschland einen prekären Tieflohnsektor eingeführt hat, Dänemark aber nicht.

- Esping-Andersens strukturalistisches Argument (siehe S. 9-10)
- Struktureller Wandel: De-Industrialisierung, Wachstum von Arbeitsplätzen in der Dienstleistung
- Institutionen der sozialen Marktwirtschaft und des klassenübergreifenden Ausgleichs in der 2. Hälfte 20. JH:
  - Nordisch Sozialdemokratisch: Umfassende Gewerkschaftsorganisation, zentralisierte Lohnverhandlungen auf nationaler Ebene (DK)
    → geschlossener Sozialstaat: keine fragmentierten Gewerkschaften
    → zentralisierte Lohnverhandlungen, einheitliche Verhandlungsarena
    → "embedded flexibilisations" Lohnverhandlungen mit Blick auf die gesamte Wirtschaft: Lohnausgleich zwischen Sektoren <-> jeder Sektor mit seiner Gewerkschaft für sich

  - Kontinental Christdemokratisch: Starke Gewerkschaftsorganisation und koordinierte Lohnverhandlungen auf der Ebene von Wirtschaftssektoren, insb. in der Industrie (D)
    → fragmentierte Gewerkschaften: Lohnkoordination in Sektoren separiert (z.B. Bau, Metall, Chemie, etc.)
    → sektorspezifisch: Lohnniveaus nur dort stabil, wo es Gewerkschaften gibt vs. Liberalisierung der Sektoren ohne Gewerkschaften → Dualisierung
- Die gleiche strukturelle Entstehung führt in Ländern mit unterschiedlichen institutionellen Vorbildungen zu verschiedenen Ergebnissen
  → stärkere Ungleichheit zwischen mittleren und tiefen Löhnen vs. konstante Unterschiede



I.5c Rational-Choice Institutionalismus

Institutionenbegriff
- «Institutions are the humanly devised constraints that structure political, economic, and social interaction. They consist of both informal constraints (sanctions, taboos, customs, traditions, and codes of conduct), and formal rules (constitutions, laws, property rights). Throughout history, institutions have been devised by human beings to create order and reduce uncertainty in exchange.»
- Institutionen: Zweck → Vorhersehbarkeit schaffen, Unisicherheiten reduzieren
- Calculus approach
- Koordinationsprobleme: rationales Verhalten → negativer outcome für die Gesamtheit der Gruppe
  → Institutionen: kollektiver output verbessern: z.B. CO_2-Steuern: negative Anreize
  → Gebrauch drosseln = Handlungsanreize
- Interaktion: eigenes Handeln + das Handeln des Gegenübers werden berücksichtigt/sind wichtig
- Nutzenmaximierung der Akteure wird durch Institutionen optimiert

Kontextualisierung
- Rational-Choice Institutionalismus entsteht aus »Puzzles», welche R-C nicht lösen kann:
  - Warum geben Akteure Macht ab?

- Majorzwahlsysteme führen nicht immer zu Konvergenz und Mässigung (vs.Downs' Economic Theory of Democracy)
- Warum «oversized coalitions»?
- Wahlbeteiligung trotz fehlendem Einfluss
- Sozialpartnerschaft und Lohnkoordination trotz marktwirtschaftlicher Konkurrenz

Spezifisch für den Rational-Choice Institutionalismus

- Teilt rational choice Grundannahmen (exogene und transitive Präferenzen, nutzenmaximierendes Verhalten, calculus approach)
- Fokus auf «collective action problems», in denen rationales individuelles Verhalten suboptimale aggregierte Resultate hervorbringt (Politik verstanden als Koordinationsproblem)
- Fokus auf strategische Interaktionen
- Institutionen als «bestmögliches» Resultat der Koordination von Akteuren, die mittels der Institution ihren Nutzen maximieren (vs. hist. Institutionalismus)

Beispiel
Wie Regierungen Glaubwürdigkeit signalisieren, indem sie sich selber die Hände binden.
→ Warum besonders mächtige Regierungen zuweilen besonders viel Macht abgeben (müssen) (Fabrizio Gilardi)

- Kontext: Marktliberalisierung seit 1990er
- Einführung von marktwirtschaftlichem Wettbewerb in diversen Branchen, z.B. Telekommunikation, Elektrizität, Post, Infrastruktur
- Paradox: Deregulierung und «rise of the regulatory state»
- Regierungen geben Kontrolle und Macht ab an unabhängige regulatorische Agenturen (IRA), über die sie nicht weisungsbefugt sind. → Machtverschiebung
- Rational-Choice Erklärung → "credibility hypothesis" = Glaubwürdigkeitsproblem
  - Die Marktschaffung kann nur erfolgreich sein, wenn (potenzielle Marktteilnehmer) von sich aus investieren (kein Zwang möglich).
  - Diese investieren aber nur, wenn sie an eine Rendite ihren Investitionen glauben.
  - Ein Risiko ist, dass die Regierung (oder eine nächste Regierung) den Markt wieder einschränkt («time-inconsistent preferences»)
  - Durch die Abgabe von Kontrolle signalisiert die Regierung glaubwürdig ihre Verpflichtung / ihr «commitment».
    → Vertrauen an Investoren: lassen sich auf den neuen Markt ein
- Institutionen, um Handlugen/Verhalten zu steuern (= politische Institutionen)
- Ziel der Schaffung von IRA → Policy-Stabilität gewähren → ein Land mit wenig Vetospieler hat unabhängigere IRA → 180 Grad Änderung des politischen Kurses eher möglich (CH vs. UK)
  → Vetospieler schaffen Policy-Stabilität (siehe Tsebelis)

I.5d Soziologischer Institutionalismus

Institutionenbegriff

- «Not just formal rules, procedures or norms, but the symbol systems, cognitive scripts, and moral templates that provide the «frames of meaning» guiding human action.» (Hall, Taylor)
  → Handlungen Bedeutung zuteilen
  → Bedeutungsmuster für menschliches Handeln

- Breiter Institutionenbegriff → Kultur

Spezifisch für den Soziologischen Institutionalismus
- culture = institutions : «shared attitudes and values, network of routines, symbols or scripts», erweiterter Institutionen- und Kulturbegriff
- Institutionen beeinflussen Verhalten indem sie direkt die Präferenzen und Identitäten prägen. «what an individual will see as 'rational action' is itself socially constituted»
  → Keine Unterscheidung zwischen Präferenzen und Identitäten/Normen
  → kulturell begründen
- Institutionen entstehen, weil sie Legitimität und Akzeptanz schaffen: »logic of social appropriateness» vs. «logic of instrumentality»
  → erfüllen die Erwartungen, die menschliches Handeln strukturieren
  vs. Institutionen als Instrumente → Mittel und Zweck (R-C. Institutionalismus: z.B. IRA)

Beispiel
Basierend auf welchen Kriterien nehmen Arbeiter verschiedener ethnisch-kultureller (»racial») Gruppen sich als gleichwertig wahr?
→ Welche politisch-institutionellen Faktoren erklären die Unterschiede in diesen Kriterien zwischen den USA und Frankreich?
- Boundary-building: Gruppenbildung/Trennlinien zwischen sozialen Gruppen
- Motivation: «Unlike the commonly envisaged cosmopolitans, the majority of people in the working class do not trade, work, love, marry or do research internationally».
  → Elitenkosmopoplitismus
- Ziel: «Our goal is to analyze national differences in cultural repertoires by looking at how white and black workers in the US and white and North African workers in France talk about human similarities.»
- Empirisches Design: «Our analysis relies on the tools of cultural sociology: we interviewed 150 randomly chosen workers and asked them to describe the types of people they feel superior and inferior to, and the types of poeple they describe as 'their sort of folks' and the 'sort of folks they don't like much'».
- USA
  - Kein Multikulturalismus / Nutzen von Diversität
  - «a community of citizens in which membership and dignity are based on work, earning capacity and consumption» (AA & W)
  - Religion, patriotismus (AA)
- Frankreich
  - Kein Multikulturalismus /Nutzen von Diversität
  - «using republican themes, workers affirm the existence of equality despite social differences» (NA & W)
  - Geschichte, politische Solidarität und Gleichheit
- Interesse für das Phänomen: Zustandekommen, Auftreten

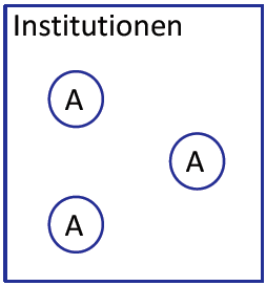
I.5e 3 (oder 5) "I"

Verschiedene Ansätze führen zu den zentralen Variablen in politikwissenschaftlichen Modellen
- Interessen (Strukturalismus, Rational-Choice)
- Institutionen (in allen Ansätzen)
- Ideen (Kulturalismus, soziologischer Institutionalismus)

- Akteure handeln in institutionellen Kontexten
- Es gibt die drei Variablen nur durch ihre Beziehung

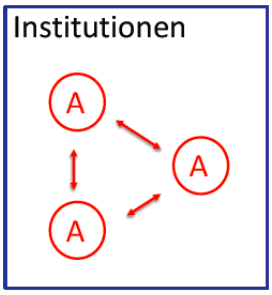
Gemeinsamer Rahmen

- Wir erklären politische Outputs und Outcomes über das Zusammenspiel von Akteuren und gewachsenen institutionellen Bedingungen.
- Das Augenmerk und typische Forschungsfragen variieren



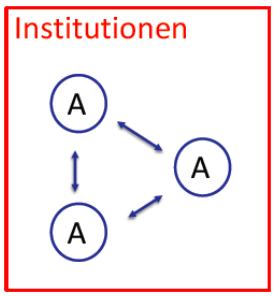
Interessen

- Interessen als gegeben bzw. exogen
- Wie bestimmen Akteure ihre Strategien? (Information, Unsicherheit, Interaktion)
- Wie maximieren sie ihre Interessen im Kontext der gegebenen Institutionen (Zwang und Ressource)
- Wie lösen sie Koordinationsprobleme (gemeinsames Handeln)
- Typische Forschungsinteressen z.B. Parteienwettbewerb, Koalitionsverhandlungen, Lobbying, Politische Ökonomie



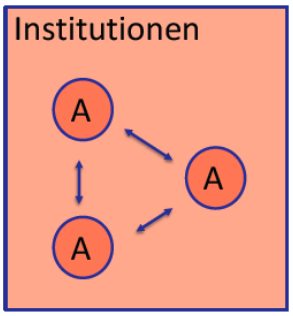
Institutionen

- Fokus auf die Entstehung und Beständigkeit der Institutionen
- Wie beeinflussen Institutionen «politics», d.h. Konfliktlinien, Akteure und ihre Interessen (beabsichtigt und unbeabsichtigt)
- Wie verändern sich Effekte von Institutionen über die Zeit (endogener institutioneller Wandel)
- Typische Forschungsinteressen z.B Reformen und Reformfähigkeit, Policy Agendas



Ideen

- Politik findet immer in einem grösseren ideellen Rahmen statt
- Interessen der Akteure sind endogen
- Institutionen sind und schaffen einen ideellen Rahmen, welcher Problemdiagnosen, Interessen und mögliche Lösungen prägt (insb. via Diskurse)
- Typische Forschungsinteressen z.B. Diffusion, ideologische Strömungen (Liberalisierung/Regulierung; Monetarismus/Keynesianismus), Diskurshegemonien



Zwei weitere zentrale politische Erklärungsvariablen werden von Peters vorgeschlagen

- Individuen: Elitensoziologie, Persönlichkeitsforschung
- Internationales Umfeld: Transnationale, internationale und/oder supranationale Beziehungen und Einflüsse

Bemerkungen zur Pflichtlektüre

- 1. Dimension der Macht: direkte Verfügungsmacht
- 2. Dimension: Macht, die Agenda zu setzen
- 3. Dimension: ideologischer Rahmen → beschränkt die Grenzen des Möglichen
- Rational-Choice Institutionalismus: Rückschlüsse auf Präferenzen → ex post (nicht es ante) → Deduktion: Modell → Präferenzen ableiten
- Historischer Institutionalismus: Induktion → empirische Daten → Annahmen
- Soziologischer Institutionalismus: Vorlage → Handlungen Sinn verleihen
  → Institutionen und Akteure haben keinen Unterschied
  → Es gibt keine Institution ohne die Handlung und keine Handlung ohne die Institution

I.6 Vergleich der Ansätze (02/07.10.19)
Lektüre: Hall, Taylor «Political Science and the Three New Institutionalisms»

I.6a Verständnis von Poiltik

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- "Series of collective action problems" → Koordinationsprobleme (horizontale Ebene)
- Koordination zwischen verschiedenen Akteuren, die alle ihre eigene Ziele verfolgen
- Politik: Entscheidungen gelten für alle → kollektiv verbindlicher Entscheid

Strukturalismus & historischer Institutionalismus
- "Struggle for power" → vertikale Machtdimension
- Machtkampf zwischen gesellschaftlichen Interessen (≠ individuelle Interessen)
  → "group theory": Gruppen, deren Verhältnis und Interessen

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- "Process of social learning"
- Politik: kollektiver Lern- und Sozialisierungsprozess
  → soziales Lernen, Vertrauensbildung etc. (≠ Machtkampf)

I.6b Rolle der Macht

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- Zentral
- Instrumentell zur Maximierung von Präferenzen → interessensbasiert

Strukturalismus & historischer Institutionalismus
- Zentral
- Fokus auf (stabile) Determinanten von Machtasymmetrien

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- Wenig beleuchtet, tendenziell apolitisch → kein Konflikt zwischen verschiedenen Positionen, die sich einigen müssen

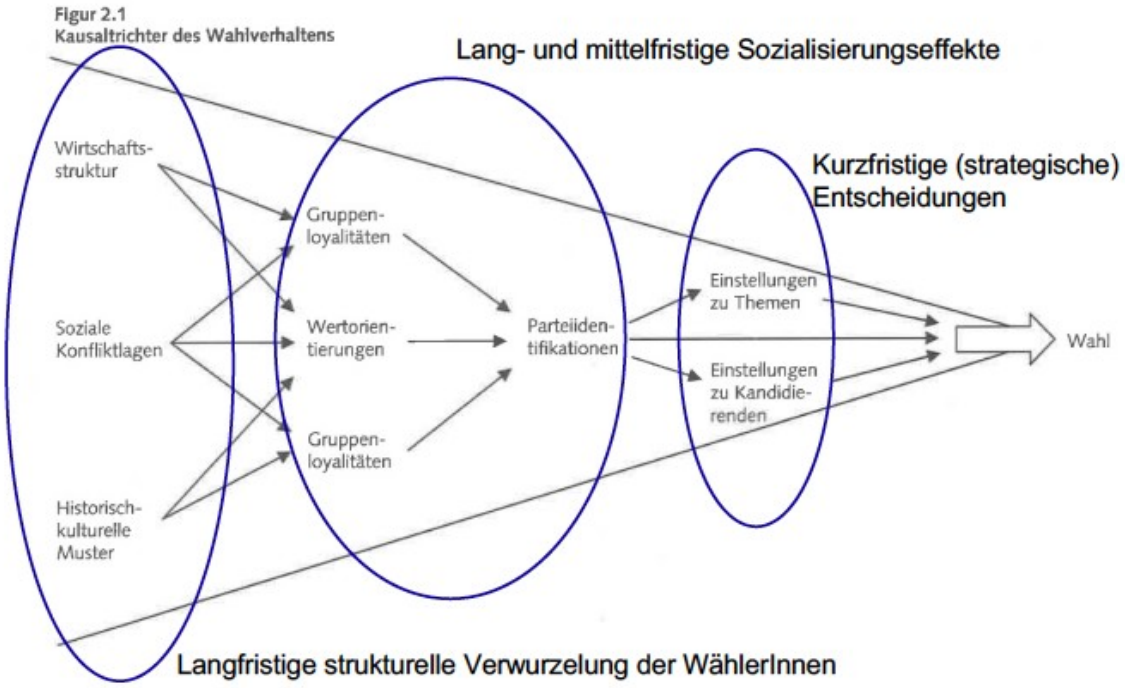
I.6c Zeit und Zeithorizont

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- Kurzfristige Prozesse, unabhängig vom Kontext
- Zeit spielt v.a. eine Rolle, wo es um einmalige vs. wiederholte Interaktion geht

Strukturalismus & historischer Institutionalismus
- Langfristig → gesellschaftliche Interessen integrieren
- Fokus auf strukturelle Verschiebungen, kontextspezifische Kausalität und Feedback-Effekte

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- Langfristig
- Fokus auf kognitive Prozesse, kulturelle Sozialisierung, Interpretationen von gemeinsamen Erfahrungen

Beispiel: Kausaltrichter des Wahlverhaltens ("funnel of causality") → ordnet zentrale unabhängige Variablen in ihrer logischen Sequenz.



- R.-C.: kurzfristige Entscheidung
- Strukturalismus: Fokus auf grössere Strukturen + über Zeit
- Kulturalismus: Verhalten sind in Strukturen eingebettet: strukturelle Verwurzelung
  → Parteiidentifikation: Sozialisierung, Werte, etc.

→ Integration verschiedener Ansätze: Trichtermodell

I.6d Akteure

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- Methodologischer Individualismus
  → kollektive Akteure als Individuen angesehen: Partei = Individuum (→ Kosten-Nutzen)
- Calculus approach

Strukturalismus & historischer Institutionalismus

- Individuelle und kollektive Akteure
- Fokus auf Aggregation und Mobilisierung von strukturellen Interessen
- Calculus & cultural approach

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- Akteure als Träger kollektiver Erfahrungen und Identitäten
- Cultural approach

I.6e Präferenzen

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- Präferenzbildung ausserhalb des Modells (exogen) → nicht empirisch begründet

Strukturalismus & historischer Institutionalismus
- Präferenzbildung teilweise endogen: historische Institutionen beeinflussen Präferenzen (→ Muster)

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- Akteurspräferenzen werden durch Institutionen geschaffen (endogen)

I.6f Erklärung und Rolle von Institutionen

Rational-Choice
- Erklärung über Funktionen & Nutzen
- «Heroische Annahmen» zu Information und Intentionalität der Akteure
  → Akteure wissen, was sie wollen und haben den grösstmöglichen Informationsgehalt
- Voluntarische Annahmen (relativ blind für Kontextgebundenheit)
  → Freiheit der Akteure

Strukturalismus
- Fokus auf Kontext und vorhandene Institutionen, aber:
- Institutionen als Resultat und Determinanten von konfliktiven Verhandlungsprozessen und Machtverhältnissen
- Empirisch-historische Offenheit bezüglich der Interessen und Absichten der Akteure (vs. RC)

Kulturalismus
- Institutionen sind entliehen aus dem Katalog von vorhandenen Vorlagen («templates»)
- Institutionen dienen nicht nur ihrem offensichtlichen Zweck, sondern auch der Legitimation und Gemeinschaftsbildung
- Zentrale Rolle für «Lern- und Interpretationsprozesse»
- Nicht voluntaristisch: Wählen legitimiert Regeln/Institutionen, etc.

Rational Choice & R.-C. Institutionalismus
- Nutzen/Effizienz
- Strategische Akteure
- Gleichgewicht

Strukturalismus & historischer Institutionalismus
- Kontext

- Konflikt und Macht
- Induktiv-offene Analyse von Interessen

Kulturalismus & soziologischer Institutionalismus
- "Templates"
- Latente Funktionen
- (apolitische) Lernprozesse

Beispiel konkurrierender Ansätze: Warum werden wichtige Gesetzesreformen in der Schweiz im vorparlamentarischen Prozess mit den Sozialpartnern verhandelt?

Rational-Choice Institutionalismus
- Unsicherheit reduzieren («Damoklesschwert der direkten Demokratie»)
  → Referendumsrisiko: Unsicherheit beim Volk
- Langwierigkeit der Prozesse ist letztlich effizient

Historischer Institutionalismus
- Schweiz als kleine, offene, verwundbare Volkswirtschaft
  → abhängig von internationalen Märkten
- Arbeitgeber haben ein Interesse an Stabilität und Arbeitsfrieden im Inland: verhandeln Kompensationen mit Gewerkschaften (Arbeitsmarktflexibilität vs. Sozialleistungen)
  → historische Verselbständigung

Soziologischer Institutionalismus
- Schweiz als religiös, linguistisch, ökonomisch und territorial fragmentierte, pluralistische Gesellschaft
- Proporz und Elitenakkomodierung: gelernte, stabilisierende demokratische Praxis (die sich über Zeit verfestigt/ "institutionalisiert")
  → Eliten: Proporz überall als stabilitätsgebendes Instrument angesehen
  → kulturelles Muster

I.7 Fallbeispiel "Staatliche Umverteilung" (07.10.19)
Lektüre: Iversen, Torben (2010) „Democracy and Capitalism"

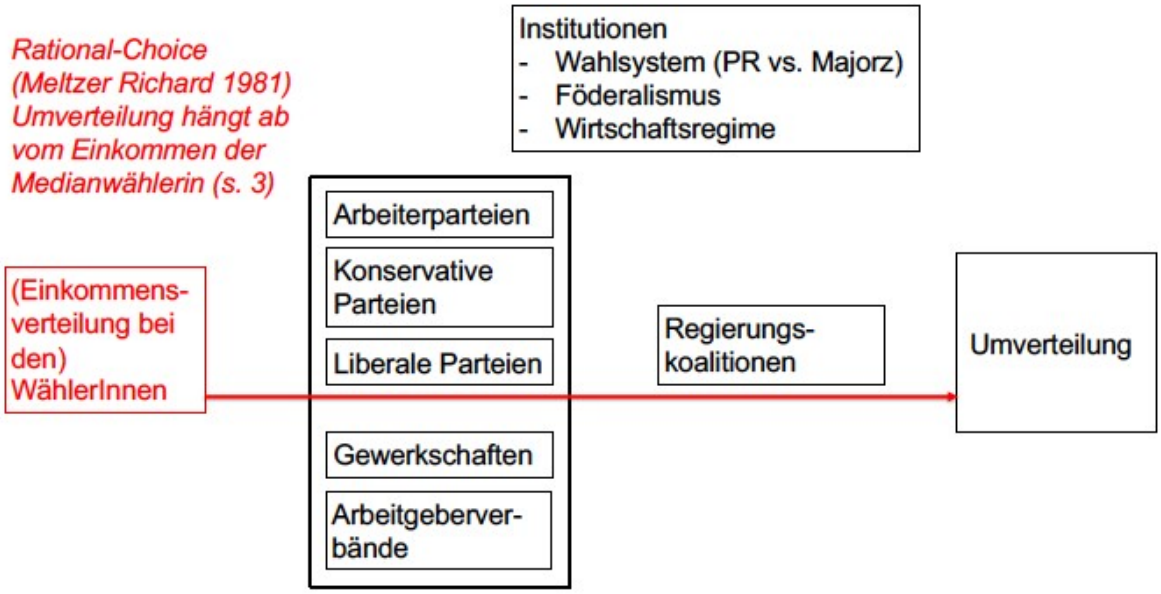
1. Staatliche Umverteilung in kapitalistischen Demokratien
- Kapitalismus bedingt ein gewisses Mass an Ungleichheit (Märkte, ohne Regulierung)
- Demokratie bedingt ein gewisses Mass an Gleichheit
  → Dahl: „All members are to be treated (under the constitution) as if they were equally qualified to participate in the process of making decisions about the policies the community will pursue".
- Umverteilung nötig: gesetzliche Reallokation von Gütern (durch den Staat).
  → z.B. Reallokation von Einkommen durch Abgaben und Transfers.
  → Steuern: Reallokation an verschiedene soziale Gruppen → alle bezahlen etwas (mehr oder weniger) und bekommen mehr oder weniger
  → z.B. alle bezahlen gleich viel für die Krankenversicherung, aber unterschiedliche Beträge auf das Einkommen
- Operationalisierung der Umverteilung: "Redistribution is quantified as the <u>relative reduction in market income inequality</u> achieved by personal income taxes, employees' social security contributions and cash transfers."

2. Der abwesende Ansatz: Funktionalismus

- Funktionalistisches Argument: "Wo der Markt am meisten Ungleichheit schafft wird der Staat am meisten (korrigierend) umverteilen"
  → theoretisch und empirisch unplausibel: es gibt Länder mit grosser Ungleichheit, die nur sehr wenig umverteilen (z.B. Chile)

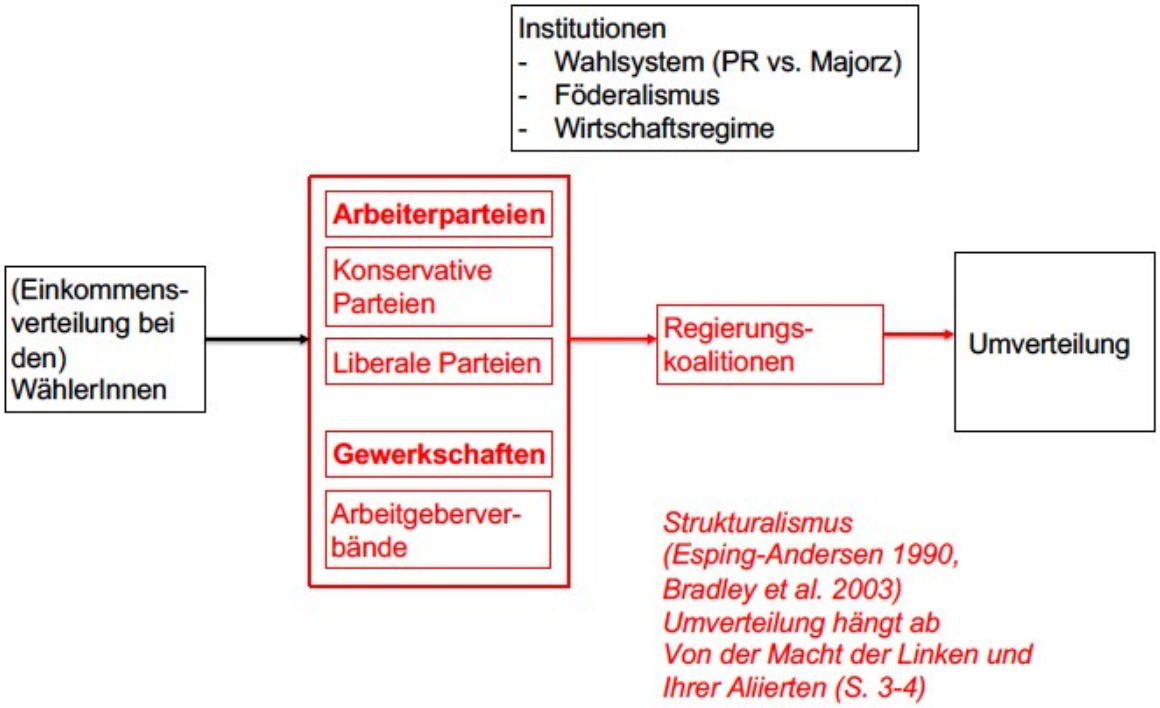
3. Besprochene Ansätze in der Pflichtlektüre

Rational-Choice



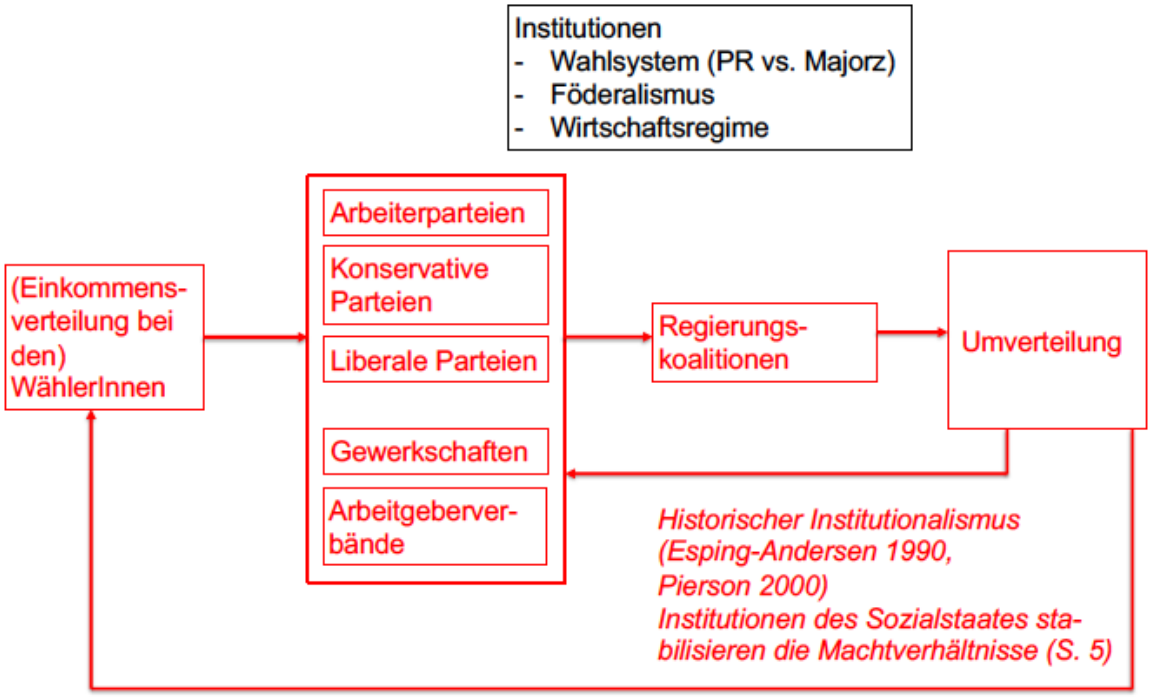
- Medianwähler*in ist ärmer als das Durchschnittseinkommen (= viele Arme, wenig Reiche) → will viel Umverteilung
  → grösste Ungleichheit → mehr Umverteilung
- Falisfiziert

Strukturalimus

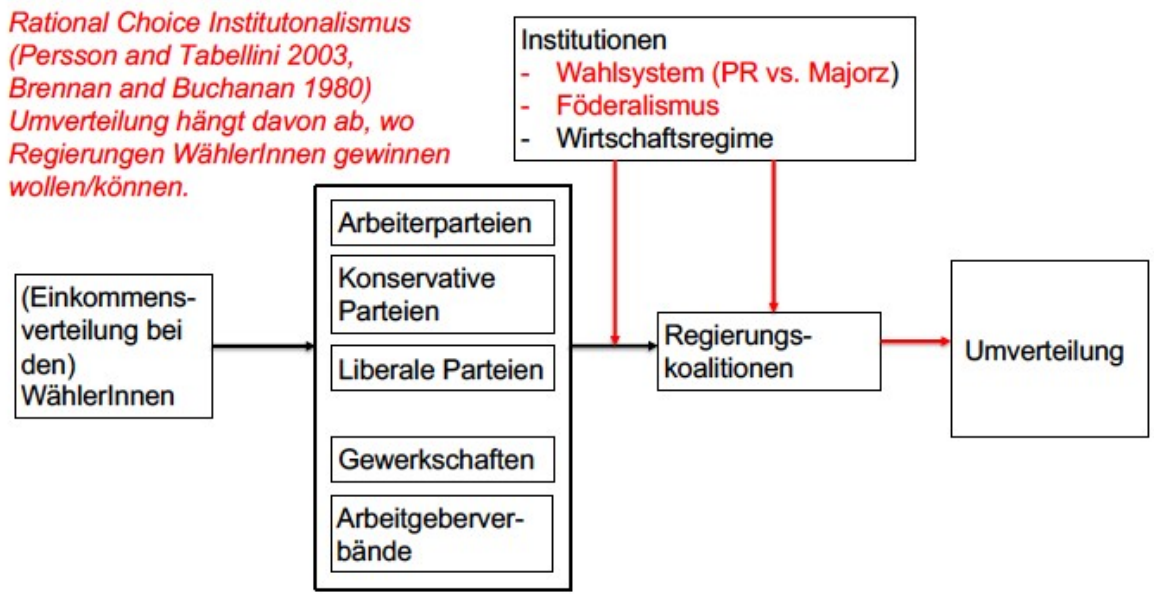


– Machtverhältnisse zwischen Linken und ihren Partnern/Allianzen bestimmen dne Grad an Umverteilung

Historischer Institutionalismus

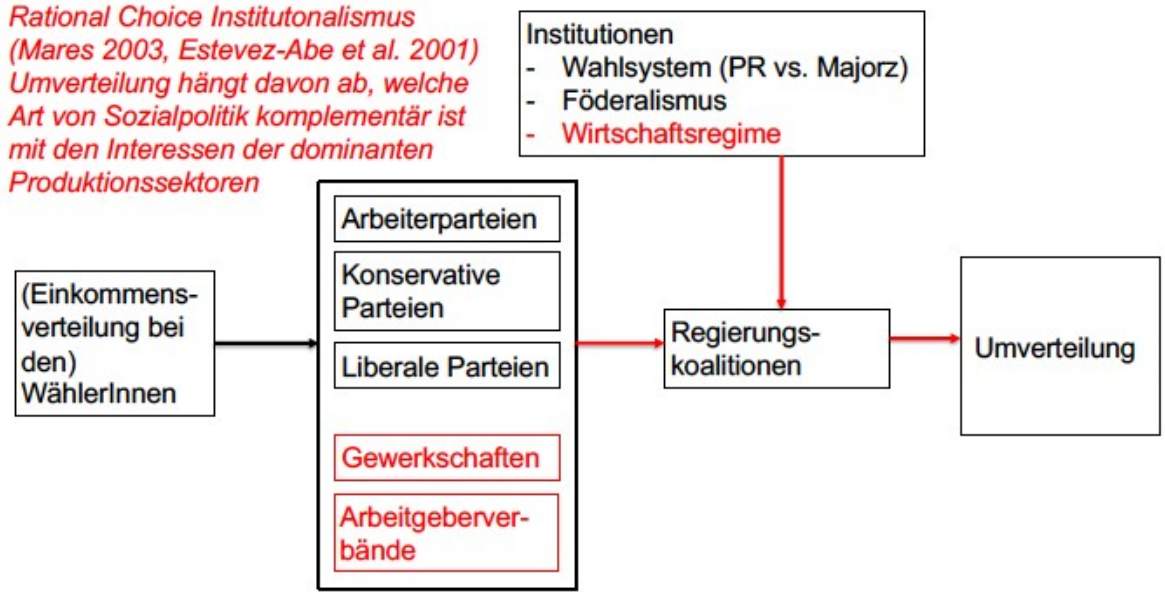


Rational-Choice Institutionalismus



- Majorz Wahlsystem: umstrittene Bezirke gewinnen
  → Umverteilung als Instrument für Wahlen: nicht alle Leute bekommen gleich viel Umverteilung (Parteien machen es nur dort, wo es für ihre eigene Wahl von Interesse ist)
- Proporz Wahlsystem: alle müssen mit Umverteilung "beglückt" werden, damit es als ein Instrument für Wahlen nützt.
- Föderalismus: Wettbewerb → tiefere Umverteilung

Rational-Choice Institutionalismus



4. Wo bleibt der Kulturalismus?

- Könnte eine Rolle spielen via
  - Argumente zu ethnischer Homogenität und Umverteilung

    - Lernprozesse zu Normen von Gerechtigkeit und Solidarität

5. Implikationen zu Forschungslogik und Theoriebildung

- **Theorien** variieren zwischen
    - Sparsam und umfassend
    - “Orthodox” und integriert
    - Komplementär und konkurrierend
- Politikwissenschaft als Disziplin ohne dominantes Paradigma, impliziert:
    - **Produktivität**: Erhöht den Rechtfertigungsdruck auf gewählte Modelle und damit die Bedeutung von Theorie
    - **Freiheit** und **Kreativität**: Politikwissenschafter*innen müssen ihre eigene Verortung finden

Politische Systeme und Theorien I

Block II: Macht und Staat

II.1 Was ist politische Autorität und warum gibt es sie? (09.10.19)
Lektüre: Hobbes, Thomas (1991). Leviathan

Politikwissenschaft
- Ist eine empirische Sozialwissenschaft
- Beschreibt und erklärt: das Entstehen, Funktionieren politischer Institutionen, politische Prozesse
- Bestimmt Kausalitäten und Korrelationen
- Objektivistisch auch in Bezug auf menschliches Verhalten
- Quantitative und qualitative Methoden

Politische Theorie
- Theorie: ein konsistentes Bündel wissenschaftlich begründeter Aussagen, die zugrundeliegende Gesetzmässigkeiten von Teilen der Realität erklären und Prognosen über die Zukunft zu erlauben.
- Ist positive politische Theorie (positive or explanatory political theory):
- Ist Teil der Gesellschaftstheorie
- Formuliert einen allgemeinen Erklärungsrahmen von Gesetzmässigkeiten, aus dem die Politikwissenschaft Hypothesen ableitet, die empirisch getestet werden (sollten!)

Politische Philosophie
- Theoretisch:
  - Begriffsanalyse politischer Begriffe
  - Ontologie politischer Entitäten (was bedeutet es zu sagen, das Schweizer Volk existiert, handelt, will?)
  - Handlungstheorie (Unterschied Handeln vs. Verhalten, Funktionieren)
    → Befragung der Politik aus der Sicht des Handelns ≠ nur kausales Verhalten
- Praktisch:
  - Fragt nach der Begründung politischen Handelns aus der Perspektive der Handelnden (≠ erklären)
    → Warum soll es einen Staat geben?
    → normative Fragen: ist etwas gerecht, legitim, etc.?
  - Fragt nach der Begründung politischer Autorität, pol. Institutionen, pol. Pflichten, pol. Rechte, pol. Grenzen, etc.
  - Unterzieht politisches Handeln einer kritischen Evaluation

I. Was ist politische Autorität?

A. "Autorität"
1. Die Macht und/oder Befugnis Befehle zu erteilen, Regeln zu setzen und durchzusetzen, verbindliche Entscheidungen zu Treffen und Gehorsam zu verlangen.
2. Die Fähigkeit andere in ihrem Handeln zu beeinflussen, auf Grund.
   a) epistemischer Kompetenz
   b) Charisma (Ausstrahlung)
   - 1 und 2a können einer Person oder Institution zukommen
   - 2b kann nur einer Person zukommen

B. "Politisch"

- scheint ein nicht übersetzbares Fremdwort griechischen Ursprungs zu sein (≠ gratis > unentgeltlich) → bleibt in allen Sprachen gleich
  → kein Wort in eigener Sprache

Wenn wir "Politisch" auf Deutsch übersetzen wollen, brauchen wir mehrere Ausdrücke

- gesellschaftlich ausgehandelt → Horizontalität
  - gemeinsam (einer allein macht keine Politik)
  - nicht gewaltsam (e.g. eine politische Lösung im Gegensatz zu einer militärischen)
  - nicht vor Gericht entschieden (eine politische Lösung im Gegensatz zu einer juridischen)
- der Regierung zugehörig → Vertikalität
  - politische Autorität: eine politische Behörde, staatliche Autorität, etc.

Das Adjektiv "politisch" bezieht sich auf

- Eine bestimmte **Form der Assoziierung von Menschen**; Entscheidungsfindung im gemeinsamen Handeln durch **Konsens/Deliberation** und **Verhandeln**
- Regierung: **Bestimmung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Regeln** des Zusammenlebens

"Politisch" ist (mindestens) zweideutig und bezeichnet ein

- horizontales <u>Anerkennungsverhältnis</u> zwischen Bürgerinnen und Bürgern
- vertikales <u>Unterwerfungsverhältnis</u> von Personen unter zwangsbewehrte politische Institutionen
  → Unterwerfung muss begründet/anerkannt werden (≠ autoritär, totalitär)

Bedingungen "Politisches Handelns"

- Allgemeine <u>Verbindlichkeit/Rechtsförmigkeit</u>: Es sollen allgemein verbindliche Regeln festgesetzt und befolgt werden.
- <u>Notwendigkeit</u> des Entscheidens: Entscheide können nicht unbeschränkt aufgeschoben werden.
- Nicht Reduzierbarkeit auf technische Fragen/Wissenschaft: Entscheide basieren auch auf <u>Wertewahl und Güterabwägung</u>.
- <u>Dissens</u>: Entscheide müssen oft gefällt werden, obschon es über Werte und Ziele keinen abschliessenden gesellschaftlichen Konsens gibt.
  → bei stetiger Einigung (unmöglich) ist kein politisches Handeln nötig

II. Politische Autorität als Staat

A. Der Begriff des Staates

- Politeia, Polis, Staat (lat. stare: Stand, Bestand): Institution mit der grössten Dauerhaftigkeit:

1. <u>Territorium</u> → Hoheitsgebiet, räumliche Jurisdiktion
2. <u>Subjekte</u> → der staatlichen Autorität unterworfen
3. <u>Regierung</u> → staatliche Autorität ausübend

- Max Webers Definition des Staates: die Gemeinschaft, die „innerhalb eines bestimmten Gebietes […] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“

B. Staatszwecke

- Staat ist in jedem denkbaren Fall Instrument der Unterdrückung der Autonomie; kein begründbarer Zweck
  → philosophischer Anarchismus
- Staat notwendig zum Schutz der Sicherheit und Freiheit des Kollektivs (≠ Individuen)
  → Kommunitarismus; Kommunismus
- Staat notwendig zum Schutz der Sicherheit und Freiheit des Einzelnen
  → Republikanismus, Liberalismus

C. Die Begründung der Staatszwecke

- erklären ≠ begründen (Zweck politischen Handelns) → keine Genealogie
  → Warum ist es legitim, einen Staat zu haben?
- Modern: Frage nach der Begründbarkeit des Staates gegenüber den dem Staat unterworfenen Subjekten ohne Rekurs auf Transzendenz (i.e. göttliche Bestimmung)

Thomas Hobbes: Die Begründung des Staates durch Bereitstellung des Guts der Sicherheit (Leviathan, 1651)

- immer mögliche interpersonale Gewalt als Grundproblem menschlichen Zusammenlebens
  → Gedankenexperiment des Naturzustandes

Das Gedankenexperiment des Naturzustandes (NZ)

- Ausgangspunkt: kein Staat
- Annahmen:
  1. Gleiche Gebrechlichkeit der Menschen (auch der schwächste Mensch kann den stärksten töten)
  → "Nature has made men equal, in faculties of body and mind..."
  2. Misstrauen, Mangel an Selbstvertrauen (diffidence)
  3. Abwesenheit von politischer Autorität (no common power)
  → "...no power to over-awe them all..."
  → "Where there is no power, there is no law: where no lay, no justice."
  → "Justice, and injustice are none oft he faculties neither oft he body, nor mind."
  → "They are qualities that relate to men in society, not in solitude."
  4. Strebenatur des Menschen; Konkurrenz individueller Begehrlichkeiten (natural right)
  → "...a time of war, where every man is enemy to every man..."
  → ...there is no way for any man to secure himself."
  5. Knappheit der Ressourcen
  6. Uncertainty (kein Wahrscheinlichkeitskalkül möglich)
  → "...no society...continual fear, and danger of violent death; and the life of man, solitary, poor, nasty, brutish, and short."
  → "...rely on their own strength."

Implikationen des Arguments

a) Rationalität des Misstrauens:
   - Furcht und Selbstjustiz
   - jeder rechnet mit dem Schlimmsten
   - jeder ist versucht, der immer möglichen Gewalt des Anderen zuvorzukommen

   → Spirale der Gewalt: "Krieg aller gegen alle."

b) Wirkungslosigkeit rein verinnerlichter Regeln (laws of nature → Moral):
   - korrosive Wirkung von Verletzung der Moral durch „free riders“
     → setzten sich beim Fehlen von Regeln durch
   - mögliche Todesfolgen für diejenigen, die die moralischen Gebote respektieren
   - auch Menschen mit moralischer Haltung müssen die Anwendung von Gewalt erwägen oder ausführen, und sei es auch nur um der möglichen Gewalt der anderen zuvorzukommen

Konsequenzen von a) und b)

- Ablehnung politischer Autorität ist auch für bösartige egoistische Personen nicht rational
  → stetige Unsicherheit ("uncertainty"): immer mögliche Gewalt von allen gegen alle
- man braucht keine besonderen moralischen Werte zu teilen, um die Notwendigkeit der politischen Autorität zu anerkennen
- ein rationaler Akteur, der politische Autorität grundsätzlich ablehnt, verneint die Sicherung des Überlebens als Voraussetzung rationalen Handelns

→ Selbstwiderspruch : Menschen müssen den Staat freiwillig annehmen

- Ohne politische Autorität: "...there is no place for Industry; because the fruit thereof is uncertain: and consequently no Culture of the Earth; no Navigation, nor use of the commodities that may be imported by Sea; no commodious Building; no Instruments of moving, and removing such things as require much force; no Knowledge of the face of the Earth; no account of Time; no Arts; no Letters; no Society; and which is worst of all, continuall feare, and danger of violent death; And the life of man, solitary, poor, nasty, brutish, and short."

Welche Form hat Hobbes' Gedankenexperiment des Naturzustandes?

Begründung econtrario (Umkehrschluss):

1. geht von einer vollständigen Disjunktion von zwei und nur von zwei Möglichkeiten aus (« entweder gibt es eine politische Autorität oder nicht »)
2. nimmt das Gegenteil von dem an, was begründet werden soll (« es gibt keine politische Autorität »)
3. führt diese gegenteilige Annahme in Selbstwiderspruch (ad absurdum)
4. Da es nur die zwei Möglichkeiten gibt, folgt daraus die Notwendigkeit der Annahme politischer Autorität

Naturzustand als Prisoner's Dilemma (PD)

		B	
		Cooperate (schweigen)	Defect (gestehen)
A	Cooperate	-1,-1	-3,0
	Defect	0,-3	**-2,-2 (nash equilibrium)**

- A und B sind in « Nash equilibrium » wenn A die beste Wahl trifft unter Berücksichtigung der Wahl von B, und B die beste Wahl unter Berücksichtigung der Wahl von A.
  → trotzdem suboptimal für beide: "rational fools"
- nur ein Nash equilibrium: Trittbrettfahrer ist die dominante Strategie im einmaligen PD
  → rationale Egoisten kooperieren nicht ohne politische Autorität

- Hobbes kann uns nicht aus dem Teufelskreis des PD führen: ohne Staat perpetuiert sich jedoch das PD
- Kooperationsbereite werden durch nicht Kooperationsbereite unterminiert

Wenn rationale Individuen...
- unter Bedingungen des NZ in einer einmaligen PD Situation sind, braucht es eine externe Autorität, damit Kooperation rational ist
- unter Bedingungen des NZ in einer mehrmals wiederholten PD Situation mit den gleichen Akteuren sind, braucht es eine externe Autorität, damit Kooperation rational ist (backward induction)
- unter Bedingungen des NZ in einer unendlich wiederholten PD Situation mit den gleichen Akteuren sind, ist „Trittbrettfahrer" nicht mehr die dominante Strategie

Naturzustand gleich strukturiert wie das Prisoner's Dilemma
- Für alle wäre es vorteilhaft, wenn alle die kooperative Strategie wählen würden.
- Diesen Vorteil gibt es nicht, wenn nicht alle diese kooperative Strategie wählen.
- Die kooperative Strategie wählen impliziert ein ‚Opfer': nicht Trittbrettfahrer.
- Opfer ist klein im Vergleich mit dem Nutzen, den jede Person hat, wenn alle (oder fast alle) die Kooperationsstrategie wählen.
- Es ist nachteilig/gefährlich, sich zu der Kooperationsstrategie zu entschliessen, wenn andere nicht diese Strategie wählen.

Hobbes geht von einer einmaligen oder mehrmals wiederholten PD Situation aus
→ es braucht politische Autorität, um kooperatives Verhalten zu ermöglichen.
Notwendige Elemente der politischen Autorität auf Grund von Hobbes' Gedankenexperiment:
- Allgemeine Anerkennung der politischen Autorität
  → Unterwerfungsvertrag: faktisches oder hypothetisches Verständnis
- Zwangsgewalt → Garantie für die Durchsetzung der Regeln
- Souveränität → höchste Autorität: bei Hobbes ist entweder der Fürst oder das Parlament Souveränitätsträger
  → ohne die höchste Autorität perpetuiert sich der NZ

Vom Staat erwartete Leistungen
- Schutz: Verteidigung gegen Dritte
  → ohne Schutzautorität: Nash Equilibrium bei nicht-Kooperation
- Schiedsgericht: Kontrolle und Begrenzung von Konflikten zwischen Akteuren
- Regulierung: Festlegung der allgemein verbindlichen Regeln
- Jurisdiktion: Garantie der Einhaltung der allgemein verbindlichen Regeln durch alle sozialen Akteure
- Allokation: Zuteilung und Garantie von Gütern, Dienstleistungen und Pflichten
- Funktion des Staates → NZ überwinden → Menschen stimmen freiwillig zu (sonst: irrational)

Institutionalistischer Ansatz
- Hobbes (De cive): „To speak impartially, both sayings are very true; That Man to Man is a kind of God; and that Man to Man is an arrant Wolfe: The first is true, if we compare Citizens amongst themselves; and the second, if we compare Cities. In the one, there's some analogie of similitude with the Deity, to wit, Justice and Charity, the twin-sisters of peace. But in the other, good men must defend themselves by taking to them for a Sanctuary the two daughters of War, Deceipt and Violence"

- Institutionen setzen den Rahmen für eine Kooperationsbereitschaft
  → ohne die Institutionen → Krieg aller gegen alle = NZ

III. Schwierigkeiten mit Hobbes' Ansatz

1. Allgemein: Bezug zwischen Gedankenexperiment (Modell) und historischer Wirklichkeit (e.g. Bedingungen von "risk" anstatt "uncertainty")
2. Besonders: Behauptung des notwendigen Zusammenhangs zwischen Abwesenheit von politischer Autorität und Krieg „aller gegen alle“
   - Fehlende empirische Evidenz des Kriegs a.g.a.: internationalistische Analogie;
   - Problem der kollektiven Konfrontation: NZ wird nicht wirklich überwunden (Souveränität gegen Innen, Naturzustand zwischen den Souveränen gegen aussen)

→ Plato, Gesetze: „Damit hat er also, scheint mir, das Urteil über den Unverstand der meisten Menschen gesprochen, die nämlich nicht verstehen, dass stets ein lebenslanger Krieg aller gegen alle Staaten besteht. […] Denn was die meisten Menschen Frieden nennen, das sei ein blosses Wort; in Wirklichkeit befänden sich von Natur alle Staaten mit allen ständig in einem Krieg ohne Kriegserklärung“.

Argumentationsprobleme bei Hobbes

1. Internationale Beziehungen als empirische Evidenz für den “Krieg aller gegen alle” im Naturzustand
   → Perpetuierung des selbstwidersprüchlichen Antagonismus in den internationalen Beziehungen
   → Fazit: Der Zustand allgemeiner Unsicherheit für den Einzelnen bleibt nach dem Gesellschaftsvertrag bestehen wegen der Internationalen Beziehungen
   → NZ zwischen Staaten, weil es keine Autorität über den Staaten gibt
   = NZ auf höherer Stufe → Bedrohung: Staaten vs. Staaten
   → Allgemeine Unsicherheit bleibt

- mögliches Gegenargument Hobbes': Bürgerkrieg ist schlimmer als internationaler Krieg/instabiles Gleichgewicht des Schreckens der internationalen Beziehung
  → will er einen "Weltstaat"?

2. Widersprüchlichkeit des Absolutismus

- „Naturzustand“ des absoluten Souveräns (ungebunden, keinem Gesetz unterworfen) mit den Herrschaftsunterworfenen bleibt bestehen; der Staat wird zum Sicherheitsrisiko für den Einzelnen
  → "NZ" zwischen Volk ("Herrschaftsunterworfene") und Staat: Souverän ist ungebunden vom Gesetz, während das Volk dem Gesetz unterworfen ist.
  → kann z.B. die Verfassung verändern, etc.
  → Kritikpunkt von John Locke gegen die Lehre der absoluten Souveränität
- John Locke: Souveränitätsparadox → Unrecht droht vom Souverän, der über das Volk verfügen kann

Die Begründung der Kontrolle des Staates (John Locke, 1689)

A. Hobbes’sche Voraussetzungen

- « Naturzustand » degeneriert zu « Kriegszustand »
- Individualistische, interpersonale Legitimation der PA
- Gesellschaftsvertrag zur Begründung der Zustimmungswürdigkeit der PA
- Gewaltmonopol der PA
- natürliche Freiheiten
- Irrationalität des NZ

→ aber: Zustimmungswürdigkeit zur politischen Autorität aus der Sicht des Individuums besteht in der Garantie der Rechte durch den Souverän: Leben, Freiheit, Eigentum, physische und psychische Integrität

B. Locke zieht einen anderen Schluss aus den Voraussetzungen
- Der « Leviathan » (absolute Souverän, Staat) kann für das Individuum zur Bedrohung werden (Absolutismus → Tyrannei); die Überlegung gilt für jeden Sovueränitätsträger (Fürst, Volk, Parlament)
  - Konstitutionalismus: Gebundenheit der Staatsgewalt + der Bürger an Verfassung (Grundgesetz; Grundrechte)
    → legal disabilities: Dinge, die der Staat nicht tun darf → Grundrechte müssen garantiert sein
    → Vertrag, den der Souverän bindet vs. willkürliches Handeln
  - Souveränität kann widerspruchsfrei eingeschränkt werden
  - Souveränität muss eingeschränkt werden zur Überwindung des „Naturzustandes“ zwischen Souverän und Gesetzesunterworfenen
    → "checks and balances" = Kontrolle → "Wer kontrolliert die Kontrolleure" (Marx)
  - Keine staatliche Instanz wird nicht von einer anderen kontrolliert
    → Wechselseitige Kontrolle
    → z.B. geheime Geheimdienste = illegitim
  - Wenn der souveräne Staatsgewalt die Grundrechte verletzt, besteht der NZ (= Staat ist aufgelöst)
    → Widerstandsrecht? (auch NZ?)
    → auf die Verfassung berufend

II.2 Legitime politische Autorität und gute Regierung (14.10.19)
Lektüre: Klosko, George (2005). Political Obligations

Problemstand zur Argumentation zur Begründung des Staates
- Staat wird prinzipiell begründet und begrenzt (Konstitutionalismus; Locke)
  → Frage nach der Legitimität dieses Staates → Leistungen, Verfahren
- These: Legitimität hat der Staat durch Bereitstellung öffentlicher Güter, Schutz der Commons, Schutz der Individualrechte

1. Welche öffentlichen Güter sollen bereit gestellt werden, welche Individualrechte, welche commons geschützt werden und mit welcher Verteilung der Kosten?
2. Welches sind legitime Entscheidungsverfahren und illegitime Entscheidungsresultate, die erlauben den legitimen Staat von einer illegitimen Verbrecherorganisation zu unterscheiden?
   → Legitime politische Autorität: Bereitstellung von Koordinations- und Kooperationsdienstleisungen

Legitimität
- politische Definition: Begründete und berechtigte Ausübung der politischen Autorität (staatlichen Zwangsgewalt)
- begrifflich: eine legitime politische Autorität hat das Recht zu regieren, i.e. hat das Recht, Gehorsam gegenüber allgemeinen Gesetzen und amtlichen Weisungen zu verlangen, auch gegen den Willen von Einzelpersonen. (→ regieren)

Legitimität 1: empirisch, faktisch

- Empirisch feststellbare Anerkennung, die eine wirkmächtige Mehrheit der Mitglieder einer politischen Organisation als Ganzem und ihrem Gefüge von Institutionen, Verfahren und Leistungen entgegenbringt (→ von den Subjekten ausgehend)
  → „subjektive (faktisch soziale) Legitimität"
  → blosse Anerkennung reicht nicht: z.T. unterstützt eine grosse Menge an Leuten ein autoritäres Regime

Legitimität 2: normativ

- Anerkennungswürdigkeit einer politischen Organisation, als Ganzes und/oder ihrer einzelnen Institutionen, Verfahren und Leistungen
- Anerkennungswürdigkeit beruht auf allgemein begründbaren Prinzipien, Rechten, Entscheidungsprozeduren, Leistungen → freie Deliberation (nicht auferzwungen)
  → „objektive (normative) Legitimität"; e.g. ist der Akt der Anerkennung frei, wohlinformiert, korrigierbar, etc.
  → unter welchen Bedingungen erfolgt die Anerkennung

Beziehung zwischen empirischer und normativer Legitimität

- Idee der Legitimität: beiden Aspekte des Begriffs durch prozedurale und institutionelle Differenzierungen möglichst zur Deckung zu bringen.
- **Legitimität** ist die durch anerkennungswürdige Zustimmungsverfahren ermittelte faktische Anerkennung einer politischen Autorität (Staat) und seiner Entscheidungen

Anerkennung → Verschiedene der politischen Autorität

- Legitimität eines Staates: **input legitimacy**, (Glaubwürdigkeit, „Gemeinsamkeitsglauben": Max Weber, 1922)
- Legitimität der Verfahren und Machtmittel: **throughput legitimacy**
- Legitimität der Leistungen: **output legitimacy**

Welche öffentlichen Güter sollen bereit gestellt, welche Individualrechte, welche commons geschützt werden? (siehe oben)
Kloskos Liste (2005):

i. personal security
ii. secure environment
iii. „burdensome PGs" (public goods): Rechtssystem, Umweltschutz
   → sehr aufwendig: Kollaps ohne Staat
   → i.-iii.: nie aus Spontanität der Leute → nur durch Garantie des Staates
   → Prisoner's Dilemma + Koordinationsprobleme: Staat mit autoritativer Festlegung (Problemlösungskompetenz)
iv. „not burdensome PGs requiring coordination" (e.g.traffic)
   → Staatliche Intervention plausibel (→ Regulation): einmal gelöste Probleme bleiben gelöst
   → Problem der hohen Anzahl involvierter Akteure
   → Anforderung hoher Problemlösungskompetenz
   → Problem der Informa3on und koordinierten Implemen3erung
v. regulation, standards (medication, food, industrial)
vi. excludable commons (parks, cultural activities, schools)
vii. redistribution

Typen von Gütern

	Rivalitätsgrad=0	**Rivalitätsgrad hoch (=1)**
Exklusionsgrad=0	Öffentliches Gut	Gemeingut 1: open access common
Exklusionsgrad hoch (=1)	Klubgut	Gemeingut 2: enclosed common

- Netzwerkgüter: Gut mit negativem Rivalitätsgrad → z.B. Vertrauen, Liebe, Freundschaft
  → es ist positiv, wenn möglichst viele Leute sie gemeinsam konsumieren.

Öffentliches Gut
- Nicht-Exkludierbarkeit und Nicht-Rivalisierender Konsum des ÖG bilden ein Problem für dessen Produktion unter Annahme individueller Nutzenmaximierung durch Einzelne
  → mangelndes Interesse, privat dafür zu investieren, auch wenn hohe Nachfrage besteht (Marktversagen)
- durch spontane Organisation von Akteuren/Interaktion (= Markt) nicht bereitgestellt
- nur durch Autorität/Regierung möglich → ÖG erzwingen: z.B. Abgaben, etc.
- ÖG = intangibles Gut
  → nicht rivalisierend konsumiert: für alle unter einem Staat mit diesem ÖG verfügbar
  → keine Exklusion: alle profitieren davon
- ÖG wird von materiellen Dingen erzeugt
  → z.B. Leuchtturm: tangibles Ding/Gut
  → Leuchtturm produziert Orientierung für Schiffe = ÖG
  → Nicht der Leuchtturm als Gegenstand ist das ÖG, sondern die Orientierung, die er erzeugt
  → Die Finanzierung des Leuchnurms unterliegt den Bedingungen des ÖG in seiner Funktion der Orientierung
- z.B. Leuchtturm, Lawinenverbauung, Strassenbeleuchtung, Sicherheit

Gemeingut 1
- wird rivalisierend konsumiert
- keine Exklusion
- z.B. Umwelt → Klimakrise = tragedy oft he commons → Übernutzung

Klubgut
- nicht rivalisierend benutzt → unendlich viele Mitglieder
- hohe Exklusion → Mitgliedschaft
- z.B. Pay TV, SBB GA

Gemeingut 2
- wird rivalisierend konsumiert
- hoher Exklusionsgrad → Regulierung

- z.B. Wohnung → Privatgut, Alpen, die von Bauern bewirtschaftet werden

Kloskos Liste revisited

i. Unmittelbare persönliche Sicherheit gegen Andere

- Private Sicherheitsverbände?
- Individuum vs. privater Sicherheitsverband, dem es nicht angehört
- Konflikt der privaten Sicherheitsverbände
- Konflikt: Was geschieht mit denjenigen, die den privaten Schutz nicht bezahlen können?
  → Staat grundsätzlich notwendig, nur sekundär delegierbar
  → auch wenn es private Sicherheitsverbände sind: staatliche Strukturen → z.B. Zwangsversicherung

ii.-iii. Sichere Umwelt

- z.B. Militärische Sicherheit; law and order; öffentliche Gesundheit; Umweltschutz; Katastrophenschutz
- nicht-exkludierbar: daraus folgt PD-Struktur
- burdensome/scale (hohe Kosten, grosse Reichweite): Notwendigkeit zu „regulated coordination“
- private Gesundheitsvorsorge/-versicherung möglich, aber PA notwendig bei Epidemiebekämpfung, Ansteckungsgefahr, etc.
- Katastrophenschutz durch Privatversicherung, aber PA bei Massenevakuationen und Koordination der Hilfe
  → „privates“ Sicherheitskonsorzium müsste dieselben Attribute haben wie der Staat, um die Funktionen zu erfüllen

iv. not burdensome PGs requiring coordination

- Währung, Verkehr → keine PD Struktur wenn Koordination einmal gefunden
  → Vertrauensproblem, Koordinationsproblem: Staat
- aber: z.B. aufwändige Zertifizierung der Geldausgebenden privaten Institution, Geldfälscher, Raser, Konflikte bei Unfall

v. Regulation, Standards (Medikamente, Lebensmittelsicherheit, Industriestandards)

- zivilgesellschaftliche Lösungen plausibel (Interessenkonflikte!)
  → Zertifizierungsleistung des Staates: Vertrauen

vi. Excludable commons (Allmende, common pool resources, Parkanlagen, kulturelle Aktivitäten, Museen, Schulen)

- Problem der Kontrolle ohne Staat
- Problem der unzureichenden Bereitstellung ohne Staat
- Problem des Zugangs für schlechter Gestellte wenn privat
  → es braucht den Staat (mindestens subsidiär)

vii. Umverteilung: soziale Sicherheit

- Wohlfahrtsstaat: soziales Gut ≠ ÖG → exkludierbar, rivalisierend konsumiert
- Soziale Sicherheit ist als obligatorisches Versicherungssystem organisierbar
  → Staat: Regulator, Garant
- private charities, philanthropy: not required to be pervasive, not required to be evenhanded
  → Steuersystem nötig

Schluss

- Rationale Staatsbegründung begründet mehr als nur den „Nachtwächterstaat“
- Regulierung und Bereitstellung von tendenziell exkludierbaren ÖG bietet Spielraum für Auslagerung in nicht-staatliche Verbände. →Kein „Totalstaat“ ist nötig
- Es bleibt die Frage: welche ÖG soll der Staat bei knappen Ressourcen zur Verfügung stellen?
  → Güteabwägung: welches ÖG hat Priorität: legitimes Entscheidungsverfahren
- Führt zu Fragen: welches sind legitime Regimetypen, ist es die Demokratie und nur die Demokratie?

Was ist Demokratie?

- Engere Bedeutung: Eigenschaften von Beratschlagungs- und Entscheidungsverfahren zivilgesellschaftlicher Gruppen oder politisch konstituierter Völker.
- Weitere Bedeutung: Eigenschaften von gesellschaftlichen Verhältnissen

Drei Bedeutungsfelder

1. Demokratisch sind Beratschlagungs- und Entscheidungsverfahren von Gruppen, wenn und nur wenn alle Mitglieder das Recht haben sich daran massgeblich zu beteiligen.
2. Demokratisch sind Beratschlagungs- und Entscheidungsverfahren von politisch konstituierten Völkern, wenn und nur wenn alle Mitglieder das Recht haben sich daran massgeblich zu beteiligen.
3. Demokratisch bezieht sich auf eine gesellschaftliche Lebensform, die respektvoll, egalitär, tolerant, friedlich, inklusiv, deliberativ, pluralistisch, transparent, nachhaltig, frei von Unterdrückung und Ausbeutung, etc. ist.

Zweideutiger Demokratiebegriff

- Demokratie besteht in Eigenschaften von Verfahren in Gesellschaft und Politik
  - Ergebnisneutralität
  - Möglichkeit der gleichen und massgeblichen Beteiligung
  - Korrekturmöglichkeit durch periodische Wiederholung
- Definition der Demokratie über die erwünschten Resultaten der gesellschaftlichen Verhältnissen

Probleme mit dem ergebnisbasierten Demokratiebegriff

- Praxis des ergebnisoffenen Beratschlagens und Abstimmens nicht abdeckt.
- Ideal demokratischer Lebensform subsumiert widersprüchliche oder gegenläufige Ziele.
- Einige der erwünschten Ergebnisse könnten effizienter aus despotischen Entscheidungen hervorgehen: Schwierigkeit der begrifflichen Abgrenzung zwischen Demokratie und Autoritarismus.
  → Aus diesen drei Gründen erweist sich der <u>verfahrensbasierte Demokratiebegriff</u> als der stimmige

Robert Dahl's Begründung der Demokratie

- Verfahren die gemäss einem verfahrensbasierten Demokratiebegriff als demokratisch gelten
  1. erzeugen über die Zeit auch die besten Ergebnisse;
  2. sind nicht frei von normativen prozeduralen Bedingungen.

Warum Demokratie?

- Dahl: “if actively adopted by people, democracy produces the best feasible political system, the best state with all imperfections, more desirable than any feasible nondemocratic alternative”

a. Intrinsische Begründung

- personale ("intrinsische") Gleichheit
  - Freiheitsrecht jeder Person
  - Recht jeder Person auf die gleiche Berücksichtigung ihrer Anliegen

  → Principal of equal consideration of interests. (Dahl)

  → Beteiligung an Verfahren wichtiger als nur gute Entscheidungen: Lernprozess der Demokratie
  - Personen haben die Fähigkeit, <u>eigene</u> Vorstellungen des Guten und Gerechten zu entwickeln.
  - Demokratie bringt nicht dasselbe objektive Glück für alle, sondern nur Berücksichtigung subjektiver Ansprüche im gemeinsamen Entscheiden

  → interests as preferences: presmption of personal autonomy (Dahl)

  → intrinsischer Wert der Partizipationsmöglichkeit (→ nicht das Resultat)

b. Instrumentelle Begründung

- Demokratie realisiert grösstmögliche Freiheit
  - demokratischer Prozess impliziert notwendig Freiheitsrechte: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit., etc.
  - Demokratie: mehr Plausibilität, dass mehr Menschen unter Gesetzen leben, denen sie frei zustimmen als in alternativen Regierungssystemen

"Loser's consent"

- Vertrauen auf Fairness der Verfahren
- dynamische Mehrheitsverhältnisse
- Korrekturmöglichkeit durch periodische Wiederholung
- Demokratie fördert menschliche Entwicklung vs. negation of Democracy limits the scope of moral autonomy (Dahl)
- autoritäre Regimes: Limitierung der persönlichen Autonomie

  → ÖG können gegeben, aber Freiheiten limitiert sein (z.B. Singapur: "aufgeklärter Despotismus")

Fazit Dahls

- Prinzipien personaler Gleichheit und autonomer Bestimmung der Präferenzen

  → Regierungssysteme müssen
  - grösstmögliche Freiheit
  - die Beförderung moralischer Autonomie
  - die Befriedigung dringender Ansprüche

    → Demokratie erfüllt diese Ansprüche besser als andere Regierungsformen (Dahl)

Allgemeine politische Beteiligung

- Bürger*innen haben die Erwartung, dass die eigene Meinung angehört + umgesetzt wird
  - übertriebene Erwartung: kollektives Handeln im Dissens
  - Demokratisches Bewusstsein bedeutet, dass „die Kränkung darüber, dass wir weder allein auf der Welt noch wichtiger als die anderen sind“ hingenommen wird.

c. Demokratie und ihre Nicht-Mitglieder

- allgemeine Beteiligung
- breite Deliberation
- Anerkennung der politischen Gleichheit der Mitglieder in den Entscheidungsprozessen
  → notwendige Bedingungen demokratischer Legitimität
  → hinreichend zur normativen Bestimmung demokratischer Legitimität?

Nein! Gedankenexperiment → <u>Aussenperspektive</u>

- Man stelle sich vor, dass in einer Mafia- oder Terrororganisation alle Mitglieder
  - sich als gleich anerkennen
  - für einander und Angehörige sorgen
  - ihre Entscheidungen sorgfältig und inklusiv deliberierend vorbereiten
  - nach dem Mehrheitsprinzip unter gleicher Beteiligung abstimmen, welchen tödlichen Anschlag auf Nichtmitglieder sie durchführen werden.

Folgerung

- Prinzipien der Zustimmungswürdigkeit der Verfahren betreffen nicht nur Mitglieder, sondern beziehen Nicht-Mitglieder in qualifizierter Weise mit ein.

→ Grundrechte, Menschenrechte von Nicht-Mitgliedern sind auch Teil des normativen Begriffs der demokratischen Legitimität, ansonsten wird ein legitimer demokratischer Staat begrifflich ununterscheidbar von einer Verbrecherorganisation
→ nationalistische Perspektive ist unzureichend
→ Grundrechte bekommt man auch als Nicht-Mitglied eines bestimmten Staates
≠ Bürgerrechte

II.3 Öffentliche Güter, Externalitäten und Kooperation (16.10.19)
Lektüre: Taylor, Michael. (1987). The Possibility of Cooperation.

- Ökonomischer Ansatz → Theorie auf Mikro-Ebene
- Nicht normativ im Argument, aber nicht frei von normativen Elementen
  → Fokus auf Individuum: rationales, nutzenmaximierendes Handeln

Problem und Lösungsansätze

- Problem: In vielen Situationen hat das Individuum einen Anreiz sich für die Gruppe sub-optimal zu verhalten (obwohl es rational handelt).
  → Frage: Wie können wir Kooperation ermöglichen?
  - Staat: kann Kooperation erzwingen → Souverän + Durchsetzungskraft
  - (Zivil-)Gesellschaft: mit Sanktionierung
  - Normen: dezentral
    - Deskriptive Normen: Wie verhalten sich andere?
    - Injunktive Normen: Welches Verhalten wird von den anderen toleriert?
      → Wie reagieren andere auf Normenverletzungen?

  → z.B. "broken window theory": Konsequente Verfolgung von kleinen Vergehen, damit das Gefühl breit wird, dass Normen befolgt werden.

Kooperation

Kooperation - Fundamentalproblem sozialer Ordnung

- Kooperation ist das Fundament jeder komplexen sozialen Gruppe.
- Kooperation ist schwierig, da Individuen Anreize haben sich nicht kooperativ zu verhalten.
- Wir können das Kooperationsproblem vereinfacht darstellen (`modellieren'): Wir nehmen an, dass:
  - ... es zwei Akteure gibt und
  - beide haben zwei Handlungsalternativen (Kooperation, Defektion)
    → beide wollen ihr Nutzen maximieren

  → Gefangenendilemma

Gefangenendilemma

- Spiel-Matrix
  - D: andere Spielerin verraten = Nutzen maximiert
  - K: schweigen
  - D > K und (K,K) > (D,D)
- Modell
  - Spieltheorie: vereinfachte Darstellung des Kooperationsdilemmas
  - Individuell nutzenmaximierendes/rationales Verhalten führt zu kollektiv sub-optimalen Ergebnissen
  - Strategien geben Handlungen zu jedem Zeitpunkt an
- Realweltliches Beispiel
  - Abrüstung zwischen UdSSR und USA
  - n-Spieler Version: Klimawandel → "tragedy of the commons"

	Kooperation	Defektion
Kooperation	2 2	3 0
Defektion	0 3	1 1

Spieltheorie

- **Nash Gleichgewicht**: In einem Nash Gleichgewicht kann sich keine Spielerin besser stellen, wenn sie alleine ihre Strategie ändert.
- Dominierte Strategie: Ist eine Strategie, die immer weniger Nutzen bringt als eine Alternative unabhängig davon, was die andere Spielerin macht.
  → Kooperation
- Nash GG finden: Im Nash GG verlässt sich keine Spielerin auf eine dominierte Strategie.

Kooperation

- (K,K) wäre optimal für Gesellschaft, aber lässt Anreiz für jede Spielerin zu defektieren.
- (D,D) ist starkes Nash GG
- Leitende Frage: Wie schaffen wir es Spielerinnen dazu zu bringen, dass sie kooperieren?

Lösungen für Kooperationsdilemma

- **Intern**: Normen und Moral können bestimmte Strategien fördern.
  → dezentral Koordination erleichtern
- **Extern (dritte Akteurin)**: Spiel verändern → es gibt eine dritte Akteurin: z.B. Drohung (z.B. Mafia)
  → aber: Kosten, Anreize der dritten Akteurin?
- **Spontan**: Repetition kann Kooperation individuell rational machen (→ Schatten des

letzten Spiels)
→ nicht koordiniert
→ Anreiz mittelfristiger Gewinne über lange Zeit > kurzfristige Gewinne

Kollektives Handeln

- Wir beschreiben die Gesellschaft oft als eine Ansammlung von Gruppen (die Gewerkschaften, das Gewerbe, die Lehrer, die urbane Bevölkerung, ...)
- Dabei übersehen wir, dass es für Gruppen schwierig ist, das Dilemma kollektiven Handelns zu überwinden.
  → Kollektive Interessen übersetzen sich nicht automatisch in kollektives Handeln.
  → z.B Fachverein Polito: es gibt Vorteile für mich, ohne dass ich mitmache, solange genug Leute dabei sind, damit es funktioniert.

Ist kollektives Handeln möglich?

- Kollektives Handeln ist ein n-Personen Kooperations-Spiel → individueller Anreiz für Defektion.
- Kosten C, Nutzen B aber nur wenn mindestens k Personen kooperieren

	$< k-1$	genau $k-1$	k oder mehr
Kooperation	$-C$	$B-C$	$B-C$
Defektion	0	0	B

- Nash GG (Annahme k >1)
  - alle kooperieren = kein Nash GG
  - alle defektieren = Nash GG
  - genau k Personen kooperieren

Olsen: Ist kollektives Handeln möglich?

- Probleme nehmen in n zu (bei kleinem k)
  - Anonymität grosser Gruppen, schwierig eine Identität zu schaffen.
  - Individueller Beitrag scheint weniger wichtig.
  - Schwierig zu überwachen - unklar, wer mithilft.
- Kleine Gruppen organisieren sich einfacher (`soziale Kontrolle')
- z.B. Konsumenten vs Produzenten,

"By-Product Theory" - Nebenproduktheorie

- "selected benefits": nur für Mitglieder*innen = Leute, die kooperieren
  → z.B. Mietverband, TCS (Pannenhilfe), Rechtsauskunft (Gewerkschaft), etc.
- Kritik: Olsen sei zu pessimistisch → Gruppen brauchen auch ausserordentlichen Effort von einzelnen Individuen
  - Leitung und Organisation durch einzelne Figuren → sie profitieren von ihrer Funktion, Demonstrationen
- Rational choice betrachtet Handlung als instrumental, kann aber auch expressiv sein (ideologische Motivation).

Öffentliche Güter und Externalitäten

- Private Güter: hoher Exklusionsgrad, absolute Rivalität → z.B. Brot, Wohnung
- Öffentliche Güter: tiefer Exklusionsgrad, keine Rivalität → z.B. Sicherheit, saubere Luft

Öffentliche Güter
- Freier Markt wird zu tiefes Niveau des öffentlichen Gutes herstellen.
- Ökonomische Lösung: Monopol (z.B. Leuchttürme und Häfen).
  Problem: Monopolist hat Eigeninteressen.
- Politische Lösung: Staat stellt öffentliche Güter zur Verfügung.
  Problem: Was sind öffentliche Güter? Bauernsubventionen, etc.

Externalitäten
- Externalitäten sind Konsequenzen von ökonomischem Handeln, welche nicht in Marktpreisen reflektiert sind.
- z.B. Luftverschmutzung (-), Impfung (+: Herdenimmunität)

Wie löst man diese Probleme?
- Steuern, Subventionen
- Regulation
- Eigentumsrechte: auch Zertifikate (= Recht etwas zu tun) → Markt

Tragödie der Allmende ("Tragedy of the Commons")
- Allmende: gemeinschaftlicher Besitz → z.B. für Landwirtschaft
- kurzfristig vs. langfristig optimal + individuell vs. kollektiv ideal
- Bisherige Lösungen funktionieren: Eigentumsrechte → staatliche Eingriffe

Alternativen: Wie kann Gruppenbesitz ohne Eigentum/Staat effizient verwaltet werden?
- Bedingungen, die Gruppen erlauben die TdA zu überkommen
  - Klare Grenzen
  - Partizipation: direkte Demokratie
  - Individuelles Verhalten beobachtbar (Monitoring)
  - Sanktionen möglich
  - Konfliktregulierung (Schiedsgerichte)
  - Autonomie (Staat anerkennt Genossenschaft)

Wie geht man von ineffizienten zu effizienten Gleichgewichten (B. Rohstein)?
- Rothstein vergleicht Steuermoral in Schweden (hoch) mit der in Russland (tief).
- Er betont wie wichtig die Norm Steuern zu zahlen ist.
- Russische Bürgerinnen wollen Steuern zahlen, falls alle zahlen und das Geld nicht hinterzogen wird.
- Spieltheorie stützt sich auf ein zu simples Akteur-Modell.
- Vertrauen kann helfen Dilemmas zu überwinden.
- Normen können durch "collective memories" reproduziert werden.

Zusammenfassung
- Kooperation als soziales Ordnungsproblem.
- Wie erreicht man kollektiv optimale Ergebnisse? → Lösungen: Markt, Staat und Gesellschaft.

II.4 Souveränität und Macht im internationalen System (21.10.19)
Lektüre: Grieco, Joseph M, G John Ikenberry, and Michael Mastanduno. (2015). Introduction to International Relations: Enduring Questions and Contemporary Perspectives

Internationale Beziehungen

- alles, was über Grenzen geht: Menschen, Güter, etc.
- staatliche und nicht-staatliche Akteure
- Staaten im internationalen Kontext
  → politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen

Der Staat im internationalen Kontext

Was ist ein Staat?

- ... die Gemeinschaft, die „innerhalb eines bestimmten Gebietes […] das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht" (M. Weber)
- Territorium mit klar definierten Grenzen
- Innerhalb des Territoriums können die politischen Akteure souverän handeln.
  → souveräne Staaten: zentrale Einheiten des modernen internationalen Systems.

Staaten als zentrale Einheit des internationalen Systems

- War nicht immer so: Imperien, Dynastien
  - oft Kleinregionen, die in grössere Imperien eingebettet waren → eher unklare Grenzen
  - vor 15.JH: Imperien, die viele verschiedene Völker mit einem Herrscher unter sich vereinten
  - Europa: Familien wichtig → Dynastien

Der Westfälische Frieden 1648

- Konflikte zwischen Dynastien und Länder + katholisch vs. protestantisch
- Friedenskongress in Münster und Osnabrück zur Beendigung des Dreissigjährigen Krieges. → nahezu alle europäischen Mächte vertreten
- Gilt als Geburtsstunde des modernen internationalen Staatensystems.
- „The Westphalian System": A system of sovereign states over which there is no higher authority (Grieco)
  → Souveräne Staaten als zentrales Ordnungscharakteristikum
  → jeder Staat darf eine Religion festlegen + ist frei, eigene Allianzen einzugehen

Souveränität

Das moderne System souveräner Staaten

- Zentral: das Prinzip der inneren und äusseren Souveränität territorial abgegrenzter, untereinander formal gleichberechtigter Staaten.
- innere Souveränität: Der Souverän besitzt die exklusive Verantwortung für alle Regelungen und Entscheidungen auf einem bestimmten Territorium und hat dabei das Gewaltmonopol
- äussere Souveränität: Der Souverän ist der exklusive Adressat politischer Forderungen und Ansprüche → Regierung vertritt das Land und verhandelt für das ganze Land auf internationaler Ebene (Allianzen, internationale Verträge, etc.).
  → innere + äussere Souveränität: keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten

- Terrirotialstaat: Der Herrschaftsbereich des Souveräns ist über das Territorium definiert.
- Prinzip der Gleichberechtigung der Staaten: Staaten sind unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht international gleichberechtigt

Souveränität galt lange nicht für alle
- Ab 1492: Eroberung, Erschaffung und Ausbeutung von Kolonien → vor allem durch europäische Staaten
  → Kolonien sind weder gegen innen, noch gegen aussen souverän. (Entscheidungsmacht beim Kolonialstaat)
- Nachhaltige Folgen für die ehemaligen Kolonialstaaten: z.B. schwache politische Institutionen

Souveränität und "responsibility to protect)
- Jeder einzelne Staat hat die Verantwortung für de Schutz seiner Bevölkerung.
  → Schutzpflicht
- Die Staatengemeinschaft darf kollektive Maßnahmen ergreifen, wenn ein Staat diese Schutzfunktion nicht erfüllt: Bei Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
  → Wird oft durch das Veto gewisser Staaten verunmöglicht: Interessenskonflikte (z.B. Ukraine vs. Russland)
  → sind oft nicht erfolgreich: z.B. Balkan, Somalia
  → internationaler Ansprechpartner sind stets die Regierungen
  → internationale Staatengemeinschaft kenn keinen neuen Staat ausrufen

Staat oder Nationalstaat?
- Staat: Territorium mit gut definierten Grenzen, politische Autoritäten die Souveränität geniessen
  → Effektive und anerkannte Fähigkeit, die Einwohner des Territoriums zu regieren.
  → Fähigkeit, Beziehungen zu Regierungen anderer Staaten zu etablieren.
- Nationalstaat: Politische Einheit, die von Menschen bewohnt wird, die eine gemeinsame Kultur, Geschichte oder Sprache teilen.
  → Schweiz???
  → UdSSR: viele Nationen
  → Nationen ohne Staat: Kurden (in 3 Staaten)

Anarchie als Merkmal des internationalen Systems

Implikation von Souveränität: Anarchie
- Staaten: zentralisiert und hierarchisch → Gewaltmonopol ("Leviathan")
- Internationales System: dezentralisiert und anarchisch → "Selbsthilfesystem"
  → Staaten erfüllen alle die gleichen Herrschaftsfunktionen auf ihrem Territorium = gleichartig und gleichrangig (trotzdem gibt es Staaten mit mehr Macht als andere)
  → es gibt keine übergeordnete Instanz über den Staaten
- Im internationalen System gibt es kein Gewaltmonopol → es herrscht Anarchie
  → internationaler Naturzustand: keine zentralisierte Autorität, die Streite schlichten/ schwache Staaten von starken schützen, etc.

Bändigung der Anarchie durch internationale Institutionen
- Internationale Institutionen

    - Stabile Normen und Regeln Regeln, die sich auf das internationale System, die Akteure des Systems und ihre Aktivitäten beziehen
    - Gleiche Regeln für alle Mitgliedstaaten
- Internationale Institutionen ermöglichen stabile Kooperation, indem sie
    - Klar festlegen, was als kooperatives und was als unkooperatives Verhalten gilt.
    - Transparenz und Kontrolle über das Verhalten von Staaten herstellen.
    - Es den Mitgliedstaaten ermöglichen, kooperationsfeindliches Verhalten eines Staates zu sanktionieren.
      → versuchen, geregelte Ordnung herzustellen, um der Anarchie entgegenzuwirken

Beispiel: Montreal-Protokoll zur Schutz der Ozonschicht
- Anfang 1980er: wachsendes Ozonloch
- 1987: internationales Abkommen zum Schutz der Ozonschicht
  → Verpflichtung der Mitgliedstaaten: ozonschädliche Substanzen zunächst drosseln, dann komplett abschaffen
- Internationales Problem durch internationale Regeln gelöst → Kooperation

Internationale Institutionen unter Druck
- Zunehmender Widerstand gegen internationale Versuche, gewisse universell geltende Regeln aufzustellen und durchzusetzen.
- Autorität auf internationaler Ebene → innere/nationale Souveränität büsst ein
  → EU: supranationale Organisation → Staaten geben Entscheidungskraft über gewisse Themen total ab.
- Beispiele: Austritt der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen, Kritik am europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Kritik am Rahmenabkommen zwischen CH und EU, etc.

Lässt sich Anarchie wirklich "bändigen"?

1. Anarchie im Neo-Realismus
- Anarchie ist eine grundlegende Eigenschaft des internationalen Systems, die nie verschwindet.
- Staaten müssen immer um Ihre Sicherheit und Überleben besorgt sein.
- Implikationen:
    - Sicherheitsstreben: Sicherheit und Überleben als oberstes Ziel von Staaten
      → kompetitiv: wenn ein Staat sicher ist, ist der andere unsicher.
    - Selbsthilfe: Staaten müssen selbst für ihre Sicherheit sorgen
      → egoistisches Handeln
      → "Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner."
    - Machtkonkurrenz: Relative Machtposition und relative Gewinne/Verluste relevant.
      → relative, nicht nur absolute Gewinne wichtig
      Sicherheitsdilemma: Die Sicherheit eines Staates ist die Unsicherheit des anderen Staates.
      → z.B. Aufrüstungsspiralen: Schutz, Bedrohung, weiteres Aufrüsten, etc.
- Anarchie dominiert alle Aspekte der internationalen Beziehungen + ist nicht zu bändigen.

2. Anarchie im neoliberalen Institutionalismus
- Staaten streben nach Sicherheit + <u>Wohlstand</u>
  → absolute Gewinne sind ebenfalls wichtig: z.B. Wohlstand für beide Länder (Pakt)

- Interdependenz: Wechselseitige Abhängigkeit von Staaten → z.B. Klimaschutz
- Anarchie + Interdependenz prägen das internationale System.
- Implikationen:
  - Interdependenz: Schafft Anreize für internationale Kooperation + Frieden
    → Probleme lassen sich nicht alleine lösen
    → Internationale Institutionen helfen Staaten, kooperationsförderliche Bedingungen zu schaffen: zentralisierte Sammlung von Informationen, Kontrolle von Verhalten, Sanktionen bei kooperationsfeindlichem Verhalten, Senkung von Transaktionskosten
    → Friedliche Kooperation zwischen Staaten vereinfacht
- Abschwächung der Probleme der Anarchie

3. Anarchie im Konstruktivismus
- Internationale Politik: sozial konstruiert (→ Identität der Staaten)
- Staaten handeln nach der "Logik der Angemessenheit" → Rollen
  → "Handlungsweise, die in der gegebenen Situation ihrer sozialen Rolle, den geltenden sozialen Normen, den institutionellen Regeln oder den kulturellen Werten ihrer Gemeinschaft angemessen ist." (Schimmelfennig)
- Die Bedeutung der Anarchie hängt davon ab, in welcher Art die Akteure ihre eigene Sicherheit mit der eines anderen Staates identifizieren.
- Implikationen:
  - Befreundete und verfeindete Staaten, die sich dementsprechend unterschiedlich verhalten. → Identitäten
  - Freunde: Verhältnis basierend auf Vertrauen + geteilten Normen/Werten
    → Stabile Kooperation ohne Kontrolle + Sanktionierung
  - Feinde: Misstrauen und Unsicherheit → Kooperation schwierig, Zwangsgewalt nötig.
- Anarchie dominiert bei Feinden → Überleben vs. Anarchie bei Freuden weniger zentral

Macht im internationalen Kontext

Gleichberechtigung heisst nicht, dass alle Staaten gleich sind
- alle Staaten: Gleichartigkeit, Gleichberechtigung, Souveränität
  → nicht alle Staaten haben die gleichen Kapazitäten
- Unterschiede in wirtschaftlichen, militärischen, technologischen Kapazitäten
  → manche Staaten sind mächtiger als andere

Was ist Macht?
- "Power can be thought of as the ability of an actor to get others to do something they otherwise would not do (and at an acceptable cost to the actor).
  Power can be conceived as control over outcomes."
- Macht in den IB: Kann ein Staat den anderen dazu bringen, das zu tun, was er will?

1. Militärische Macht (Neo-Realismus)
- Je mehr ein Staat über Ressourcen verfügt, desto grösser seine militärische Macht.
  → Militärische Ressourcen, Technologien, wirtschaftliche Macht
- Militärische Macht: immer relativ gesehen (im Vergleich mit anderen Staaten) relevant.
- Militärische Macht variiert stark: Quantität + Qualität

- Grossmächte: Staaten, welche die Fähigkeiten und den Willen haben, ihren Einfluss auf globaler Ebene auszuüben. → global vertreten: Militärstützpunkte auf der ganzen Welt

2.Verhandlungsmacht (Neoliberaler Institutionalismus)
- Interdependenz/ Akteurpräferenzen
  → Wer weniger auf Kooperation angewiesen ist bzw. eine weniger starke Präferenz für Kooperation hat, hat höhere (Verhandlungs-)macht.
- Institutionelle Regeln: wer darf die Agenda bestimmen, wie wird abgestimmt, etc.
  → z.B. Veto- vs. Mehrheitsabstimmung

3. Argumentationsmacht (Konstruktivismus)
- Argumentationsmacht eines Akteurs steigt, je höher seine Glaubwürdigkeit + je höher seine Legitimität
  → Überlappung der politischen Ziele des Akteurs mit den Ideen oder Identität der Gesellschaft

Fazit

Staat und Souveränität:
- Das internationale System besteht heute aus gleichberechtigten, souveränen Territorialstaaten.

Anarchie
- Dieses System ist anarchisch: Es gibt kein den Staaten übergeordnetes Gewaltmonopol
- Aber: internationale Institutionen regeln die internationalen Beziehungen von Staaten und ermöglichen stabile Kooperation.

Macht
- Gleichberechtigung bedeutet nicht, dass alle Staaten gleich sind: Staaten unterscheiden sich massiv darin, wie mächtig sie sind.
- Militärische Macht, Verhandlungsmacht, Argumentationsmacht

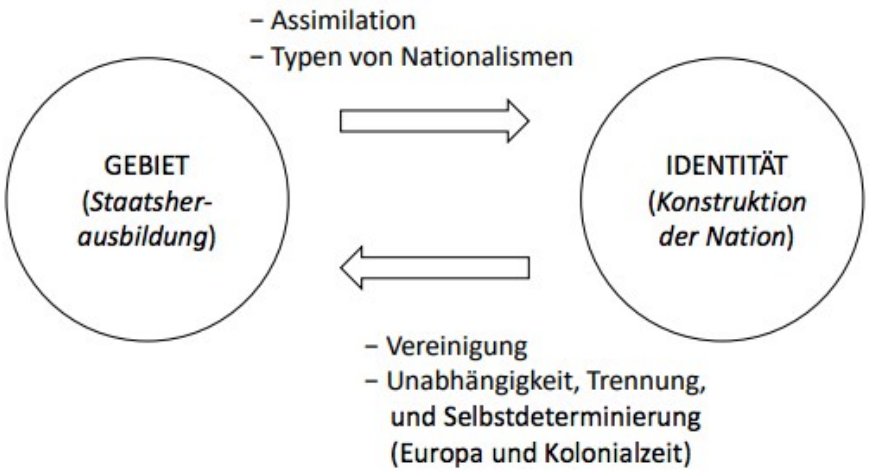
II.5 Die Entwicklung des modernen Staates (23.10.19)
Lektüre: Poggi, Gianfranco (2017). The Nation-State.

Der Nationalstaat als neue Form politischer Ordnung
- Moderner Staat: ab dem 15. JH
- Nationalstaat: neueres Phänomen → 19. JH
- Territoriale Zentralisierung, administrative Standardisierung:
  - **Staat**sherausbildung (Rationalisierung)
    → Verlust von Autonomie der einzelnen Gebiete/Herrscher
- Entstehung neuer Identität/kulturelle Integration/ gesellschaftliche Solidarität:
  - Konstruktion der **Nation** (Aufbau einer Bürgerschaft ≠ Untertanen): Rechte / Pflichten
    → soziale Rechte für Bürger*innen: Demokratisierung → eine Person, eine Stimme

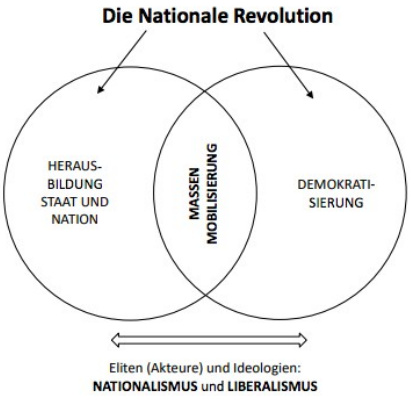
- Ein neuer/moderner Typ von Staat
  - national, rational
  - „demokratisch“ (liberal, repräsentativ, staatsrechtlich)
  - säkularisiert
  - sozial.

Ein multidisziplinäres Thema
- Nationalstaat als Einheit in der vergleichenden Politik:
  - Konflikt innerhalb: Zentralstaat vs. periphere Regionen, liberale vs. „konservative“ Eliten Staat vs. Kirche, usw.
- Nationalstaat als Einheit in den IB (Staatsystem):
  - Konflikt zwischen Staaten
- Analyse der Zusammenhänge zwischen beiden Perspektiven: “war made the state and the state made war”

Zusammenhang zwischen Staat und Nation



Die zwei "Revolutionen"
- sozialer Wandel: 19. + Anfang 20. JH



Nationale Revolution (Begriff ≠ historische Ereignisse)
- Teil eines gemeinsamen ideologischen Projekts der Nationalisten + der Liberalen
  → Einbezug der Massen, keine Trennung zwischen Elite und Volk
- die Herausbildung des Staates
- die Konstruktion der Nation
  → Volk als Teil der Nation + des Staates = Massenmobilisierung des Volkes
- dessen Liberalisierung und Demokratisierung
  → "neuere" und "ältere" Staaten

Industrielle Revolution

Definition und Unterscheidung

- Staat: zwingende Organisation und exklusive Autorität über ein Gebiet (Max Weber).

Minimale Funktionen
- Verteidigung gegen Aussen: Militär, Grenzen
- Innere Ordnung: Recht (Eigentum, Vertrag), Bürokratie (Zentralisierung), Gewaltmonopol (Polizei, Gefängnisse), Rolle der Sanktion.
  → Normen, Gesetze ≠ Mafia: Staat im Staat
- Finanzen: Steuererhebung (taxation state).
- Internationaler Wettbewerb führ zur Expansion von Funktionen: Modernisierung von Staat und Gesellschaft → mehr Investition in verschiedenen Bereichen
  ≠ nur Minimalstaat
  → z.B. Industrialisierung: gebildete Bürger*innen, Militär, Forschung, Bildung, etc.
  → Staat, der effizient investieren will, muss die Gesellschaft kennen: offizielle Statistiken

Eine differenzierte Aktivität des Staates
- Spezialisierung des Staates = politische Aktivitäten
- Konfliktresolution zwischen Teilen der Bevölkerung → soziale Spaltungen: Rechtsstaat und Verfassung (z.B. Gewaltentrennung)
- Trennung des Staates gegenüber: Religion, Markt, Öffentlichkeit: Bürgerrechte, zivile Rechte, Wissenschaft

Eigenschaften des liberalen Staates

Nationalisierung des Staates
- Einbindung/Mobilisierung von Massen
  → ≠ blosse Elitenorganisation (z.B. Rom: Volk = Untertanen)
  → Volk wird in Aktivitäten des Staates einbezogen
  → Individuum bekommt Rechte und wird zu einem wichtigen Akteur
  → Individuum hat Pflichten: Steuern, Bildung, Partizipation
- Entstehung einer Bürgerschaft: Gleichheit zwischen Bürger*innen

Rationalisierung von Staatsstrukturen
- Territoriale Standardisierung: Verwaltung (Struktur, Organisation)
  → vorher: Chaos → z.B. verschiedene nicht standardisierte Währungen und Masse in einem Gebiet
- Zentralisierung von Kompetenzen: Hierarchie
  → nicht in Einzelteilen des Gebiets (z.B. Steuern erheben)

Säkularisierung von Institutionen
- Trennung: Religion vs. Staat
- Ende der klerikalischen/aristokratischen Privilegien (Ständevertretung)
- Sozialisierung über neue Werte: Individualisierung und Bürgerschaft
  → Ziel der Eliten: Identität, Nation konstruieren

Demokratisierung der politischen Partizipation (Liberalismus)
- Zivile (und ökonomische) Rechte
- Politische Rechte (Wahlrecht)

- Soziale Rechte

auch ein **Sozialstaat**
  - Chancengleichheit
  - Schutz vor Risiken
  - Soziale Schichten berücksichtigen
    → Solidarität: Risiken durch Sozialstaat/Wohlfahrtstaat verhindern

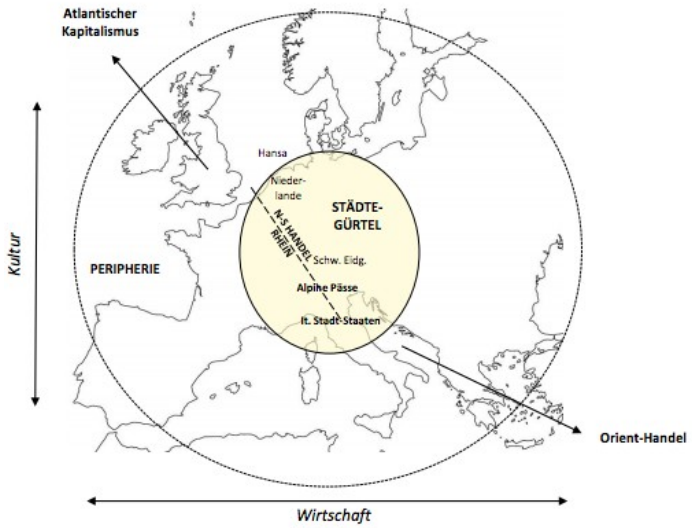
Zentralisierung
- Zentralisierung/ Anteil der zentralen Ausgaben (≠ Kantone, Städte) variieren zwischen Staaten

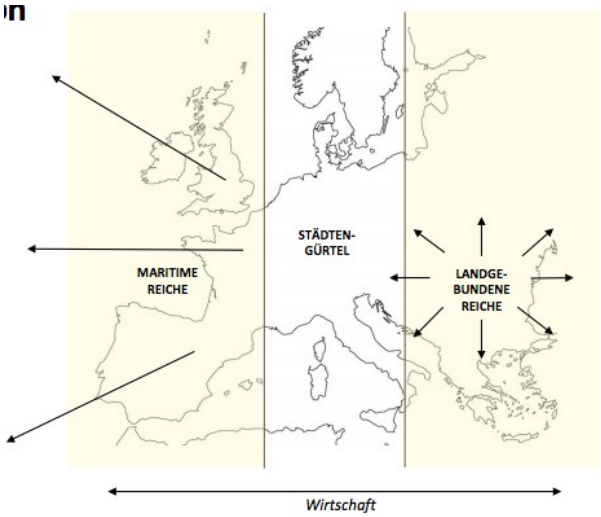
Zeitliche Variationen

Die "kritischen Phasen" (critical junctures)
- Ergebnisse/Wandelprozesse, die alle Länder betreffen (Ähnlichkeit)
- aber: kein Determinismus → die Antwort auf das Ergebnis variiert (Unterschiede)
  - Ältere/neuere Staaten.
  - Art des Prozesses der Staatsherausbildung.
  - Unterschiedliche Typen von nationalen Identitäten.
  - Grad an Zentralisierung.
  - Geschwindigkeit der Demokratisierung.

Die "Karte von Europa"
- Maritime Reiche: Ausdehnung über das Meer
- Landgebundene Reiche: territoriale Ausdehnung

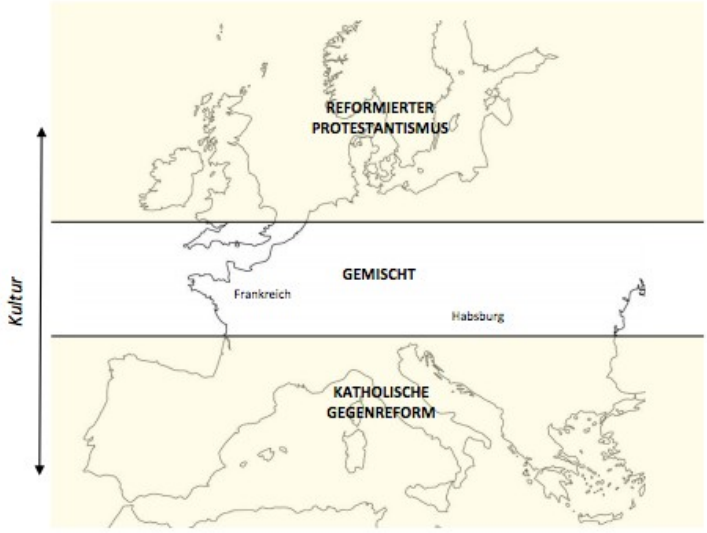
- Frühe Herausbildung von nationalen Zentren in der Peripherie des alten Reichs/Europas: z.B. Spanien, Dänemark, Portugal, GB...
  → Städte konnten das Gebiet gut kontrollieren: Zentralisierung mit einer grossen und wichtigen Stadt (z.B. Paris, Madrid)
- späte Herausbildung in den Kerngebieten des alten Reichs/ Europas: Italien, CH, NL, Deutschland → bleiben lange autonome Provinzen
  → grosse Städtedichte: ein Zentrum kann sich nicht durchsetzen
  → späte Zentralisierung, Vereinigung und Herausbildung von Staaten
- Handelsroutengürtel: entlang Rhein und Donau, durch Alpenpässe.
- Dichte etablierten Zentren: keiner konnte andere überwältigen:
  - Städtenetzwerk (politisch/territoriale Fragmentierung).
  - Religiöser Natur (Kathedralen, Klöster, usw.).
  - Wirtschaftlicher Natur (Handelsrouten, Marktplätze, usw.).





"Topologische" Achsen

- Nord-Süd = kulturelle Dimension
  → Norden: Protestantismus → Nationalisierung der Kirche/Religion = homogen
  → Süden: katholische Gegenreform → supranational = homogen
  → Kern: gemischte, komplexe, fragmentierte Strukturen → multireligiös, multisprachlich = kulturelle Fragmentierung
- West-Ost = wirtschaftliche Dimension
  → Westen: ein Zentrum behauptet sich → Staatsbildung, wirtschaftliche Aktivität auch ausserhalb Europas = eine Nation
  → Osten: territoriale Ausdehnung = multinationale Reiche



Frühe Staatsherausbildung

- Behauptung von starken Zentren.
- Kontrolle über Territorium (interne Ordnung und externe Grenzen).
- Standardisierung (Verwaltungsstrukturen).

Erklärungspotential des City-Belt-Modells

Staatsstrukturen:

- Verspätete Zentralisierung der Staatsfunktionen.
- Dezentralisierung / Föderalismus.

Typ der Demokratie:

- Konsoziative Demokratie (Konsens).
- Verhältniswahlsysteme.

Parteiensystem:

- Multidimensionaler ideologischer Raum: kulturelle Dimensionen.
- Mehrparteiensysteme.
- Überdimensionale Koalitionsregierungen.

Nationale Ökonomie:

- Korporatismus und koordinierte Marktvolkswirtschaften (CME)

Formen der Staatsherausbildung

1. Ältere/frühere Herausbildung aus Absolutismus: England, Frankreich, Spanien, Schweden, Dänemark, Russland, Japan.
2. Unabhängigkeit, Sezession:
   - Religiös: Belgien, Irland
   - Sprachlich/kulturell: Norden (Norwegen, Finnland, Island).
3. Vereinigung: Deutschland, Schweiz, Italien und USA (beide letztere mit Unabhängigkeit verknüpft).
   → politisch Fragmentiert, kulturell homogen
4. Ende multi-nationaler Reiche:
   - Habsburg: Tschechei, Polen, Ungarn, Jugoslawien, östlicher Balkan, usw.
   - Osmanisches Reich: Griechenland, Türkei, Jugoslawien, östlicher Balkan, usw.
   - Zaristisches Reich (Russland): Polen, Ukraine, Baltikum, usw.

  - Ende Kolonialismus: Mexiko, Südamerika, Südafrika, Indien.
5. Das Britische Commonwealth:
  - Multi-nationaler Staat: England, Schottland, Wales, Irland.
  - Commonwealth: Kanada, Australien, Neuseeland
6. Die Doktrin der Selbstdeterminierung (Wilson):
  - Ende 1. Weltkrieg.
7. Die dritte Welle (Ende des Kolonialismus):
  - Afrika, Naher Osten, Asien.
8. Sowjetunion und Europäische Union (Ende Kalter Krieg):
  - Osteuropa.

→ Nationalismus: Übereinstimmung von Staat und Nation

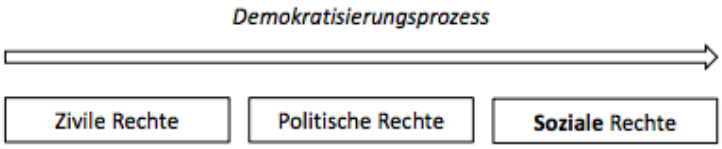
Die zwei "Revolutionen" (sehe oben)

Industrielle Revolution

- Der soziale Staat (Wohlfahrtstaat); Die Bürgerschaft als Element der modernen Nation
- Soziale Mobilisierung: Agrar- zu Industriegesellschaft, Land- zu Urbanstruktur, Erweiterung zu Kleinfamilien in Städten.
- Politische Mobilisierung: "Vermassung" der Politik
- Politische Mobilisierung: Arbeiterschicht, Gewerkschaften und Parteien.
  → Klassenkampf: Arbeit als Ware (commodity)

Der Soziale Staat

- Bürgerschaft (citizenship) bestehend aus drei Elementen



Soziale Rechte: soziale Gleichheit/Gerechtigkeit neben der legalen/politischen

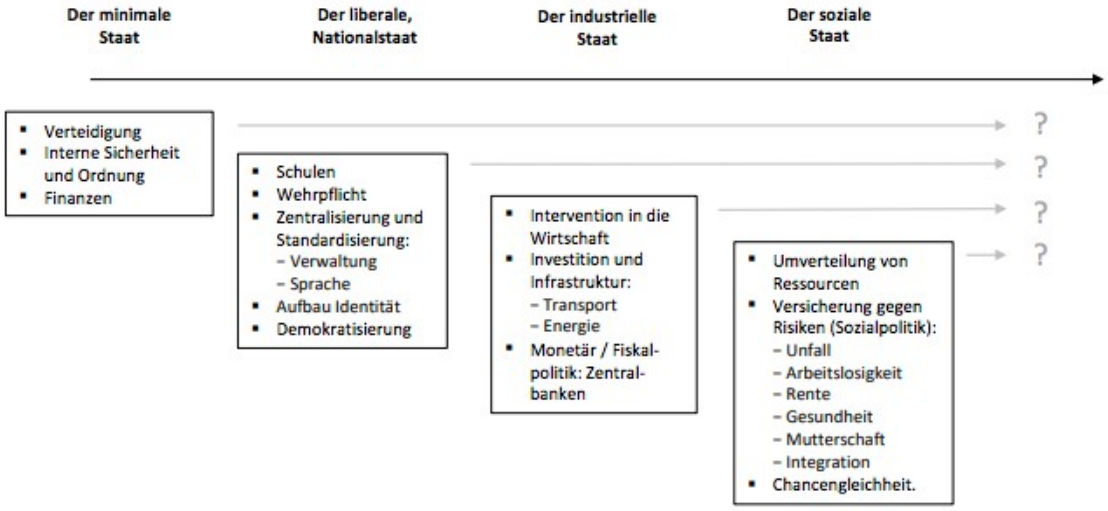
- Zivile + politische Rechte: noch keine Demokratie → soziale Unterschiede: z.B. Bildung, Wohlstand, Kultur, etc.: sozial starke vs. schwache Positionen
  → Egalisierung nötig
- Korrektur von Ungleichheiten, die aus der kapitalistischen Marktwirtschaft entstehen
  → Umverteilung (Ressourcen)
- Korrektur von Ungleichheiten, die aus persönlichen Vorteilen entstehen
  → Chancengleichheit
- Kompensation von sozialen Risiken
  → Versicherung
- Ausdehnung der Funktionen des Staates: neue policies, Solidarität
  → Bindung der Bevölkerung an das nationale Projekt

Ein **Staat**: Typ von politischem System, welcher Staatsinterventionen in neuen Bereichen (jenseits von Sicherheit und Ordnung, Industrie und Wirtschaft, Administration) erlaubt.

Eine Reihe von **Policies:** Umfassende soziale Policies (Arbeit, Alter, Gesundheit, Unterkunft, Familie, Bildung).

Ziel der "**Wohlfahrt**": Schutz vor sozialen Risiken und sichert minimales Niveau in diesen Bereichen; Korrektur von sozialen Ungleichheiten. Basiert auf der „Idee“ von Gesellschaft und Gerechtigkeit.
→ nicht nur ein Staat, sondern genereller ein "**Regime**": Staat + Policies, Familienstrukturen, Zivilgesellschaft
→ Der Ausbau des sozialen Staates variiert zwischen Staaten

Der Ausbau der staatlichen Funktionen



→ stetige Zunahme der Funktionen: Staaten werden immer aktiver (sieht man an den Staatsausgaben als % des BIP)
- minimaler Staat: Zentralisierung, Rationalisierung
- liberaler Staat: Identität wird "erfunden" → Konstruktion der Nation

Heutige Entwicklung
- Rückzug der staatlichen Funktionen? → Neue Rolle des Staates?
- Regulation anstatt Intervention.
- Privatisierung und Liberalisierung.
- Governance, Mitarbeit mit, und Delegation an private Dienstleister:
  Kernkompetenzen wie Gewaltfunktionen: Gefängnisse, Gerichte, Militär, Polizei
  aber auch Solidaritätsfunktionen: Gesundheit, Kommunikation, Bildung, etc.
  → Vermarktung von Staatsaktivitäten (Marktlogik anstatt Kollektivgut).
- Risiko: Verlust an Kompetenzen; Verlust an output-Legitimität.

II.6 Der Nationalstaat - die Konstruktion der Nation (28.10.19)
Lektüre: Smith, Anthony D. (1988). The Ethnic Origins of Nations.

Ein multi-theoretischer Ansatz
- staatliche Eliten bilden Nationen/nationale Identitäten → Loyalität

Rationale, strategische Machtlogik
- Strategie der neuen Eliten: Loyalität durch politische und soziale Rechte sichern gegen alten Eliten ab.

- „Konstruktion“ von Identität: Sozialisierung durch Schule, Medien und Militär.
  → Handlungen durch Akteure

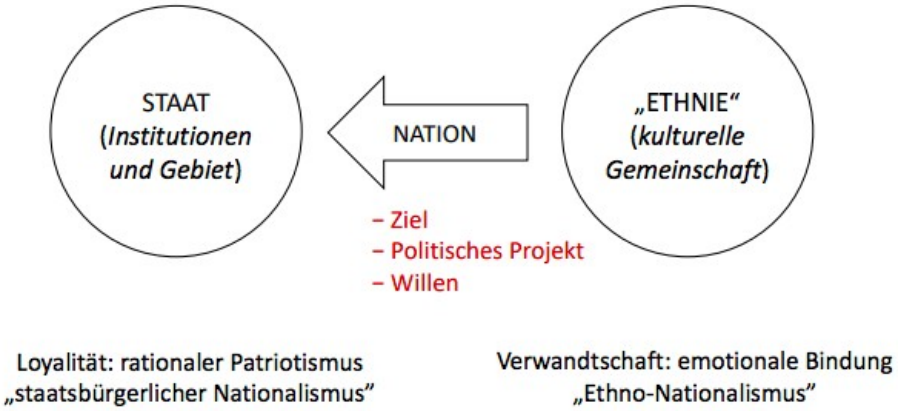
Normative, emotionale, psychologische Logik
- Mechanismen der Internalisierung von Identität (z.B. Aufopferung).
- Verwendung emotionaler Bilder und Hervorrufen der Vergangenheit.
- Irrationale mythische und territoriale Elemente.
  → Irrationalität der Identität (z.B. Sterben für Vaterland, etc.)

Sozio-ökonomische, strukturelle Logik
- Industrielle Mobilisierung und „Massen“-Gesellschaft; Rationalisierung, Kommunikation und Urbanisierung.

Nationalismus

- Spätes 18. Jahrhundert (moderner Begriff).
- Ein multi-dimensionaler Begriff:
  - Eine politische Bewegung mit einer spezifischen Ideologie und die Entwicklung von Bildern (Symbole, Mythen, Interpretationen, usw.).
  - Nation im Zentrum einer Ideologie für politisches Handeln.
    → Nation muss autonom und vereinigt sein (betrifft Territorium und Identität).
    → Nation als wichtigstes Element im internationalen System
- Als Ideologie
  - Interpretation der Realität (Weltanschauung).
  - Politisches Projekt / Programm für Handlung / Ziel = Veränderung, welche auf Vision der Welt basiert.
  - Klares Ziel: Autonomie, Einheit, nationale Identität einer Gruppe
  - Verlangt Handlung / Aktion: von einer Bewegung ("attaining") sowie von Institutionen ("maintaining").
  - Betrifft existierende Nationen, aber auch potentielle, d.h. noch nicht konstituierte Nationen, bei denen der <u>Wille</u> dafür vorhanden ist.
  - Als Konsequenz: Nationalisten (Akteure) und nationalistische Aktion.

Nation
- objektive Faktoren: Sprache, Gebiet, Religion und Gebräuche, gemeinsame Kultur, etc.
  → zu beschränkt: schliesst zu viel aus; Nationen, die diese Eigenschaften nicht haben.
- subjektive Faktoren: Gefühle, Einstellungen, Meinungen, Identität, Werte, etc.
  → zu extensiv: schliesst zu viel ein und jede Gruppe wird zu Nation.



- **Wille** eine Nation zu sein (Ziel)
- Ethnie: Wille autonom, souverän, selbstdeterminierend zu sein
  → Entscheid: nicht alle solche Gruppen werden zur Nation
  → Eliten treiben an
- Die Gruppe muss das Ziel nicht erreichen, um eine Nation zu sein
  → Der Wille das Ziel zu erreichen, macht die Gruppe/Ethnie zu Nation (z.B. Kurden, Katalanen)
- Autonomie, Selbstdeterminierung → Territorium wichtig
- **Raum**:
  - Der „Ort“: das Land ("homeland"): Bedeutung von Heimat, Sicherheit, Geborgenheit, Vaterland ("patria"). → (ursprüngliche) Heimat als politisches Projekt
  - Territoriale Souveränität: Selbstbestimmung und Autonomie.
  - Individuum: Teil von etwas Grösserem (~ Mythen).
- **Zeit**:
  - Ewigkeit der Nation (hohe Abstraktion: schon immer, für immer): über die eigene Lebenszeit hinweg:
    → vorgestellte Gemeinschaft: man kennt nie alle Leute der Gruppe
    - Retrospektiv, Referenz an die Vergangenheit: Genealogie, Abstammung, Ursprung, Gründungsmythen.
    - Prospektiv: Aufopferung für zukünftige Generationen.

David Miller: Nation...

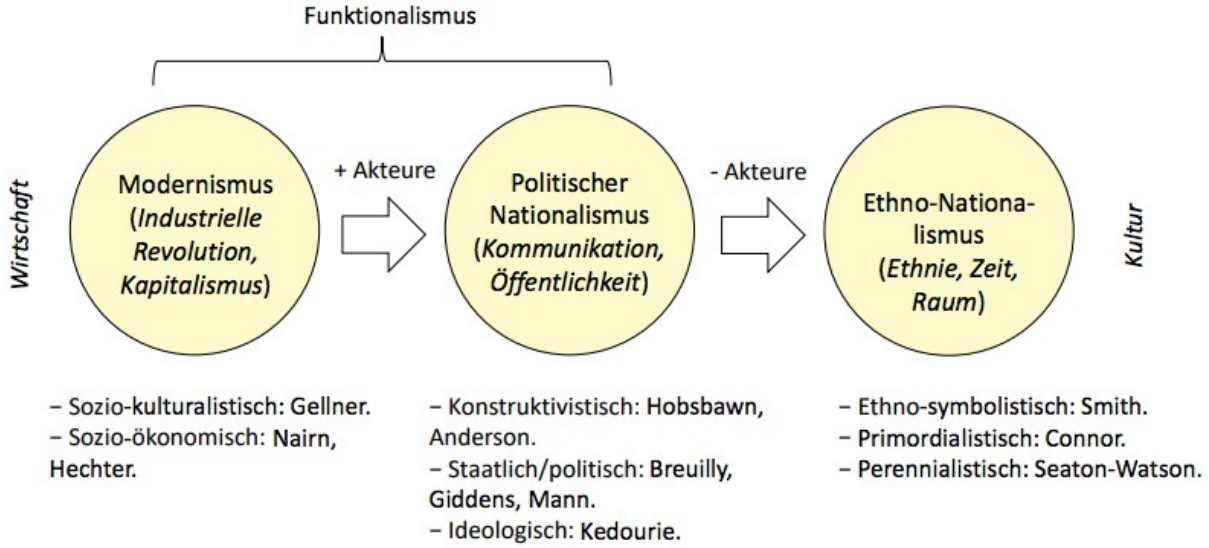
- ist eine historisch erweiterte Gemeinschaft.
- hat einen gemeinsamen Glauben, dass Mitglieder*innen durch Vorfahren verbunden sind.
- hat gegenseitige Verpflichtungen (Rechte und Pflichten): Solidarität.
- hat eine Verbindung mit territorialem Gebiet.
- besitzt eine eigene separate Kultur.
- hat einen „Namen“.
  → Nation = soziales Konstrukt (wenn niemand daran glaubt, existiert sie nicht.)
  → nicht alle Staaten sind Nationen: Separatismus
  → es gibt "funktionierend Staaten", die keine Nationen sind: multi-Nationalität

Nationale Identität

Bewusstsein einer Nation = Inhalt der Identität:

- Nationaler Charakter: welche „Merkmale“?
- Stärke der Identität: stark/schwach.
  - individuelle Identifikation (Konkurrenz mit anderen Identitäten).
  - Verbreitung über Gruppen und Regionen hinweg.
  - Institutionalisierung (z.B. Schule oder Schutz von Symbole)
    → Sozialisierungsprozess
- Zeitliche Stabilität: hoch/tief.
- Beziehung mit sich selbst: kritisch/unkritisch (Stolz) → Mentalität, Vergangenheit.

Theorien



Funktionalismus: Wirtschaft

- Modernismus: Gesellschaft verändert sich → Konstruktion der Nation (deterministische, automatisch)
- Politisches Projekt: + Akteure, Rationalität → Wandel passiert nicht automatisch
  → aktives Hadeln nötig → Politischer Nationalismus

Ethno-Nationalismus: Kultur

- Kontinuität, - Akteure → Nationen gibt es (Kern von Wahrheit)
  ≠ Funktionalismus: alles erfunden (~ Märchen)
  → Stetiger Wille zum Projekt (≠ Wandel)

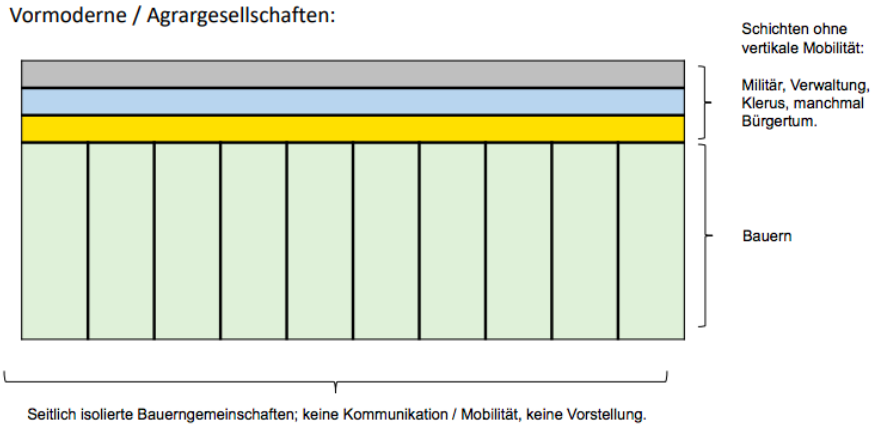
Modernismus

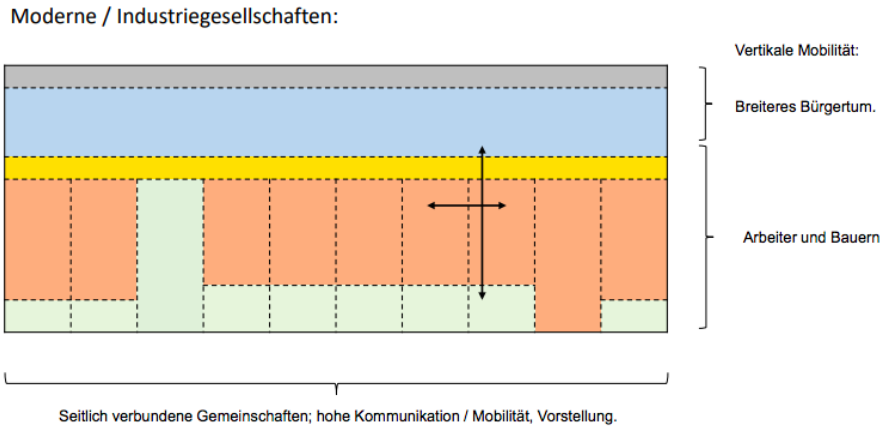
Sozio-kulturell

- Nationalismus als **Produkt** und als **Ursache** der sozialen Mobilisierung.
- **Massen**phänomenen gebunden an der Mobilisierung der Arbeiterklassen (nicht nur intellektuelle, Elitenideologie) in der industriellen Ära.
  → Kommunikation, Alphabetisierung, Infrastruktur, etc.: Gruppe, die grösser ist als ein Dorf erst dann möglich
- Konsequenz der Modernität (nicht nur Erfindung): Industrialisierung braucht mobile, alphabetisierte und numerisch-gebildete Arbeitskraft.
  → Nation: Solidarität ≠ Eliten + Untertanen → Bürgerschaft (keine horizontale Schichtung)
- Soziale Mobilität: keine stark getrennten Schichten (Aristokraten vs. Bauern)

→ Aufstieg möglich
→ Grundsätzliche Chancengleichheit (Industrielle Revolution)

- Nationale Identität ersetzt frühere Formen der Identität in der modernen Massengesellschaft.
- **Politisches Projekt**: nationale Identität notwendig um Klassendivisionen aus der Industriellen Revolution zu mildern.
  → Nationalismus ist eine **Funktion** der modernen Gesellschaft.





Sozio-ökonomisch

- Rolle des **Kapitalismus** stärker als die der Industrielle Revolution: Bourgeoisie anstatt Arbeiterklasse.
- Imperialismus (auch nicht unbedingt industriell): z.B. verursacht Nationalismus in kolonisierter aber nicht-industrialisierter Peripherie der Welt (Süden).
- Akteure und deren Ideologie nicht relevant
  → aber: Idee, dass Nationalismus Nationen erfinden → führt zum Konstruktivismus

Politischer Nationalismus

Nationen als Erfindung

- Nationen von neuem geschaffen: die moderne Nation also soziales Konstrukt (social engineering).
  → ≠ determiniert von sozialem Wandel: unabhängig von Industrialisierung, Kapitalismus
  → top-down politisches Projekt ≠ sozialer Umbruch

Nationen als Bedeutung

- Kompensation für den Verlust an Bedeutung durch Rückzug von Religion und Monarchie.
- Nationen als „imaginierte Gemeinschaften“ (imagined communities): gedruckter Kapitalismus (welcher dieser Vorstellung ermöglicht) → Medien.
- Nationen sind Diskurse, Narrative, Erzählungen.
  → sie müssen nicht stimmen, man muss daran glauben (= soziales Konstrukt)

Rolle von Akteuren und Ideologie
Staatliche/politische Perspektive:
- Wer konstruiert und warum?
- Der modernen Staat: zentralisiert, rationalisiert.
- Ziel: Festigung interner Kontrolle; Verbesserung internationaler Stellung im Länderwettbewerb.
  → Bindung der Individuen an den Staat
- Zentral ist Geopolitik und wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Nationen (Nationen also klassenübergreifende Allianzen gegen andere Nationen).
- Politisch: Nationalistische/Liberale Bewegungen gegen Arbeiterparteien.
- Sozialisierung: Schule, Medien, Wehrpflicht, etc.
- Modernität: Infrastruktur zur Verteilung der Identität → Mobilisierung der Massen
  → noch Funktionalistisch: parallel zu wirtschaftlichem/gesellschaftlichem Wandel

Ethno-Nationalismus
- Keine Tabula rasa: Rolle der Vergangenheit in der Gegenwart.
- Ethnie: Gebiet, Mythen der Abstammung, Geschichte und Erinnerung, usw.
  → alles, was die Gruppe <u>glaubt</u>
- Langfristige Analyse (Projektion in Vergangenheit und Zukunft) → Kontinuität:
  - Untersuchung von Artefakten.
  - Kontinuität von Namen.
  - Besetzung von Territorien (Ursprung).
  - Abstammung: Mythen von Vorfahren, Geschichten.
- Ethnien als „vornationale Völker“, potentielle Nationen, die im 19./20. Jahrhundert zu Nationen geworden sind.
- Umdeutung der Vergangenheit, Wiederentdeckung, Selektion und Siebung von historischem Material.
- ABER: nicht alles ist konstruiert: Nationalismus hat historischen und räumlichen Kontext, der gegeben ist. → Kern an Wahrheit
  → moderne Nation: selektiert, interpretiert ≠ nur konstruiert: objektive Kontinuität über Zeit

Sprache und Öffentlichkeit
- Verstaatlichung, Vereinigung von Territorien zu Staaten: Zuerst in der Peripherie (ein dominantes Zentrum) vs. später im Zentrum: viele Städte, die sich nicht behaupten können

Nationalisierung von
- Sprache: nationale Standards.
- Religion: nationaler Protestantismus (Allianz Staat-Kirche: Monarchie-Religion).
  → frühe Staatenbildung
  ≠ supra-nationaler Katholizismus (Gegensatz Staat-Kirche).
  → spätere Staatenbildung
  → Auswirkung auf nationale Sprachen/Alphabetisierung.

- Protestantismus hat einen Bezug zur Sprache: Individuum kann Schriften lesen (Übersetzung) vs. nur auf Latein: katholische Staaten
  → Entwicklung + Verbreitung eines industriell produzierten Buches, das die Leute verstehen
  = Entscheidung für eine Standardsprache (z.B. Schwedisch): Kommunikation, Einheit
  → frühe Alphabetisierung: von "Bestien" zu Bürgern mit Rechten und Pflichten (moderne Nation) → Partizipation: Staat gibt Ressourcen: Infos, lesen schreiben, etc.
  → in protestantischen + dezentralen Ländern früher (≠ Frankreich)
- Sprache erlaubt Öffentlichkeit: Debatte als Pflicht der Bürger*innen

Strukturwandel der Öffentlichkeit (Habermas):
- Gemeinsame Sprache zentral für Demokratie und nationale politische Debatte.
- Rolle von Sprache/Alphabetisierung, Medien ab 18. Jahrhundert.
  → Schöpfung einer Öffentlichkeit
- Erlaubt landesweite Partizipation in politischen Prozessen, verbreitet sich in alle Schichten.
  → Massenmobilisierung: demokratisch, liberal
- Demokratische/partizipative Definition von Nation:
  - Verfassungspatriotismus.
  - Politischer Typ von Nation.
  - Bürgerschaft.
  - Konsequenzen für multi-sprachliche politische Systeme (CH, EU, etc.).
  → Typen von Nationen/nationale Identitäten

Typen nationaler Identitäten (Unterschied wie Nationen sich definieren)

Civic nations				*Ethnic nations*
Politische Nationen – Verfassungspatriotismus. – Werte, Prinzipien. – Partizipation. – Rolle des Landes im internationalen Kontext.	*VS.*	**Kulturnationen** – Kulturelle Merkmale. – Können akquiriert werden (Assimilation). – Sprache / Religion. – Monokulturell gegenüber Multikulturell.	*VS.*	**Ethnische Nationen** – Phänotypen (beobacht-bar). – Können nicht akquiriert werden. – Vererbte Merkmale. – Abstammung.

- Civic nations: politische Identifikation → demokratische Werte
  → Geschichte, Abstammung unwichtig
- Ethnic nations: beobachtbare Attribute, Abstammung wichtig

Organisch (*Kulturnationen*)	Voluntaristisch (*Willensnationen*)
Treitschke: Kriterien von Ethnizität, Sprache, Abstammung, „Blut“	*Renan*: politische Kriterien und Wille basierend auf Rationalität
Romantizismus (*Volksgeist*)	Aufklärung (täglicher Plebiszit)
Hans Kohn: Östlicher Nationalismus ▪ Emotionale Bindungen ▪ Kultur und Schicksal ▪ Klasse: feudale Grundbesitzer	Hans Kohn: Westlicher Nationalismus ▪ Rationaler Verband ▪ Gesetz und territoriales Gebiet ▪ Klasse: das Bürgertum
Gemeinschaft	Gesellschaft
Ethno-kultureller Nationalismus	Republikanischer Patriotismus
Ethnisch (Volk)	Zivil (Bürgerschaft)
Brubaker: *jus sanguinis*	Brubaker: *jus soli*

- Willensnation: Assimilation → kann akquiriert werden → Multikulturell ("melting pot")
  → Blut vs. politisch/Gesetze

Nationen klassifizieren: Einbürgerungstest untersuchen
- z.B. ist es ziemlich einfach, Französin zu werden → politisch ausgerichtet vs. schwierig, Deutscher zu werden (früher) → Staatsangerhörigkeit über Abstammung definiert (≠ politisch)

Intern umstrittene Definition von Identität innerhalb eines Landes
- politisch konfliktgeladener Prozess der Definition einer Identität: links vs. rechts, Eliten vs. Massen, Generationen, etc.
  → interne Debatte: Wer sind wir? Wer sollen wir sein? Was heisst es, X zu sein?
- Kulturelle vs. politische Definition einer Nation
  → Sprache, Religion, Werte, Rechte, Pflichten vs. Gesetze, politisches System, zivile Rechte, politische Pflichten

"Dimension der Irrationalität"
- Demographischer / geographischer Determinismus.
- Psychologische Verbundenheit:
  - Bedarf nach Identität, Verbundenheit mit Gemeinschaft, etc.
  - Desinteressierte Aufopferung für Gemeinschaft.

"Dimension der Rationalität"
- Staat: rationaler Akteur, Anreiz Loyalität zu Institutionen zu fördern. Muster von institutionalisierten Belohnungen (Nutzen) und Bestrafungen (Sanktionen).
- Individuum: persönliches Überleben benötigt breitere Gemeinschaft (Familie oder Nation), deswegen rationale, starke Gefühle / Bedürfnisse nach Verbundenheit.

II.7 Staatszerfall und-reform: Bürgerkrieg (30.10.19)
Lektüre: Toft, Monica. (2012). Self-determination, Secession, and Civil War, Bates, Robert. (2007). State Failure

Definition und Trends von Staatszerfall

Beispiele von Staatszerfall (empirisch heterogen)

- Revolutionärer Bürgerkrieg: Kolumbien (1975-2017)
  → Kontrollverlust der Regierung über Staatsgebiete
- Ethnischer Bürgerkrieg: Jugoslawien (1991-2001)
  → Zerfall des Staates in viele Einzelstaaten (Ende des Kalten Kriegs)
- Genozid: Ruanda (1994)
  → Staat kann die Bevölkerung nicht mehr schützen/will sie nicht mehr schützen.
- Abrupter Regimewandel: Burundi (2015)
  → Nichtkonsolidierte Demokratie → Autokratie

Enge Definition von Staatszerfall

- Kernelemente des (idealtypischen) Staats (Max Weber):
  - Staatsvolk: Gemeinwesen, menschliche Gemeinschaft
  - Staatsgebiet: Territorial begrenztes Gebiet
  - Staatsgewalt: Legitimes Gewaltmonopol (keine Rebellengruppen/ausländische Kräfte ohne Einfluss des Staates)
    → Menschen akzeptieren Staat freiwillig

  → Staatszerfall meint die Erosion dieser Kernelemente, insbesondere des legitimen Gewaltmonopols.
- "the transformation of te state into an instrument of predation"
  → Staat wird zum Instrument der Plünderung: Rauben der Ressourcen für private Zwecke
- "a loss of monopoly over the means of coercion" (Bates)
  → Verlust des Gewaltmonopols z.B. an Rebellengruppen, etc.

Empirische Messung

- Empirische Definition/Operationalisierung: Auftreten eines gravierendes Ereignis, welches das (legitime) Gewaltmonopol des Staates erodiert
- Gravierende Ereignisse:
  - Revolutionärer und ethnischer Bürgerkrieg mit > 1000 Toten
  - Genozid oder Politizid
  - Abrupter Regimewandel von Demokratie zu Autokratie
- Dichotomes Mass; Ereignis tritt auf oder nicht
- Ziel: Vorhersage von Staatszerfall
- Herausgeber: State Failure / Political Instability Task Force

Motivation: Warum wir Staatszerfall verstehen sollten

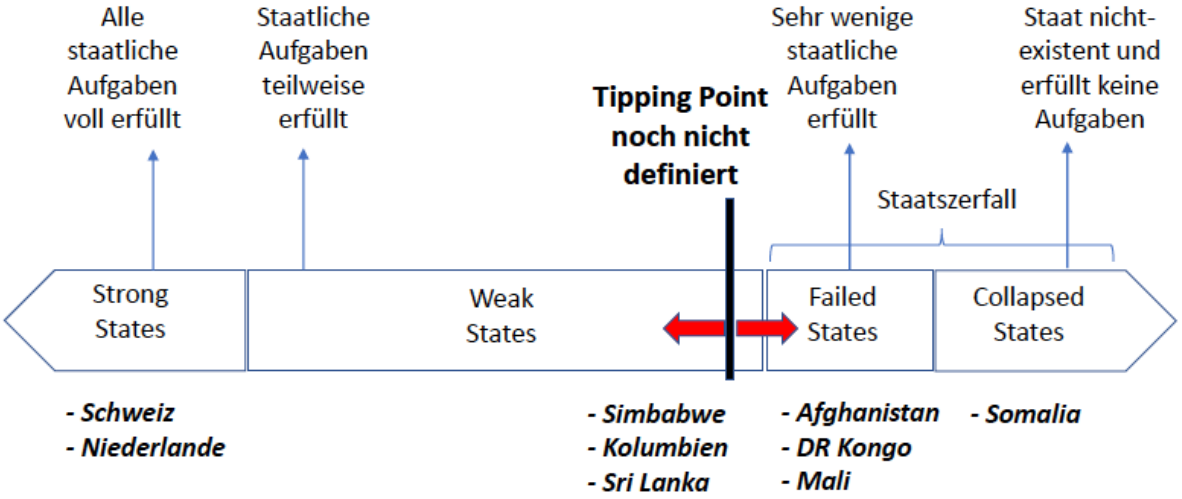
- Humanitäre Katastrophen: Hunger, Gewalt, Vertreibung
- Wirtschaftskrisen
- Kriminalität und Terrorismus
- Instabilität einer ganzen Region
  → internationale Folgen

Paradox: externe Souveränität ohne interne Souveränität

- innerstaatliche Souveränität: Kontrolle und Autorität über das Staatsgebiet.
  → wird beim Verlieren des Gewaltmonopols verloren.

- Westfälische Souveränität. Selbstbestimmungsrecht des Staates und Norm gegen Intervention.
  → externe Souveränität bleibt beim Zerfall der innerstaatlichen Souveränität: Drittstaaten dürfen sich weiterhin nicht einmischen.
- International-rechtliche Souveränität: Anerkennung der Souveränität, Recht internationale Verträge zu schliessen.

Weite Definition von Staatszerfall: Staatversagen



- Staatszerfall: die Nicht-Erfüllung von allen staatlichen Kernaufgaben.
  → Gewalt heisst nicht Staatszerfall + Abwesenheit von Gewalt heisst nicht, dass der Staat nicht zerfällt.
- Kapazität des Staates, Kollektivgüter zu produzieren geht verloren: Staat erfüllt Kernaufgaben nicht
  → teilweise nicht erfüllt: Verlust von Staatlichkeit (z.B. Kolumbien: schwacher Staat, weil er u.a. noch Bildung gewährleistet.)

Staatliche Kernaufgaben
- Sicherheit: Schutz vor grenzüberschreitender Invasion; Gebietsverlust, Schutz vor innerstaatliche Gewalt, Schutz vor Kriminalität
- Rechtsstaatlichkeit: Effektive Justiz, Legitime Gesetze und Regeln
- Bürgerrechte und politische Rechte: Politische Beteiligung, Freie Meinungsäusserung
- Andere Gemeingüter: Gesundheitsservices und Bildung, Infrastruktur (Strassen, Telekommunikation), Fiskale Institutionen (Banken, Geld), Zivilgesellschaftliche Freiräume und Schutz der Umwelt

Beispiel: Staatsversagen in der DR Kongo (1965-2018)
- Erbe der Kolonialisierung: Nationalgefühl schwach verwurzelt (→ ethnische Gruppen mit individuellen Identitäten, willkürliche Grenzen) → Bürgerkrieg zwischen ethnischen Gruppierungen
- Grosses Land: Kein Gewaltmonopol, keine Kontrolle über die Peripherie
- Kriminalität und marode Justiz: Rebellengruppen bereichern sich an Ressourcen
  → schwache Institutionen
- Fehlende Infrastruktur
- Korruption und Vetternwirtschaft der Eliten (eigene Bereicherung durch Ressourcen)
- Fehlende Versorgung der Grundbedürfnisse

Empirische Messung: state fragility index
- Index: Wie sehr vernachlässigt der Staat seine Kernaufgaben?
- Mass: Ranking (1-120) über Zeit und Länder
- Ziel: Beschreibung, Politikberatung und "advocacy"

Staatszerfall über Länder und Zeit
- Eine Mehrheit der Staaten ist heute weniger fragil als noch vor zehn Jahren
- insgesamt ist der Gewinn an Stabilität gering.
- Staaten, die in den letzten 10 Jahren am meisten an Staatlichkeit und Stabilität eingebüsst haben: Jemen, Syrien, Mali, Libyen, Venezuela, Mosambik

Vorhersage von Staatszerfall

State Failure/Political Instability Task Force (1994 - heute)
- Auftrag der CIA: Faktoren für die Vorhersage von Staatszerfall identifizieren: Wo und wann erleben schwache Staaten „state failure“?

Was wollen wir vorhersagen?
- Staatszerfall = Extreme politische Instabilität
  - Bürgerkrieg, Genozid/Politizid oder abrupter Regimewandel
  - Die enge De_nition von Staatszerfall ist trennscharf zu den erklärenden Bedingungen von Staatszerfall, z.B. Korruption oder geringes Wirtschaftswachstum.
- State Fragility Index (SFI) nicht geeignet.
  - Analytische Abgrenzung zu anderen Phänomenen fehlt.
  - SFI beinhaltet potenzielle Erklärungen für Staatszerfall. Z.B. kann extreme Korruption Staatszerfall erklären oder vorhersagen. Der SFI beinhaltet in seiner Definition und Messung aber schon Korruption. Da man nicht Korruption mit Korruption erklären will, wird der SFI in der Wissenschaft und/oder zur Vorhersage nicht benutzt.
    → ≠ weite Definition: tautologische Erklärung → schliesst viel ein: viele potentielle Erklärungen.

Vorhersagefaktoren für Staatszerfall-Krisen: Vorhersagemodell von Goldstone et al.
- Kindersterblichkeit
- Nicht-konsolidierte Regime (insb. mit Konfliktlinien)
- Instabilität in der Region
- Diskriminierung von Minderheiten
  → Kritik: Vorhersagekraft zwischen 1995 und 2004 gut, 2005-2014 schlecht
  → Genauigkeit der Vorhersagekraft variiert über die Zeit, Vorhersagefaktoren sind mit Erklärungen gleichzusetzen.

Ursachen von Staatszerfall (Staatszerfall ≈ Bürgerkrieg)
- Analytische Heterogenität: Staatszerfall-Krisen unterscheiden sich massgeblich durch Ausmass an Gewalt und der Veränderung in den politischen Strukturen.
- Empirische Heterogenität: schwierig eine ursächliche Erklärung zu finden
  → Fokus auf Bürgerkrieg: es gibt immer mehr Bürgerkriege (mehr als andere Arten des Staatszerfalls) = wichtigste empirische Ursache von Staatszerfall

Bürgerkrieg (a)

Ursachen von Bürgerkrieg
Warum schliessen sich Menschen einer bewaffneten Gruppe an und kämpfen gegen die Regierung?

- Möglichkeit/Gier: hohe Rohstoffeinnahmen, geringe Schulbildung, wenig pro-Kopf Einkommen, kein Wirtschaftswachstum
  → Menschen haben wenig zu verlieren + gute Einkommensmöglichkeit: wirtschaftliche Variablen → geringe Opportunitätskosten sich einer bewaffneten Gruppe anzuschliessen
- Ungleichheit/Diskriminierung: Einkommensungleichheit, wenig politische Rechte, ethnische Polarisierung, religiöse Spaltung
  → Benachteiligung in der Gesellschaft: Einkommensunterschiede, ethnische Heterogenität → es gibt Ungleichheiten in jedem Land: keine Evidenz für Bürgerkrieg
- Gruppen fangen nur dann einen Bürgerkrieg an, wenn die Opportunitätskosten gering sind → mehr Einkommen

Warum kämpfen Gruppen von Menschen gegen die Regierung?

- Einkommensunterschiede zwischen Gruppen (≠ zwischen Individuen) entscheidend für Mobilisierung
- Gruppenunterschiede: gefühlte "relative" Benachteiligung → Beschwerdegründe + Identität: Mobilisierung für kollektive Gewalt

Ökonomische Gruppenunterschiede und Bürgerkrieg

- Reichere Teile eines Staates kämpfen gegen ärmere Teile: z.B. Slowenien + Kroatien mit höherem Einkommen als der Rest von Jugoslawien → bewaffneter Kampf gegen dominierenden serbischen Zentralstaat
- Arme Teile kämpfen gegen reichere: z.B. Dinka + Nuer als ärmere Teile Sudans gegen reicheren Rest
  → Frage: Warum sind Gruppen bereit für ein Gebiet zu kämpfen, das wirtschaftlich vom Rest des Landes abgehängt ist? → ethnische Fragen wichtig ≠ nur wirtschaftlich

Bürgerkrieg und Sezession (b)

Ethnische Gruppen und (potentielle) Nationen in Staaten/Ethnische Heterogenität und Staatszerfall

- Ethnische Gruppen ≠ Staatsvolk: z.B. arbiträre Landesgrenzen in Afrika ohne Berücksichtigung der ethnischen Gruppen/nationalen Identitäten
  → "hostoric ethnic homeland" ≠ moderne Staaten: geteilte ethnische Gruppen
  → Folge: ethnisch motivierte Bürgerkriege = häufigste Form von Staatszerfall
  → über die Hälfte der Kriege sind Sezessionskriege

Wann wird ethnische Heterogenität politisch?
→ Wann wird eine ethnische Gruppe zu einer Nation, die ihren eigenen Staat oder zumindest mehr Autonomie einfordert?

- Ethnische Gruppe: Mitglieder mit gemeinsamen Merkmalen → Sprache, Religion, Ethnie
  → Verbunden durch Glaube an gemeinsame Herkunft und Schicksal
  → in Verbindung mit einem gemeinsamen Territorium
- Nation: Eine Gruppe, die politische aktiv ist und für mehr kulturelle Autonomie oder Selbstbestimmung eintritt

Ursachen von gewaltsamer Sezession
→ Wann wird eine ethnische Gruppe zu einer Nation, die ihren eigenen Staat oder zumindest mehr Autonomie, notfalls auch mit Gewalt, einfordert?

- Wirtschaftliche Ungleichheit zwischen Gruppen
- Politische Diskriminierung von bestimmten Gruppen (wirtscahftliche Faktoren erklären nicht alles)
- "Ancient hatred" oder historisch gewachsene Antagonismen zwischen Gruppen (z.B. Israel vs. Palästina)
- Politischer Wettbewerb und Manipulation durch Eliten → Rückgriff auf politische Identitäten + Schüren von Antagonismen: Bedrohung einer ethnischen Gruppe für eine andere → Sezession: Angst um ethnische Identität/Überleben

Beispiel Brexit

- nicht jede Sezession ist gewaltsam: Tschechoslowakei, Brexit
  → ausgehandelte Sezession
- Potenzielle Erklärungen von Sezession: Wirtschaftliche Ungleichheit, politische Diskriminierung, Ancient Hatred, und Manipulation durch politische Eliten.
  → englisches Nationalbewusstsein: Streben nach Autonomie
  → gefühlte Benachteiligung (strukturelle Erklärung): stagnierende Löhne, Arbeitslosigkeit

Staatsreform: Lösungen für Staatszerfall

Machtteilungsabkommen

- Konkordanzdemokratische Institution garantieren Frieden in tief gespaltene Gesellschaften. → verschiedene Nationen in einem Staat
- Machtteilung in Regierung, Autonomie für Gruppen, Proportionalität (z.B. im Wahlsystem), und Veto-Rechte fördern friedliche Ko-existenz
- Machteillungsinstitutionen fördern inklusiveres Regieren und dadurch friedliche Ko-existenz

Staatsaufbau mit internationaler Hilfe

- Wiederaufbau durch internationale Hilfe bei Regierungsführung und Friedenssicherung
- "United Nations conservatorship": Delegation von Regierungsaufgaben an die Vereinten Nationen und temporäre Treuhandschaft über das Land ("trusteeships")
- Multidimensionale Friedensmission ("peacekeeping operations"): Stationierung von internationalem militärischem, polizeilichem und zivilem Personal zur Verhinderung von Krieg und zur Förderung von Demokratie, guter Regierungsführung, wirtschaftlicher Entwicklung, etc.

"Let States Fail"

- Staaten müssen scheitern, damit sich danach eine politische Ordnung herausbilden kann, die auch ohne internationale Hilfe stabil ist.
- Das neue Festlegen von stabilen Grenzen und politischer Ordnung ist oft nur durch Gewalt möglich.

- Der <u>autonome</u> Wiederaufbau nach einem Krieg funktioniert auch ohne internationale Einmischung, z.B. in Uganda.
- Internationale Einmischung führt oft zu instabilen Machtteilungsabkommen zwischen

verschiedenen, schwachen Kriegsparteien.
→ Wenn ein Krieg solange geführt wird, bis die stärkste Kriegspartei siegt, dann ist der darauffolgende Frieden stabiler.

Geteilte Souveränität

- Gescheiterte Staaten verlieren Souveränität auf unbestimmte Zeit
- Nationale Machthaber geben Westphälische Souveränität an Drittstaat ab, der dann innerstaatliche Souveränität herstellt.
- Label "partnership" um Unmut über Einmischung zu reduzieren
- Drittstaaten werden an den Mehreinnahmen des befriedeten und gestärkten Staates beteiligt.
- Kritik an bestehenden internationalen Lösungen:
  - Temporärer Charakter
  - Nationale Machthaber nicht interessiert an Frieden und Reformen
  - Koordinationsprobleme von mehreren internationalen Akteuren

Block III: Herrschaftsformen: Politische Systeme

III.1 Demokratie/Autokratie I - Politische Regime: Die liberale Demokratie (04.11.19)
Lektüre: Pérez-Linãn, Aníbal (2017). Democracies
Brooker, Paul (2017). Authoritarian Regimes

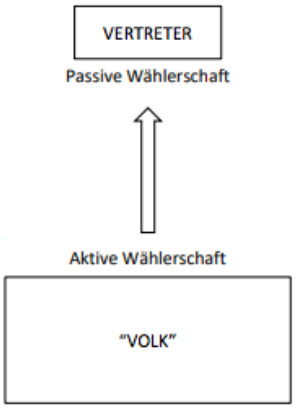
Rekapitulation
- Entstehung des nationalen, rationalen, säkularisierten und sozialen Staates
- Dieser Staat ist auch liberal und demokratisch
  → liberale/repräsentative Demokratie

Demokratie
- Regierungsform

Minimale Definition
- basiert auf **Prozedur** (prozedurale Definition), nicht substantiell. Nicht von oder für das Volk, sondern *durch* das Volk.
- Demokratie als institutionelles Instrument (Prozedur) um politische, kollektive Entscheidungen zu treffen, basierend auf **Wettbewerb** (Schumpeter, Dahl).
  → kompetitive Prozedur, um Eliten auszuwählen.
  - Um Stimmen (Wahlen)
  - Mehrheitsprinzip
  - Respekt von Minderheiten
- Elitäre Definition (Vertretung): aber Eliten stehen im Wettbewerb um populäre Unterstützung und haben dabei gleiche Chancen.
  → repräsentative Demokratie: Vertretung durch eine Elite des Volkes ≠ Direkte Demokratie: von und durch Volk.

Voraussetzungen
- Parlament: es handelt sich um repräsentative Demokratie.
- Zivile Rechte:
  - Assoziationsfreiheit: frei konkurrieren
  - freie Meinungsäusserung, pluralistische Informationsquellen mit Informationsfreiheit.
  - passives Wahlrecht: man muss frei für Ämter gewählt werden können.
    → Quellen von Informationen: Kritik
- Aktives Wahlrecht: frei, gleich verteilt.
- Freie, faire und regelmässige Wahlen → Wettbewerb: Stellung der Kritik, Sanktionierung.
- Rechtsstaatlichkeit (niemand ist über dem Gesetz):
  - Keine „Diktatur“ der Mehrheit.
  - Schutz der Minderheit(en).
  - Gewinner sind nicht dem Recht übergestellt.

Repräsentative Demokratie
- Die „Erfindung“ der politischen Vertretung (Manin) vor ca. 200 Jahren
- Zentrale Institution: die Wahl



Gründe

- Grösse: Rousseau und kleine Stadt-Staaten: Kommunikation schwierig, etc.
- Besseres System:
  - Demokratische Aristokratie, demokratischer Elitismus
    → das Wählen kompetenter Leute: Wettbewerb ≠ vererbt/Los
    → Los: keine Rechenschaft, Kompetenz, Abwahl (Sanktion)
  - Spezialisierung der politischen Klasse (Kompetenz) und Arbeitsteilung; Delegierung (Zeit).
  - Möglichkeiten der Rechenschaft → Sanktionierung
  - Debatte, Deliberation („Parlament"): Meinungsbildung: Meinung wird erst zu einer solcher durch Debatte und Kritik (Aufklärung)
    → Interessen werden im Parlament aggregiert
    → kein imperatives Mandat: Meinungen dürfen sich ändern.

Symbolische Repräsentation

- Block II: Einheit, Essenz → erfundene Identität

Deskriptive Repräsentation

- Vertreter sollten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln (ethnische Gruppen, Geschlecht, Berufe, usw.) → **Darstellung** der Vielfalt ("Mini-Gesellschaft")
  → soziologische Repräsentation aller gesellschaftlicher Gruppen

Aktive Repräsentation

- Müssen Vertreter die Interessen/Werte der Gesellschaft fördern? → **Vertretung**
- Reaktion auf Präferenzen des Volks (responsiveness): Mandat.
- Verantwortlichkeit (responsibility): „gute" Entscheidungen im Interesse des Volks
  → aber zum Teil gegen dessen Wille (Handlungsfreiheit): nicht impreativ
  → Kompetenzen: man kann gegen den Willen des Volkes und trotzdem in dessen Interesse handeln.
- Möglichkeit regelmässiger positiver/negativer Sanktionen (accountability): Wiederwahl oder Abwahl. → Sichtbarkeit der Entscheidungen ist erforderlich, Pflicht sich der Wahl zu stellen (Wettbewerb).
  → Genehmigung, im Namen des Volkes zu agieren.

Wellen und Transitionen

- Definition: Gleichzeitiger Wechsel/Diffusion in vielen politischen Einheiten (Staaten/Reiche); eine Gruppentransition von nicht demokratisch zu demokratisch, innerhalb kurzer Zeit.
- Westen: Ende des 18. Jahrhundert: USA und Frankreich → Diffusion durch Napoleonische Kriege und Rückschlag
- Westen: 1830 (Juli Revolution) → Diffusion und Rückschlag.
- Westen: 1848 (Februar Revolution) → Diffusion und Rückschlag.
- Westen: Ende 1. Weltkrieg → Diffusion und totalitärer Rückschlag.
- Rest: Ende 2. Weltkrieg (Huntingtons zweite Welle) → Diffusion durch Dekolonisierung und Rückschlag (Kalter Krieg).
- Rest: 1974-heute (Huntingtons dritte Welle).

Wellen und Gegenwellen

Periode	Typ von Welle	Wechsel (Anzahl demokratische Länder)
1828-1926	Erste, lange und langsame (und intermittierende) Welle der Demokratisierung	+33
1922-1942	Erste Gegenwelle (Faschismus, Kommunismus)	-22
1943-1962	Zweite, kurze Welle der Demokratisierung (genauer gesagt; Wiederdemokratisierung in vielen westlichen Ländern, ausser Griechenland, Portugal, Spanien)	+41
1958-1975	Zweite Gegenwelle (Populismus in Lateinamerika, Kommunismus)	-22
1974-heute	Dritte Welle der Demokratisierung	+35

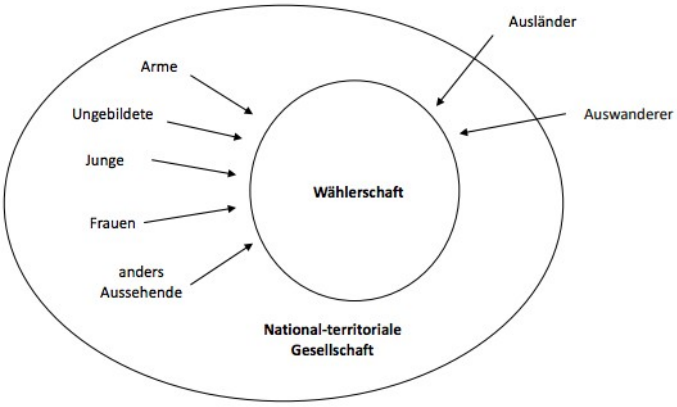
Die "erste" Demokratisierung

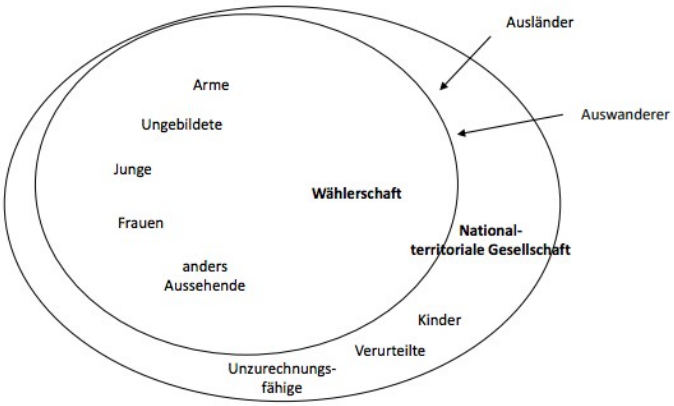
Absolutismus → Ständevertretung
- Funktionale Vertretung: der „Körper“ des Staates. (1) Aristokratie (2) Klerus (3) Bourgeoisie (4) Bauern [le tiers état, Kurien- Klassenwahlrecht].
  → mittelalterliche Repräsentation: kein Wettbewerb, keine komplette Repräsentation

Ständevertretung → Generelle Vertretung
- Individuelle Vertretung: die neue „Einheit“ der Gesellschaft. Das Erbe der lokalen/territorialen Vertretung: die Commons (boroughs und counties).
  → Industrialisierung: Vertretung von Individuen, Bürger mit gleichem Recht in der Gesellschaft.

Demokratisierung

Wer wählt? - Inklusion, politische Rechte





Prozess: progressive Ausdehnung des aktiven Wahlrechts
- Immer mehr Leute haben das Wahlrecht

- National-territoriale Gesellschaft: Auswanderer? (≠ territorial), Migranten (≠ national)

Aufhebung von Einschränkungen des Wahlrechts
- **Zensuswahlrecht**: Besitz-, Einkommen-, Steuernachweis.
- **Kapazitätswahlrecht**: Bildungsqualifikationen, Berufsausübung (Beamte, Militär), Analphabeten.
- **Alter**: progressive Senkung des Wahlalters von ca. 30 bis 18, jetzt 16 in Österreich.
- **Geschlecht**: Frauenwahlrecht.
- Ausschliessung bestimmter **ethnischer, religiöser Gruppen**: USA, Südafrika, Lateinamerika.
  → allmählicher Prozess: Aufhebung von Restriktionen
  → Anteil Länder mit allgemeinem Wahlrecht steigt nach dem 2.WK stark.
  → weitere Einschränkungen (bis heute): Verurteilte, Geisteskranke
  → Wahl: rational + moralisch basiert: totale Inklusion unmöglich

Ein- und Auswanderer: Variation aufgrund von zwei Gesetzen
1. **Einbürgerung**: Bürgerschaft gibt automatischen Zugang an Wahlrecht Prinzip der MITGLIEDSCHAFT
   - Bestimmt die Grösse der Auswanderergemeinschaft
   - Bestimmt die Grösse der Einwanderergemeinschaft (Naturalisierung)
2. **Wahlrecht**: Zugang an Wahlrecht Prinzip der TERRITORIALITÄT
   - Bestimmt Wahlrecht für Auswanderer (Bürger)
   - Bestimmt Wahlrecht für Einwanderer (Nichtbürger)

   → wichtig: Migrationsrate entscheidet: z.B. viele Bürger*innen im Ausland, etc.
   → Entscheid über Wahlrecht für Ein- und Auswanderer

Wie viele Stimmen? - Egalisierung
- Juristisches Prinzip: eine Person, eine Stimme (gleiches Wahlrecht).
- Ungleichgewicht möglich bei verbreitetem Stimmrecht

Formelle/informelle Ungleichheiten
- **Pluralwahlrecht**: Belgien: 1893−1918 (vote plural: eine Stimme für alle Männer, + 2/3 Stimmen für Familienväter und Reiche → mehr Einfluss); Preussen: 1848−70 (Dreiklassenwahlsystem); Grossbritannien: bis 1940er Jahre: business und university seats.
- **Indirekte Wahlen**: Napoleonische Verfassungen: (1) das Modell der Wahlmänner (US Präsident) (2) das Mehrebenenmodell.
- **Geheimes Wahlrecht**: Schutz von verwundbaren sozialen Schichten: Bauern und Industriearbeiter. → Schutz vor sozialem Druck (soziale Egalisierung: auch wenn wir juristisch gleich sind, heisst es nicht, dass wir es sozial sind.)
- **Obligatorisches Wahlrecht**: Aufhebung von Ungleichheiten: Wahlteilnahme von sozialen Ungleichheiten verursacht, Wahlen als Funktion (Pflicht) oder als Recht?

Wie wird gewählt? - Wahlsystem

1. Der Wahlkreis

Apportionment/Malapportionment

- Proportionalität zwischen Wähler*innen und Sitzen
- Rotten boroughs: Industrialisierung und Mobilität in Richtung urbaner Zentren in Grossbritannien → Sitze werden nicht der grösseren Bevölkerung in den Städten/viel kleineren auf dem Land angepasst.
- Einwanderungsphasen in den USA.
- Gleich viele Bürger*innen in drei Wahlkreisen → ein Wahlkreis bekommt 10 Sitze, die anderen je 5

Gerrymandering

- Einfluss auf wer gewählt wird durch die Ziehung der Wahlkreisgrenzen
- unnatürliche Grenzen: Auswahl der Wählerschaft → Verzerrung, unfairer Wettbewerb

5 Einerwahlkreise mit 50 WählerInnen (25 Republikaner und 25 Demokraten).
Was ist das Ergebnis der Sitzverteilung?

Legende: Schwarze, hispanische und katholische Bevölkerung.
Mehrheitlich weisse, protestantische Bevölkerung.

2. Die Wahlformel

Sperrklausel

- Ausschluss von Minderheiten.
- Ziel: Senkung der parlamentarischen Fragmentierung → Regierbarkeit

Von Mehrheit- zu Verhältniswahlformel:

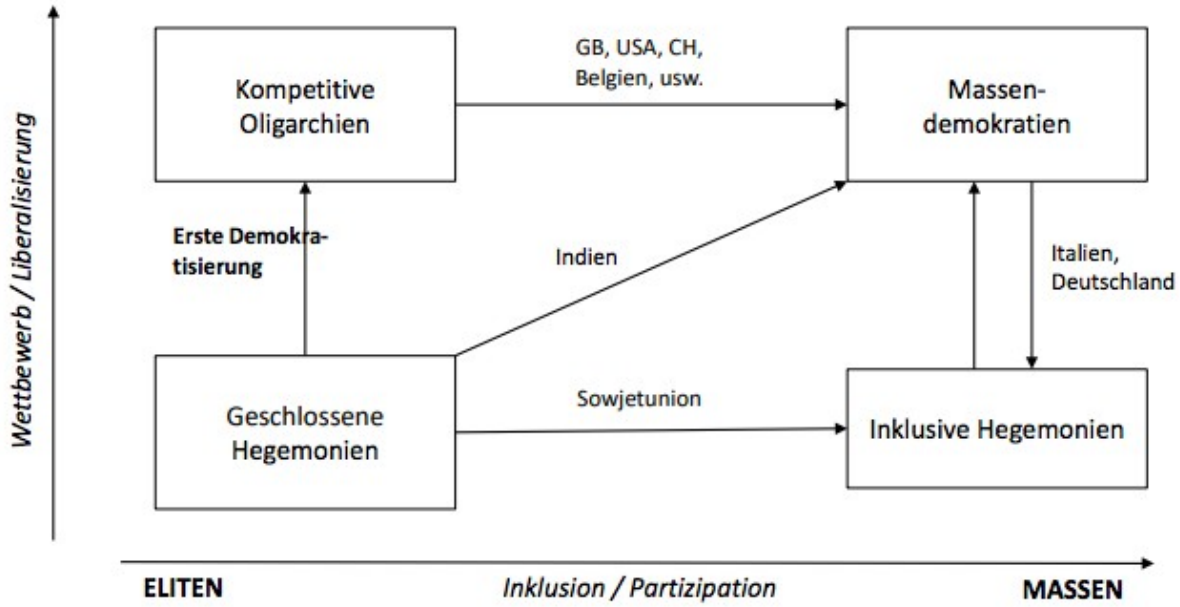
- Hohe Schwelle unter Mehrheitswahlsystemen (first-past-the-post) → Einerwahlkreise.
- Jede Stimme zählt (Vertretung von Minderheiten): genereller Wechsel um den 1. WK in Kontinentaleuropa.
  → Senkung der institutionellen Hürden für die Vertretung von Minderheiten
  - Druck von Arbeitern (Sozialisten), Bauern (Agrarparteien), Regionalisten (Grenze ändern nach dem Krieg).
  - Defensive Strategie von Liberalen und Konservativen: Angst vor absoluter Niederlage (Proporz: kein verschwinden der Parteien).
  - Kein Wechsel in GB, USA und Commonwealth.

Rokkans Schwellen der Demokratisierung

1. **Legitimierung**: Zivile Rechte / Bürgerschaft (legitime Opposition gegenüber Regime und Meinungsfreiheit).
2. **Inklusion**: Politische Rechte / Bürgerschaft (Wahlrecht; Inklusion der Massen in politische Entscheidungsprozesse).

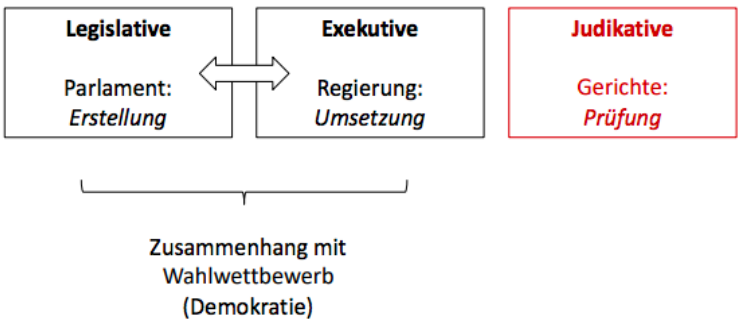
3. **Vertretung**: Senkung der institutionellen Hürden für Vertretung von Minderheiten und neuen Parteien (Verhältniswahlsysteme).
4. **Exekutive**: Exekutive sind verantwortlich (accountable) gegenüber Parlament/Legislative(parlamentarische Kontrolle). → Machtteilung

Dahls Pfade zur Demokratisierung



- Geschlossene Hegemonien: Eliten vs. Massen → keine Inklusion, kein Wettbewerb
- Inklusive Hegemonien: inkludiert Massen, kein Wettbewerb (nur eine Partei)
- Kompetitive Oligarchien: Elitärer Wettbewerb, kleine Gruppe hat Wahlrecht → z.B. liberale vs. konservative im 19.Jh
- Massendemokratien: Liberalisierung, Kritik, Wettbewerb, mehrere Parteien, Wahlrecht wird ausgedehnt
- Rückgang möglich: D, I mit dem Faschismus von Massendemokratien zu inklusiven Hegemonien

Regierungssysteme (polity)

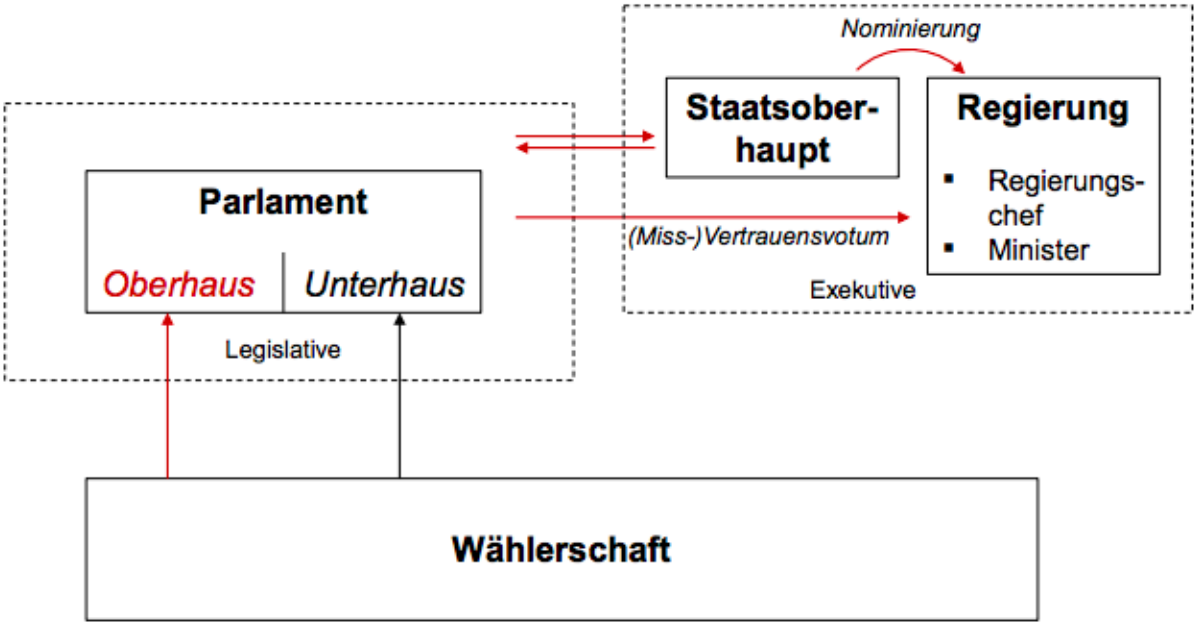


→ verschiedene Modelle der Beziehung zwischen Exekutive und Legislative.

Typen demokratischer Systeme

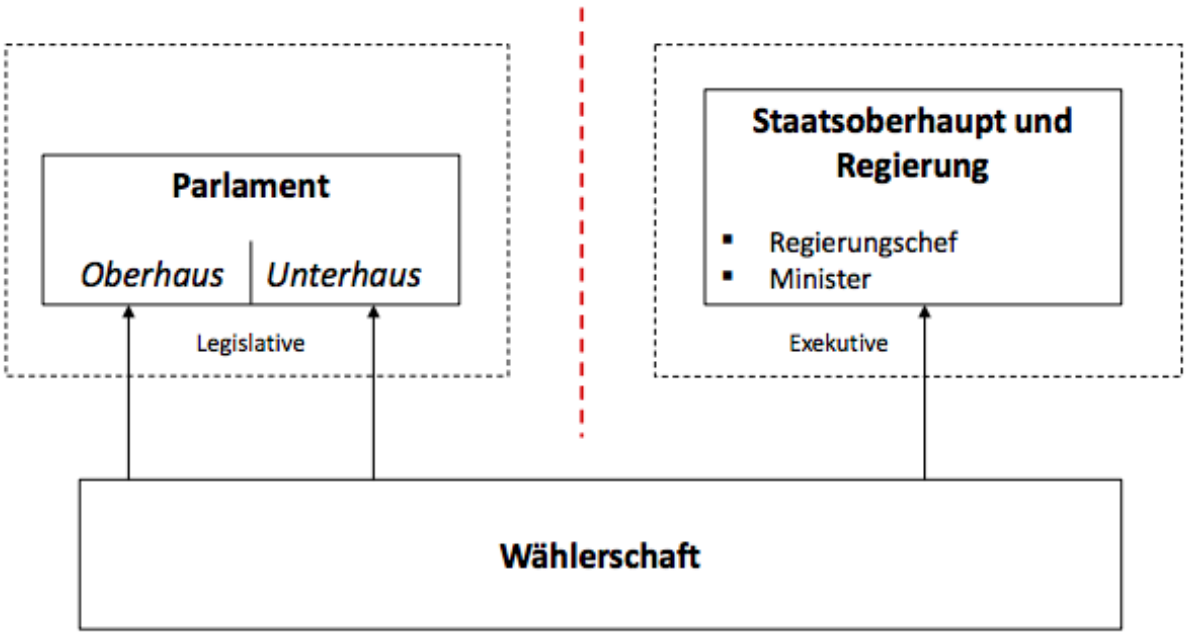
- Parlamentarisches System: Verbundene ("fused") Gewalten, Ursprung in den konstitutionellen Demokratien, Regierung mit indirekter Legitimität
- Präsidentielles System: Geteilte Gewalten, Ursprung auf dem amerikanischen Kontinent, Regierung mit direkter Legitimität
- Gemischte Systeme: Semi-präsidentielles, kollegiales System, Prämierat

Das Parlamentarische System



- Indirekte Auswahl der Exekutive.
- Staatsoberhaupt: Monarch oder Präsident (Republik).
- Zwei-köpfige Exekutive.
- Verbindungen: Misstrauensvotum (Parlament vs. Regierung: Neuwahlen/neue Regierung), Vertrauensvotum (Regierung vs. Parlament: eine policy durchbringen, sonst Neuwahlen/neue Regierung), manchmal „konstruktives"
  → Parlament kann Regierung absetzen, Regierung kann Parlament auflösen
  → Keine Gewaltsteilung („Verschmelzung der Gewalten", fused powers).

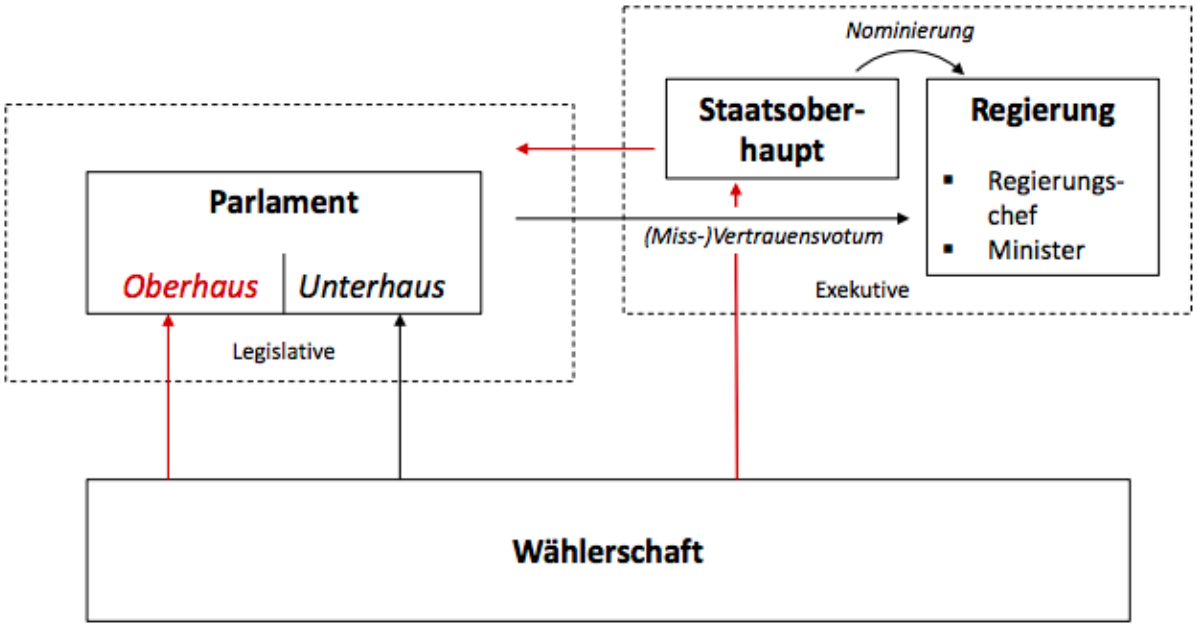
Das präsidentielle System



- Direkte Wahl der Exekutive (manchmal durch Wahlmänner).
- Staatsoberhaupt: kann nur Präsident sein (Republik).
- Einköpfige Exekutive.

- Verbindungen: Kein Vertrauensvotum, Impeachment: Strafrechtlich, keine Auflösung des Parlaments durch Regierung/Neuwahlen aufgrund von Misstrauensvotum.
  → Strikte Gewaltenteilung (separation of powers).

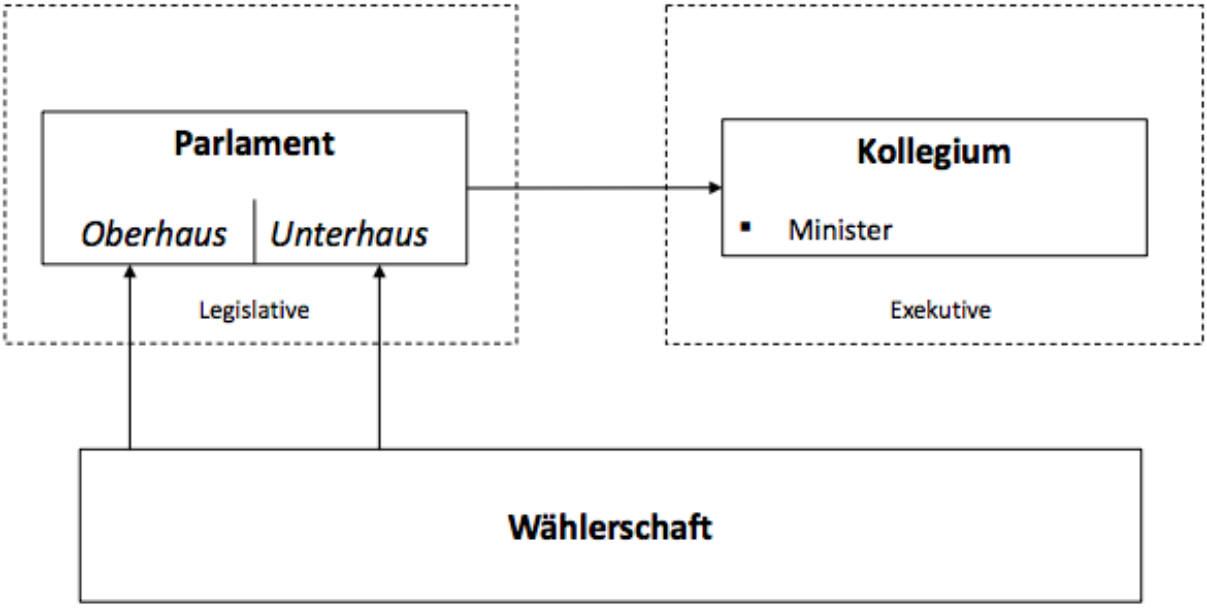
Semi-präsidentielles System



- Zwei-köpfige Exekutive.
  - Direkte Wahl des Präsidenten (Staatsoberhaupt).
  - Indirekte Auswahl der Regierung durch Parlament.
- Staatsoberhaupt: kann nur Präsident sein (Republik).
  → kann nicht vom Parlament abgeschafft werden, kann aber Parlament auflösen.
- Rolle der Machtkonfiguration (cohabitation).
  - parlamentarisch: Parlament und Regierung von einer Partei, Präsident von einer anderen → Präsident mit wenig Macht (durch Veränderung der Wahlzeiten reguliert)
  - präsidentiell: Parlament, Regierung und Präsident von der gleichen Partei → Präsident mit viel Macht
- Verbindungen: Kein Vertrauensvotum (Präsident) und Vertrauensvotum (Regierung), Impeachment: Strafrechtlich (Präsident), Dissolution des Parlaments.
  → Alternierendes System (manchmal parlamentarisch, manchmal präsidentiell).

Kollegiales System (CH)

- Indirekte Auswahl der Exekutive.
- Staatsoberhaupt: rotierend unter Minister (Republik).
- Einköpfige Exekutive → Kollegium.
- Verbindungen: Vertrauensvotum aber kein Misstrauensvotum, Dissolution des Parlaments nicht möglich (und umgekehrt).
  → partielle Gewaltenteilung



Demokratische Regime über die Zeit

- Akademische Literatur: parlamentarische Systeme werden bevorzugt (Flexibilität)

Politische Realität

- Länder ohne Monarchie: präsidentielle Systeme
- Semi-präsidentiell am stärksten vertreten
- Neue Demokratien bevorzugen direkte Wahl des Präsidenten, parlamentarische Systeme werden seltener.
  - Zweite und dritte Welle der Demokratisierung (Republiken).
  - Legitimität von allen öffentlichen Ämtern → Demokratisierung: Enthusiasmus

Vorteile und Nachteile institutioneller Systeme

Vorteile Präsidentialismus

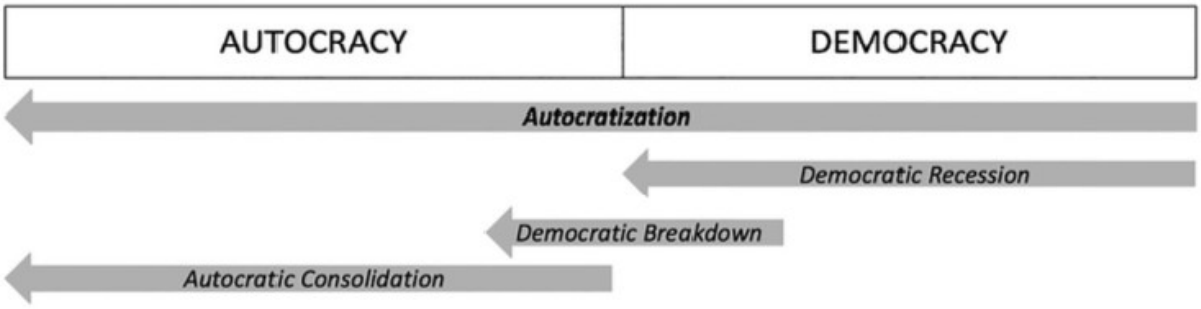
- **Verantwortlichkeit**: Direkt: hohe Effizienz (accountability)
- **Identifizierbarkeit**: Alternativen: unterschiedliche Kandidaten / Programme sind sichtbar.
- **Gegenseitige Prüfung (checks)**: Unabhängiges Parlament: keine Dissolutionsdrohung möglich
- **Schiedsrichterrolle**: Super partes: bestimmte Amtszeit und beschränkte Wiederwahl macht Präsident immun vor kurzfristigen Wahlüberlegungen

Nachteile Präsidentialismus

- **Zeitliche Rigidität**: Gute und schlechte Präsidenten: bestimmte Amtszeit und begrenzte Amtsperioden
- **Mehrheitsentscheidung**: Disproportionalität: “winner-takes-all”; System ohne Vertretung von Minderheiten in der Exekutive. Präsidentenwahl hat Vorrang vor Vertretung.
- **Duale Legitimität**: Kooperation mit Parlament: kleine Anreize. Parteidisziplin führt zur Blockierung des Systems.

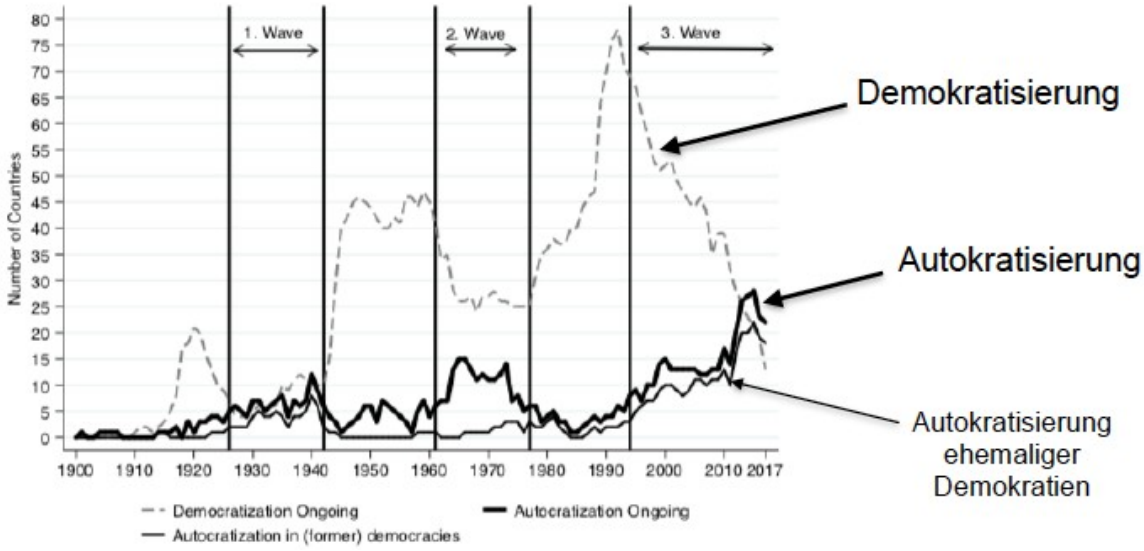
III.2 Politische Regime: Demokratie/Autokratie II (06.11.19)
Lektüre: Levitsky, Steven, and Lucan A. Way. (2002). "Elections Without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism."

Autokratisierung



- Wellen der Demokratisierung + der Autokratisierung
- Graduelle Abstufung: Schwelle zur Autokratie schwer zu definieren
  → Zusammenbruch von Demokratie ("democratic breakdown")
- Autokratische Konsolidierung: zunehmend autoritär + festgesetzt
- "backlash Phasen"
  - 1930er: Faschismus
  - 1960 -1970er: Militärputsche in Lateinamerika
  - 1980-1990er: weniger Autokratisierung, ab 1990er: Mehr Autokratisierungs- als Demokratisierungsprozesse

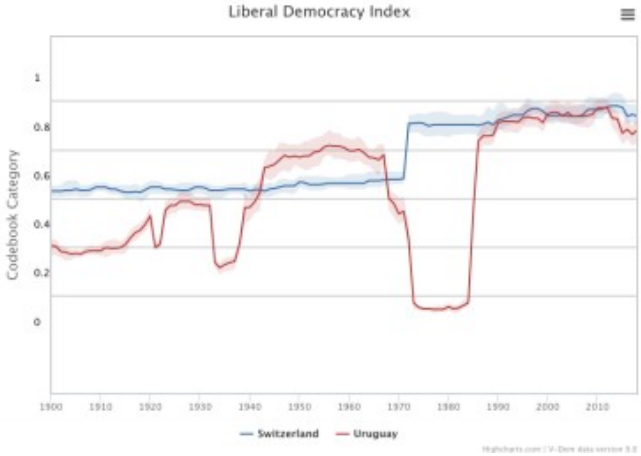
Figure 2. **The Three Waves of Autocratization**



Wie kommt es zu autoritären Regimen?

- Bis zur "1. Welle der Demokratisierung" im 19. Jahrhundert die dominante Herrschaftsform
  → Monarchien, Hegemonien (geschlossen oder offen), kompetitive Oligarchien (Robert Dahl)
- Übergänge von der Demokratie zur Autokratie: Putsche (Militär übernimmt Macht und setzt neue Regierung ein), Schleichende „Erosion" der Demokratie

Staatsstreiche

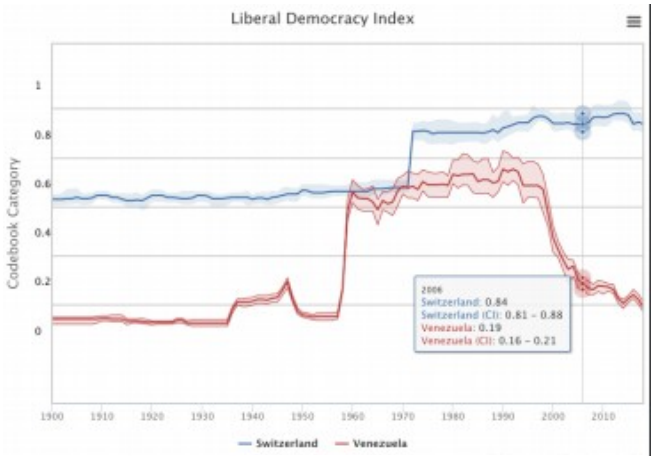


- Autokratien entstehen in knapp der Hälfte der Fälle durch Staatsstreiche (Putsche/ Coups)
  → im 20.Jh weit verbreitet, seit dem Ende des Kalten Kriegs weniger
- Meist ersetzt dabei ein autokratisches Regime ein anderes
  → z.B. Ägypten (2013), Mail (2012)
- Putsch und Diktatur in Uruguay (1973-1984): Vorzeigedemokratie ab 1940 (hohes Demokratieniveau)
  → Einbrüche 1930 und 1973: schnelle Entwicklung zur Autokratie durch Militärputsch → Einbruch der Demokratiequalität
  → Anfang 1980er: 3. Welle der Demokratisierung → alte Demokratien erholen sich schnell.

Wie kommt es zu Putschen? - Eine akteurszentrierte Erklärung

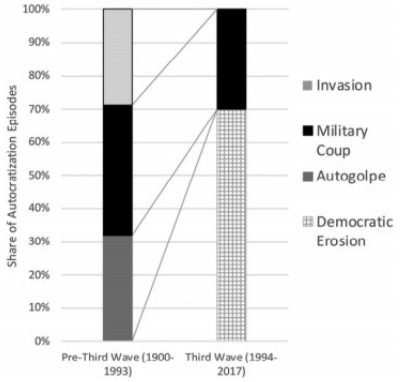
- Denkschule des Rational-Choice
- Einer der drei grossen Erklärungsansätze der Autokratisierung/Demokratisierung
- Erklärungsmodell: Radikalität führt zu Regimepräferenzen
  Radikalität der Forderungen → Regimepräferenz für Demokratie erodiert → Regimeoutcome
  = Unterstützung für Demokratie verschwindet bei zentralen Akteuren (Regierung, Parteien, etc.) → Militärputsch
  → radikale Forderungen, welche die zentralen Akteure (in einem demokratischen System) nicht umsetzen können
  → radikale Forderungen der Regierung werden im Parlament blockiert → Radikalisierung
  → radikale Opposition als Bedrohung für Eliten → beenden Demokratie

Erosion der Demokratie



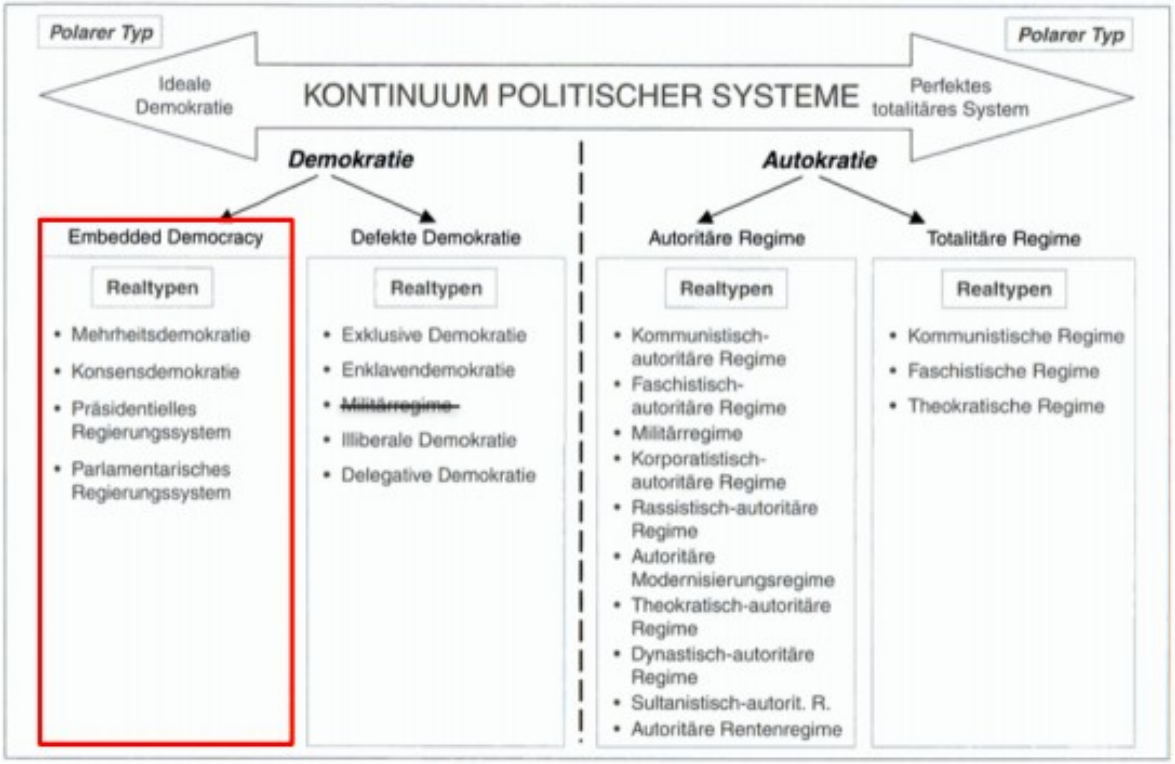
- Autokratisierung: Aus kompetitiven Wahlen hervorgegangene Eliten schränken Oppositionsrechte ein
  → z.B. Chávez und Maduro in Venezuela, Orbán in Ungarn
- Beispiel Venezuela: Rechte der Opposition werden allmählich geschwächt
  → autoritäres Regime: allmähliches Abgleiten (≠ plötzlicher Putsch: Uruguay)
- Ungarn: Gerichte und Medien von der Regierung kontrolliert

Wie es zur Autokratisierung kommt: früher und heute

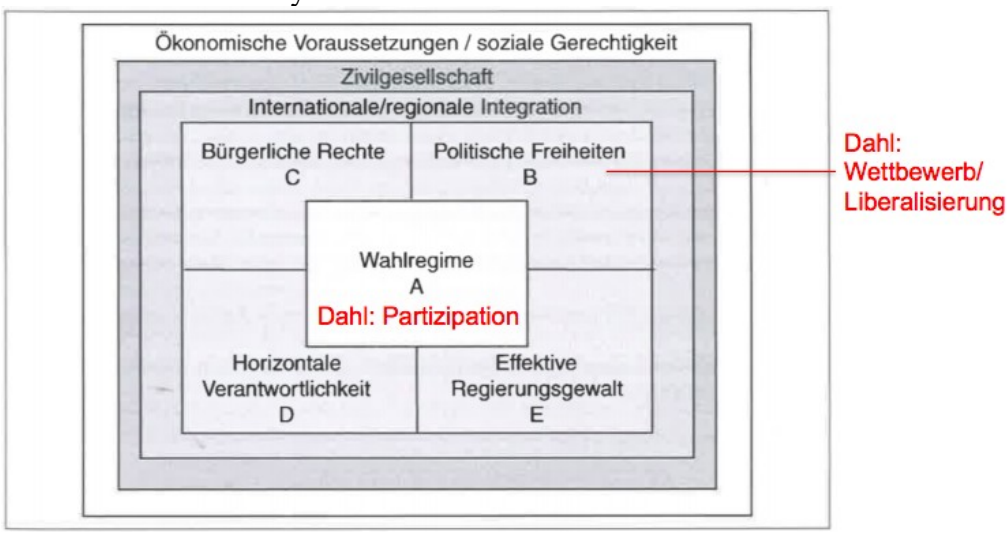


- Militärputsche: bis 1993 am häufigsten (ca. 70%) + autogolpe: Regierung verschafft sich vollkommene Macht → Machtsicherung (≠ eine externe Gruppe)
- Erosion der Demokratie: ab 1994 am häufigsten

Typen von Autokratien



"Embedded Democracy"



- Bürgerliche Rechte: Schutz von Minderheiten, fundamentale Freiheiten
- Horizontale Verantwortlichkeit: Zusammenspiel der Institutionen
  → Gewaltenteilung: Kontrolle der Legislative über Exekutive, freie Judikative (Problem für neue Demokratien)
- effektive Regierungsgewalt: heute seltener (z.B. Militär mit Vetorecht, etc.)

Defekte Demokratien

- Einschränkung einer der Elemente
- Enklavendemokratie: Militär hat Mitspracherecht → keine Diskussion bei gewissen Themen
- illiberale Demokratie: politische Freiheiten sind eingeschränkt → z.B. kontrollierte Presse

- delegative Demokratie: Exekutive mit voller Macht (nicht durch Legislative limitiert)

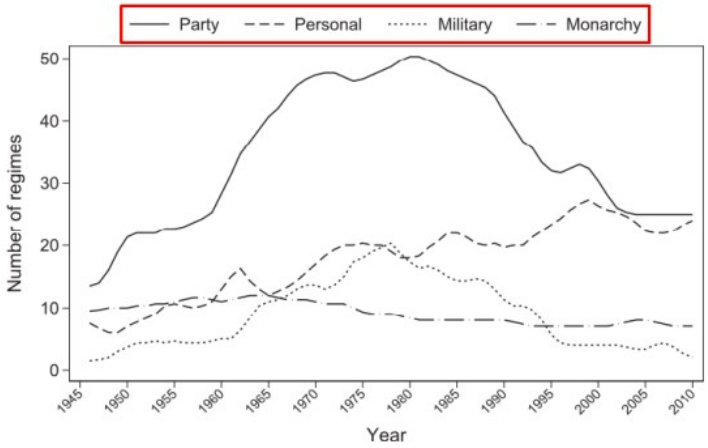
Autokratien: Klassifikation

Autoritäre vs. totalitäre Regime

- Herrschaftslegitimation: Mentalitäten (Begründung über Nationalismus, Sicherheit, Ordnung etc.) vs. absoluter Wahrheitsanspruch (absolute Kontrolle der Meinung)
- Begrenzter Pluralismus vs. Monismus ("Wahrheit" = Regime)
- Demobilisierung der Bevölkerung vs. ständige Mobilisierung (alle sind Mitglieder einer offiziellen Partei: offene Unterstützung nötig)

Herrschaftslegitimation, 10 Typen → Kriterium: Wie begründet ein Regime seinen Herrschaftsanspruch?
Militärregime vs. personalistische Regime vs. Einparteienregime → Kriterium: Wer sind die Herrschaftsträger?

- Parteien, Monarchien, Militärherrschaft, persönliche Diktaturen: eine Person ist für die Macht verantwortlich (instabil: Konflikte, Putsche durch andere Gruppen)

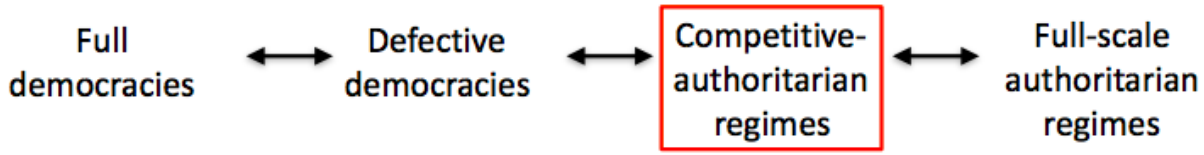


Woher kommen die Unterschiede zwischen autokratischen Regimen? Das Phasenmodell von Brooker

- Das traditionelle Modell: Erbmonarchien
- Innovation 1: Militärdiktaturen – manchmal legitimiert durch Referenden (Beispiel Napoleon 1799, Lateinamerika im 19. und 20. Jh.)
- Innovation 2: Ideologisch basierte Parteienherrschaft
  → Partei verkörpert die Ideologie (minimaler Pluralismus unter Gleichdenkenden)
  - Einparteiensysteme
  - Subtyp: Totalitäre Regime, "personal dictatorships": Stalin, Mussolini, Hitler
- Innovation 3: Als Demokratien verkleidete Diktaturen (seit 1970er Jahren)
  - Mehrparteiensysteme, aber das Spielfeld ist uneben (zuungunsten der Opposition)
    → autokratische Regimes seit dem Zerfall der UdSSR vermehrt unter Druck
    → westliche, liberale Mächte haben mit Hegemonie: Demokratie als einzig legitimes System → Autokratien in Verkleidung (Wahlen, etc.)

  → Levitsky & Ways (2002, 2010) **kompetitiver Autoritarismus**
  - mehrere Parteien + Wettbewerb (kompetitive Wahlen), aber: keine Chancen für Opposition → autoritär ≠ defekte Demokratie ≠ "full-scale authoritarianism"

Levitsky & Ways' Typologie



- Proliferation „hybrider Regime" nach Ende des Kalten Krieges
- Viele sind keine „defekten Demokratien", sondern kompetitiv-autoritäre Regime
  → Beispiele im 2002er Text: Russland, Ukraine, Zimbabwe, Peru, Mexiko etc.

Der Fall Russland

- Ist Russland noch ein kompetitiv-autoritäres Regime?
  → Ähnlich wie Venezuela: Inzwischen vollständig autoritär (Opposition stark eingeschränkt) → siehe Graph oben: langsames Abgleiten in den Autoritarismus
- Heutige Beispiele: Ungarn (Rechtsstaat: "subservient judiciary", Medien), Türkei, Serbien (Medien)
- Defekte Demokratien: Polen

Definition Kompetitiver Autoritarismus

- Politics ... is not like football, deserving a level playing field“
- Kompetitive Wahlen:
  - Kein Ausschluss wichtiger Oppositionskandidaten
  - Wahlkampagnen der Opposition sind möglich
  - Wahlfälschung nicht entscheidend oder abwesend
  - Keine „Pseudo-demokratie“ → Wählen hat einen Sinn
- „Soccer match where the goalposts were of different heights [...] and where one team included 11 players [...] and the other [..] six or seven.“

Definition des ungleichen "playing field"

- Geht über den normalen Amtsbonus hinaus (incumbency advantage)
- Missbrauch staatlicher Institutionen für Parteizwecke
- Opposition hat Schwierigkeiten effektiven Wahlkampf zu betreiben
  - Ungleicher Zugang zu Ressourcen
  - Ungleicher Zugang zu den Medien
  - Ungleicher Zugang zu Gerichten und Wahlbehörden

  → Aber: „Incumbents are forced to sweat“ (in Russland nicht mehr der Fall)
  → Unsicherheit bei Wahlen (vis-à-vis vollständigem Autoritarismus)!

Kompetitiv-autoritäre Regime und "Embedded Democracy" (Siehe Bild oben!)

- Wahlregime funktioniert
- Problemfelder: Horizontale Verantwortlichkeit (Einschränkung der Gerichte, etc.) + Politische Freiheiten graduell eingeschränkt (Medien, etc.)
  → Opposition muss es geben, sie wird jedoch durch die Problemfelder eingeschränkt/nimmt ihr die Chancen.
  → auf dem Papier demokratisch, aber: Spielfeld zu Gunsten der Regierung + wenig Chancen für Opposition.

Definition von Demokratie (Levitsky & Ways) → Fallauswahl kompetitiv-autoritäre Regime

- Freie, faire und kompetitive Wahlen
- Volles Erwachsenenwahlrecht
- Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte
- Keine Kräfte, die ausserhalb der demokratischen Ordnung stehen und die Autorität der gewählten Exekutive einschränken (Militär, nicht-konstitutioneller Monarch, religiöse Institutionen)

→ Faires „Spielfeld“ im Wettbewerb zwischen Regierung und Opposition (Level Playing Field). → Wenn nicht vorhanden → Fallauswahl als kompetitiv-autoritär bei Levitsky und Way (2010)

Wie kommt es zu kompetitiv-autoritären Regimen?

- Levitsky & Way (2002): 1990er läuten eine Phase der Hegemonie der westlichen Demokratie ein (geteilte Hegemonie endet mit dem Zerfall der UdSSR).
  → heute weniger: Russland, China werden stärker
- Drei Pfade zu kompetitiv-autoritären Regimen gemäss den Autoren:

1. Ein vollständig autoritäres Regime zerfällt – aber die Opposition ist zu schwach, um die Amtsinhaber wirklich herauszufordern (Beispiel Subsahara-Afrika 1990er)
2. Ein autoritäres Regime folgt auf ein vorangehendes autoritäres Regime – aber die Amtsinhaber können ihre Macht nicht festigen (einige postkommunistische Länder wie Russland, Serbien, Ukraine)
3. Zerfall eines (semi-)demokratischen Systems (Ungarn, Türkei, Serbien, Venezuela)
   → Notizen Pflichtlektüre!

Wie entwickeln sich kompetitiv-autoritären Regime weiter?

- Inhärent instabil
- In welche Richtung können sie sich entwickeln?
  - Wechsel in der Führungsspitze, aber Regimetypus bleibt
    → evtl. gewinnt die Opposition und wird zur starken Partei (bleibt kompetitiv-autoritär)
  - Abgleiten in volle Autokratie (Russland, Venezuela)
  - Öffnung zur Demokratie (Mexiko)

III.3 Demokratisierung (11.11.19)
Lektüre: Potter, David. (1996). “Explaining Democratization.”

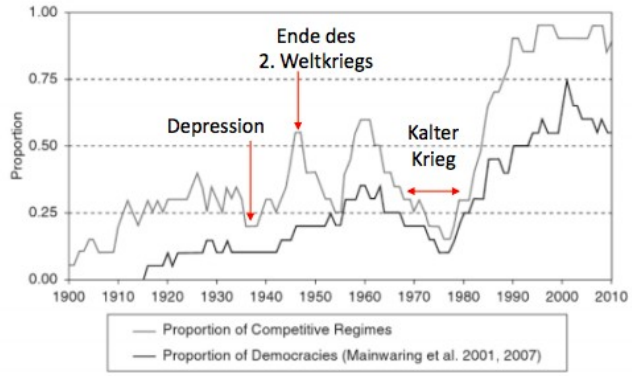
Lernziele

- Sie kennen die wichtigsten Typen demokratischer und autoritärer Regime
  - Sie können argumentieren, inwiefern ein Regime als kompetitiv-autoritär einzuordnen ist oder nicht
- Kenntnis der drei Ansätze zur Demokratisierung und ihrer Kernmerkmal
  - Sie können diese Ansätze mit Strukturalismus, Kulturalismus und Rational Choice in Verbindung bringen
  - Sie erkennen bei einem Text häufig, um welchen Ansatz es sich handelt

Drei "Wellen" der Demokratisierung

- Erste Welle, 1828-1926: Nordamerika, Westeuropa (alte Demokratien)
  → Rückschlag: 1922-42 (Faschismus)
- Zweite Welle, 1943-62: Europa, Japan, Lateinamerika, Afrika (Redemokratisierung in Europa + neue Länder) → frühe Erfahrungen mit Demokratie in Lateinamerika (frühe Demokratien: Uruguay, Fortschritt vs. Rückschlag: Chile)
  → Rückschlag: 1958-75 (Lateinamerika: Putsche und Militärjuntas → 1973 Chile, Uruguay)

- Dritte Welle, 1974- : Redemokratisierung Südeuropa (Spanien, Portugal), Lateinamerika, Afrika, Asien, Osteuropa (neue Länder)
  → Rückschlag: ?
- Starkes Auf und Ab der Demokratie im Lateinamerika des 20. Jh, viele Demokratien mit Defekten



Kein Rückschlag nach der dritten Welle der Demokratisierung?

- Zunächst nicht: Aber viele Länder bleiben auf dem Weg zur liberalen Demokratie stecken (z.B. „Delegative Demokratie“)
  → Neuer Fokus auf die Qualität der Demokratie und „defekte Demokratien“
- Ab 1993 setzt 3. Welle der Autokratisierung ein (Erosion der Demokratie, weniger Militärputsche → allmähliche Verschlechterung der demokratischen Institutionen.)
- Wellen der Demokratisierung und Autokratisierung haben mit internationalen Faktoren zu tun
  - Kalter Krieg
  - Globale Hegemonie der Demokratie nach 1991: Starker Einfluss/Druck der USA (aber: z.T. kompetitiv-autoritäre Regime)
  - Heute je nach Einflussregion der Grossmächte unterschiedlich (demokratischer vs. autokratischer Linkage)
- Internationale Faktoren interagieren aber mit innerstaatlichen Faktoren

Demokratisierung: Drei Perspektiven

- **Modernisierungstheorie**: Wohlstand entschärft materielle Gegensätze und führt zu Wertewandel → **Kulturalismus**
- **Struktureller Ansatz**: Wohlstand verändert die Gesellschaftsstruktur und stärkt pro-demokratische Kräfte → **Strukturalismus**
- **Akteurszentrierter Ansatz**: Strategische Entscheidungen zentral in der Transition zur Demokratie und ihrem Zusammenbruch → **Rational Choice**

Modernisierungstheorie

- S.M. Lipset: „The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ → wohlhabende Länder sind eher demokratisch
  → Wohlstand: moderate Kräfte stark → Mittelschicht ideologisch gemässigt
- Mechanismen:
  - Neue pro-demokratische soziale Gruppen entstehen, v.a. die Mittelschicht
  - Lesefähigkeit, Bildung: Mündige Bürger*innen
  - Höherer Lebensstandard

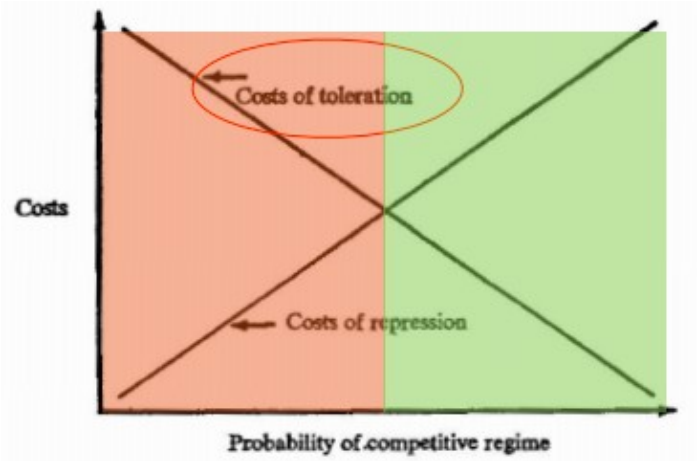
→ Ideologische Mässigung (Bildung → Kompromiss ≠ Extremismus)

- Indikatoren: Wohlstand, Industrialisierung, Urbanisierung, Bildung (Potter, S. 11)

Modernisierung als kulturalistische Erklärung (Lipset)

- Individueller Wohlstand geht mit ideologischer Mässigung einher (Wertewandel)
  → Wertewandel, Ausgleich, Kompromiss → Macht Demokratie möglich

Kosten der Tolerierung vs. Kosten der Unterdrückung von Opposition (Dahl)

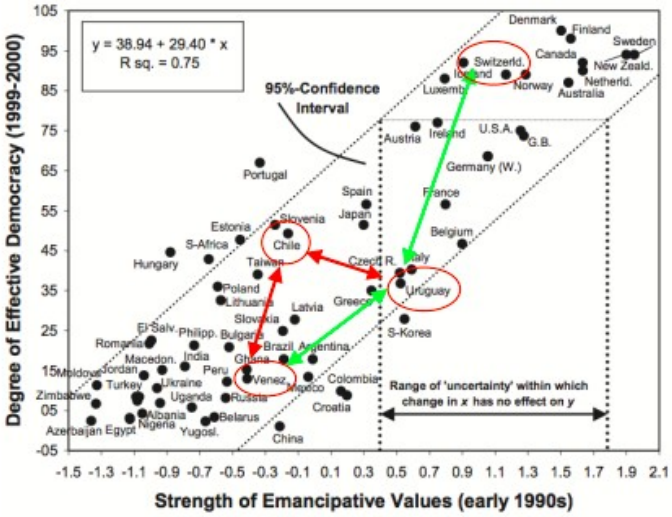


- Kosten der Repression: Ausschluss
- Kosten der Tolerierung: Einbinden
  → Die Modernisierungstheorie setzt bei den Kosten der Tolerierung an
- Demokratie: Kosten der Tolerierung geringer als Kosten der Repression.
  → Kosten für Machthabende: Mitbestimmung < Repression
- Mehr Wohlstand, Mässigung ≠ radikale Programme (z.B. klassenkämpferisch)
  → tolerierbar für Machthabende

Modernisierung als kulturalistische Erklärung (Welzel, Ingelhart)

- Existenzielle Sicherheit (durch Wohlstand) lässt Menschen nach nicht-materiellen Gütern streben (nicht nur mit materiellem Überleben beschäftigt)
  → Modernisierung geht mit dem Streben nach Selbstbestimmung (+ Selbstverwirklichung) einher
  → Diese **emanzipativen Werte** (Bedürfnis nach Mitbestimmung) machen Demokratie erstrebenswert
- Modernisierung → Nicht-materielle Bedürfnisse: emanzipative Werte → Politische Rechte: Demokratie (Mittelschicht ausschlaggebend: potentielle Träger*innen der Demokratie)
  → ≠ Unterschicht: keine Kapazität, ≠ Oberschicht: Demokratie nicht erstrebenswert (aber: Kosten der Repression hoch)
- Wertewandel (Ingelhart): Generationen nach dem 2.WK sehen Grundbausteine als selbstverständlich → nicht-materielle Güter werden angestrebt → heute: Demokratie als normatives Bekenntnis (unabhängig, ob wir selber profitieren)

Von Werten zu "effektiver Demokratie"



Probleme der Modernisierungstheorie

- Modernisierung und Wertewandel geben nur eine allgemeine Richtung vor – aber es gibt enorme Länderunterschiede, die schlecht erklärt werden können (z.B. reiches China ohne Demokratie, armes Rojava demokratisch)
  → Probabilistische Logik
- Das konfliktfreie Bild der Demokratisierung entspricht nicht der Realität (partielle Ausnahmen: frühe, sogenannte „Agrardemokratien“ wie die Schweiz)
- Unklar, wie es zur Demokratisierung kommt
  → Akteure vernachlässigt (Wer ist aktiv?)
- Funktioniert häufig nur in einer globalen Perspektive
  → Befunde zu Lateinamerika und Afrika: Kein Zusammenhang
- Erklärt Autokratisierung (Militärputsche, Erosion der Demokratie: Rückschläge) und das Auf und Ab der Demokratie (Wellen) schlecht
- Grosser Ansatz → langzeitige Vergleiche: kann konkrete Veränderungen schlecht erklären

Der strukturalistische Ansatz: Wer gewinnt, wer verliert? (Rueschemeyer, Huber und Stephens)

- Demokratie schafft Gewinner und Verlierer
  - Eliten müssen Macht teilen
  - Bisher ausgeschlossene bekommen Mitspracherecht
- Entscheidend ist:
  - Welche **soziale Gruppen** gewinnen und welche verlieren
  - Wie gut diese Gruppen **organisiert** sind
- Bourgeoisie als treibende Kraft der Demokratisierung
  - Liberalismus führte nicht zur vollen Demokratie (Rueschemeyer et al.)
  - Die wurde erst erreicht durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse (Stimmrecht, Organisation, etc.)
    → **Druck von unten** entscheidend
    → Kosten der Repression: Mobilisierung der unteren Klassen → Eliten finden es schwierig, sie zu stoppen ≠ moderate Forderungen
- Strukturalismus: Demokratie tangiert potenziell **ökonomische Interessen**.
- Was sagt die Modernisierungstheorie dazu?
  - Wenn die Forderungen der unteren Klassen moderat sind, willigen die Eliten ein

- Eliten unterlaufen ebenfalls Wertewandel

Divergierende Ergebnisse: Moore vs. Ruschemeyer et al.
Moore (1966)

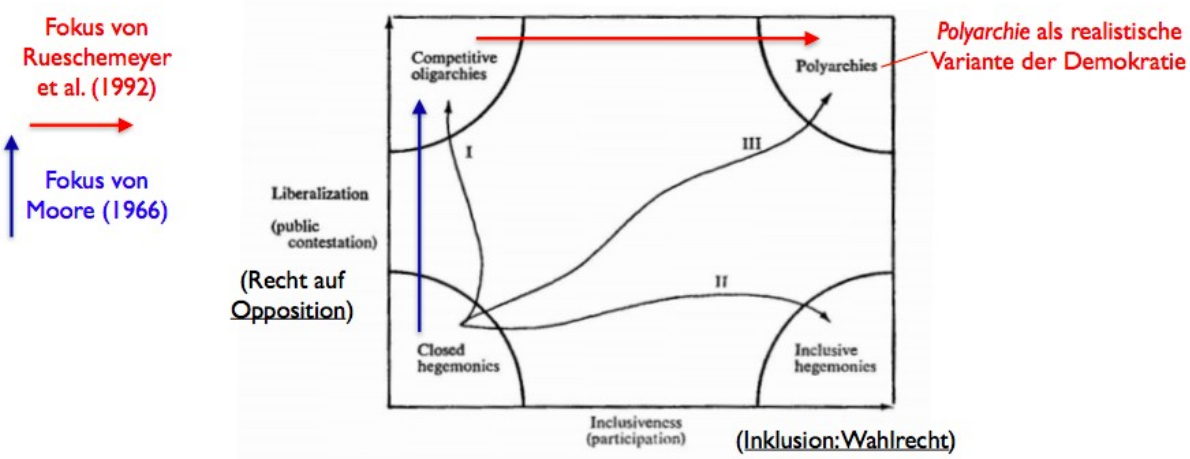
- Triebfeder der Demokratisierung ist die **industrielle Bourgeoisie**
  → Liberalismus, ökonomisch wie politisch
- Die stärksten Gegner der Demokratie sind die **Landbesitzer**
  → Fokus auf den Übergang zu einer liberalen Oligarchie als wichtigen Schritt hin zur vollständigen Demokratie

Ruschemeyer et al. (1992)

- Treibende Kraft: **Arbeiterklasse** in Allianz mit der **Mittelklasse**
- Gegner sind weiterhin die Landbesitzer
  → Übergang zum vollständigen Demokratie (universelles Wahlrecht)

→ Demokratiedefinition entscheidend für Unterschied

Der Weg zur "Polyarchie": Recht auf Opposition und politische Partizipationsrechte

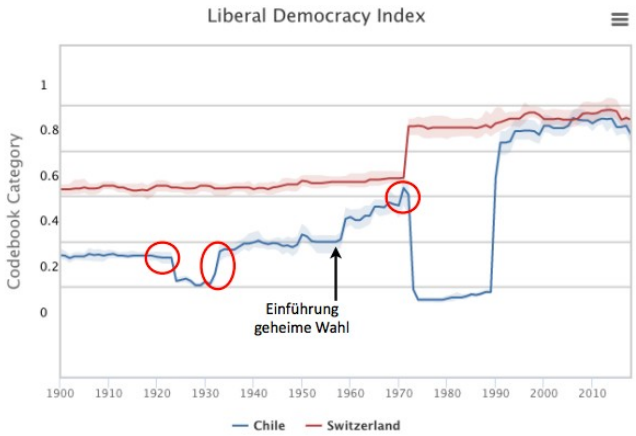


Ruschemeyer et al.: Zentrale Akteure

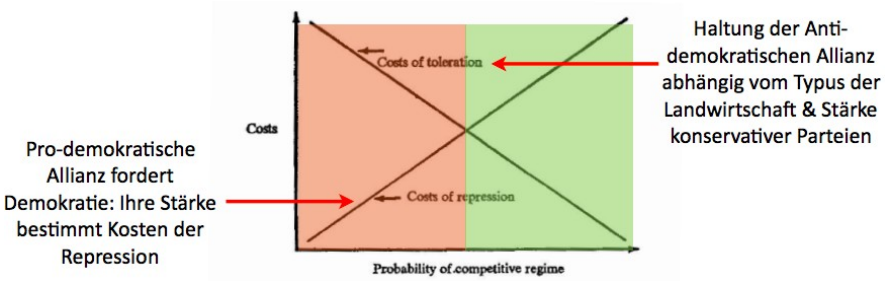
- Arbeiterklasse als einzige konsistent pro-demokratische Kraft
- Aber allein zu schwach, um Demokratie zu fordern
  → Allianzen mit anderen Klassen entscheidend
  - Europa: Kleinbürgertum, Handwerker
  - Lateinamerika: Angestellte aus der Mittelklasse
- Für Chancen der Demokratie sind aber auch die **Kosten der Tolerierung** infolge des allgemeinen Wahlrechts entscheidend:
  - Der Typus der Landwirtschaft: Bedarf nach billigen Arbeitskräften
  - Wie gut die ökonomischen Eliten ihre Interessen schützen können: Stärke von konservative Parteien

Beispiel Demokratisierung in Chile: die Rolle der Arbeiterklasse nach Rueschemeyer, et al.

- 1920: Reformistischer Präsident Alessandri → Backlash 1924-1932



- 1932, 1938-1941: Breite Front (Komm. + Sozialisten)
- 1971: Allgemeines Wahlrecht (Allende) → Backlash 1973
  → Wichtige Rolle der Arbeiterklasse in der allmählichen Entwicklung zur Demokratie
  → Backlash der Verlierer:
- Hin und Her zwischen Demokratie und Autokratie (**delikates Gleichgewicht**)
  → Demokratie als Resultat eines fragilen Machtgleichgewichts verschiedener Klassen: "offer subordinate classes a real voice in collective decision-making, while protecting the dominant classes against perceived threats to their vital interests."



Erklärt die strukturalistische Theorie den Fall Chile besser?

- Zentrale Rolle der Arbeiterklasse beim Durchbruch zum allgemeinen Wahlrecht 1971
- Linke Regierung unter Salvador Allende fordert radikale Reformen
  → Interessen der ökonomischen Eliten tangiert
- Schwere Wirtschaftskrise
- Konservative Parteien geschwächt durch Verlust bestimmter Wählergruppen an die Christdemokraten und die Linke
  → Normative Präferenz für Demokratie schwindet, Militärputsch 1973

Kernelemente des strukturellen Ansatzes

- Machtgleichgewichte zwischen **sozialen Gruppen** (und deren gemeinsame Interessen → Konflikte)
- Institutionen, die soziale Gruppen repräsentieren
  - Sind häufig historisch bedingt und ändern sich nur langsam (Pfadabhängigkeit)
  - Beispiel: Konservative Parteien aus vordemokratischer Zeit
  → Historischer Institutionalismus (Vorlesung I.5: Institutionen * Strukturalismus)
- Erklärungen, die verworfen werden?
  - Demokratische Überzeugungen (→ Kulturalismus), Werte
  - Die Rolle von Persönlichkeiten/Leadern (→ akteurszentrierter Ansatz)
  - Dass die Mittelklasse die wichtigste pro-demokratische Kraft war und ist (→ Modernisierungstheorie)

1. Landbesitzer (Aristokratie) vs. Bauern: wenig Kapazität, sich zu organisieren
2. Landbesitzer (alte Elite auf dem Land) vs. neue Eliten in der Stadt (Industrialisierung)
   → Bürgertum fordert politische Mitspracherechte
   → es geht um Interessen (z.B. soll der Staat Infrastruktur bauen, etc.) ≠ Werte
3. Mobilisierung der Arbeiterklasse: Demokratisierung, um den Staat als Instruent in die Hand zu bekommen. → Umverteilung, etc.
   → Demokratie als Instrument für eigene Interessen.
   ≠ Bürgerkrieg → Demokratie = konsensual → Kosten der Repression zu hoch für alte Eliten

Probleme des Strukturellen Ansatzes

- demokratische Überzeugungen: intrinsischer Wert der Demokratie nicht berücksichtigt
- Akteure, die das Gleichgewicht sozialer Gruppen kippen: z.B. Hitler, Mussolini
- Grosser Ansatz → langzeitige Vergleiche: kann konkrete Veränderungen schlecht erklären

Akteurszentrierter Ansatz

- Modernisierungstheoretische und strukturalistische Ansätze dominant 1960er-1970er
  - Fokus auf sehr langfristige Prozesse
  - Akteure kommen kaum vor
- 1970er: Risse in autoritären Regimen in Südeuropa und Lateinamerika werden sichtbar
- Transitions-Projekt beginnt noch vor dem Transitionsprozess - will diesen Prozess unterstützen
  → Eine "Handlungsanleitung für Demokratisierer"
  → Akteurszentrierte Logik: strategische Entscheide der Akteure
- rationales Handeln der Eliten → schaut kürzeres Zeitfenster an

Transitionsansatz: Prämissen

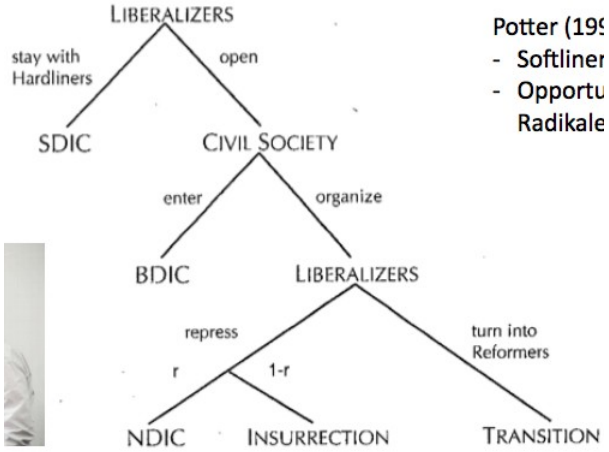
- Übergang zur Demokratie
  - Konflikt als Ursprung: Demokratie als Kompromiss
  - Demokratische Überzeugungen unwichtig: Demokratie ist für alle die zweitbeste Lösung (Kompromiss) ≠ normative Überzeugung
    → Interessen etablieren + schützen
  - Strukturelle und ökonomische Voraussetzungen für neue Demokratien sind häufig schlecht
- Der Transitionsprozess
  - Öffnung eines autoritären Regimes (Liberalisierung innerhalb des Regimes) bringt einen Prozess in Gang
  - Strategisches Verhalten der Akteure in diesem Prozess wird untersucht (strategisches Spiel)

Strategisches Verhalten auf dem Pfad zur Transition

- Softliner vs. hardliner
- Opportunisten, Moderate und Radikale in der Opposition

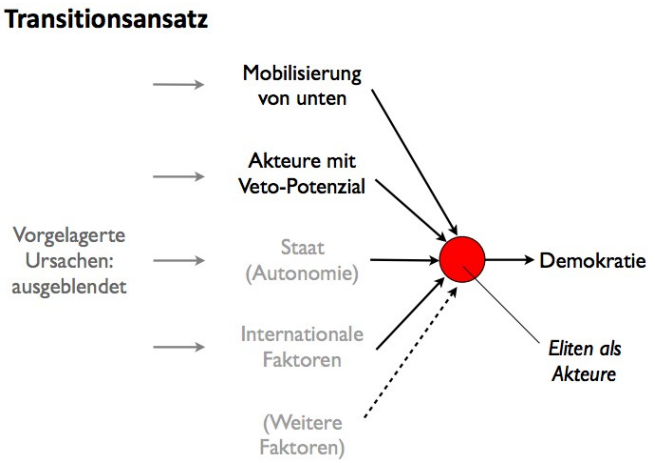
Transitionsnsatz

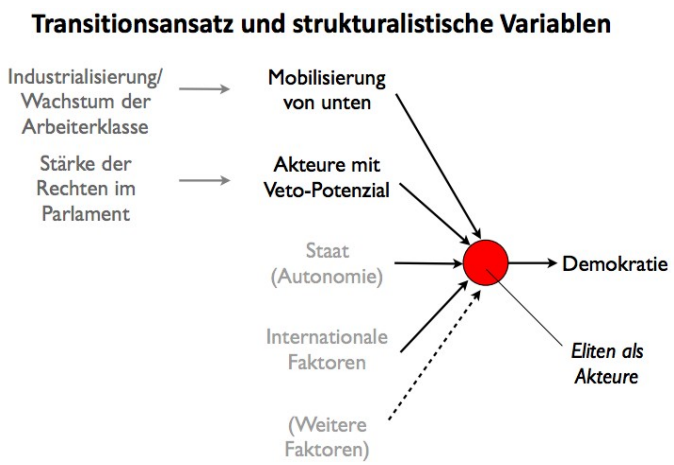
- Mobilisierung von unten + Akteure mit Veto-Potenzial → Fokus auf den Aushandlungsprozess der Eliten auf dem Weg zur Demokratie/einer anderen Form der Autokratie



Potter (199
- Softliner
- Opportu
Radikale

- historische Faktoren unwichtig





Demokratische Konsolidierung

- Akteure verinnerlichen demokratische Konfliktlösung (Rustow: "habituation")

Probleme des Transitionsansatzes: Er erklärt nicht...

- ob sich eine Demokratie konsolidiert oder nicht
- woher die grossen Unterschiede in der Qualität der Demokratie kommen
  - Kompetitiver Autoritarismus oder „defekte Demokratie" als möglicher dauerhafter Zustand

  → Rückkehr zur Modernisierungstheorie und zum strukturalistischen Ansatz in der Demokratisierungsforschung

Akteure und Autokratisierung

- Putsche: Fokus auf normativen Demokratiepräferenzen aller zentraler Akteure
  Radikalität der Forderungen → Regimepräferenz für Demokratie erodiert → Putsch
- Erosion der Demokratie: beginnt häufig mit Konflikten zwischen den Gewalten
  (→ delegative, illiberale Demokratie)
- Populisten setzen ihre Versprechen gegen Widerstände durch → z.B. Schwächung des Parlaments → Argument: Gewählt, um Programm durchzubringen, gebremst durch Parlament
- Spieltheoretisches Modell: Präsident hat Angst, dass das Parlament ihn absetzt
  → De jure machtvolle Präsidenten ohne Mehrheit im Parlament setzen sich über Parlamente und Gerichte hinweg

Probleme des akteruszentrierten Ansatzes

- gut, um zu analysieren, was in spezifischen Fällen passiert
  → ≠ bestimmen, woher der Druck/die Veränderung kommt

Beispiel arabischer Frühling

- Modernisierungstheorie: Säkularisierung, Wohlstand → Aufstieg der Mittelschicht
  → fordert demokratisches Mitspracherecht
- Struktureller Ansatz: kleine Eliten vs. Massen
- Akteurszentrierter Ansatz: Militär, Ölindustrie → zu viel Ärger, das alte Regime zu unterstützen

Die drei Ansätze im Vergleich

	Modernisierung	Struktureller Ansatz	Transitionsansatz
Kernmerkmal: Fokus	Werte und Wertewandel	Machtgleichgewichte und Institutionen	Rationale Akteure
Analyseeinheit	Nationale Gesellschaften (—> Kulturalismus)	Gruppen (Klassen, Parteien, etc.) mit gemeinsamen Interessen	Eliten
Zeitlicher Fokus	langfristig	langfristig (Gesellschafts-struktur) und kurzfristig (Konflikte)	kurzfristig
Erklärungsansatz	Breite Zusammenhänge (probabilistisch)	Historisch-spezifisch: Jeder Fall soll erklärt werden	Spieltheoretisch

Politische Systeme und Theorien I

IV. Demokratische Institutionen

IV.1 Introduction to Democratic Institutions (13.11.19)

Lektüre: “Chapter 2: Democratic Politics and Representation” Democratic Politics in Europe

What makes a democracy democratic?

- Procedure: Competitive, free, fair elections and electoral turnover, rule of law
- Substance: Substantive (policies according to interests of the population) and descriptive (all groups are represented) representation, individual rights (freedoms, participation), separation of powers

Views of Democracy

Dahl's Polyarchy - Six Features of Representative Liberal Democracy

- Elected Officials: Control of decision-making by elected officials
- Free and Fair Elections: Frequent and fairly conducted elections
- Freedom of Expression: Citizens have a right to express themselves
- Access to information: Government does not control media
- Associational autonomy: Citizens have right to form associations/groups
- Inclusive citizenship: No adult permanently residing in the country can be denied rights

Polyarchy focuses on rights and process, but different procedures can lead to different outcomes and may benefit some more than others.

- Can some decisions be more democratic than others? e.g. multi party system
- Are some procedures more democratic than others?
- Are there some democratic institutions that are more unfair? → e.g. Ständemehr (overrepresentation of small regions), presidential electoral college ≠ popular vote

Representation

- Do some forms of democracy lead to better descriptive representation?
- Do some forms of democracy lead to better policy representation?

Two polyarchic democracies may differ in their

- levels of substantive democracy, ability to represent views of voters, and descriptive democracy.
- the nature of the political institutions that lead us to consider them polyarchic in the first place.

Democratic Institutions

Political institutions

- Rules (formal and informal) that structure the political game/determine political decisions
- Higher order procedures that structure how policy is made
- Institutions are "sticky" - easier to change policy than rules (continuity)

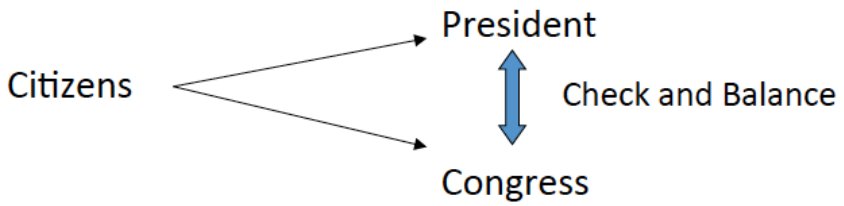
Constitutions

- Many different rules or institutions can be democratic
- These rules are typically found in a constitution that sets out institutions; defines the relationships between (among others):
  - branches of government (executive, legislative, judicial)
  - citizens and government
  - politicians and the bureaucracy
  - regions and the centre
- But constitutions vary from virtually non-existent (UK) to complex series of integrated treaties (EU).
  → UK: series of norms/rules that have developed (e.g. legal precedents) ≠ written document → parliamentary supremacy, difficult to determine the rules
- Are open to varying degrees of interpretation by political actors.
  → short, vague constitutions
- Vary in ease with which they can be changed → degree of "stickiness" varies
  → US: document from 1789 → 27 amendments in 230 years (rules are hard to change, but understanding might shift) vs. Germany: ca. 60 amendments in 70 years
- Often include a list of guaranteed basic rights
- But then also specific the nature of relationship between branches of government
- Sets up "chains of delegation" → delegate tasks

Democratic Delegation

- In representative democracy, we can think of constitutions as setting up a "chain of delegation." → Delegation involves principals delegating authority to agents.
  - insufficient time, information, ability
- Principal hires an agent
- Agent may have different goals, an informational advantage and may shirk!
  → agents can shirk from the tasks they were delegated by the principals: difficult for principals to know if the agent did what was expected (informational disadvantage)
- Monitoring by principal is essential (and costly)
  → agency slippage unavoidable → total monitoring = principal doing the task
- Representative democracies differ in their chains of delegation: any chain of delegation begins with the citizens

Presidentialism



- Citizens give authority to the president and the legislature
- The two agents are independent: democratic authority
- They can be from different parties: divided government
- Checks and balances: they cannot get rid of each other, they do not have to agree → if they can't → status quo
- No delegation between the president and the legislature: separation of powers

Parliamentarism

Citizens → Parliament ↔ Government

- Citizens delegate authority to the parliament, which further delegates it to the executive branch/government → one chain of delegation
- Government is an agent of the parliament: elected by the parliament + parliament can get rid of government and vice versa
  → vote of no confidence: if the government cannot get policies passed/lost majority in parliament (e.g. coalition breaks up)
  → vote of confidence: government can dissolve parliament/if it has an important vote that it wants to get passed
- Fusion of powers

Constitutional agenda-setting

- Who formally proposes policy/legislation to whom? → agenda-setting power
- Veto-power: block policies
- Agenda-setting rights: propose policies
- In US presidential system Congress proposes legislation to the president
  → Congress: agenda-setting power, president: veto-power (cannot set policy, only block it)
  → the president can draft a policy but it has to be accepted by congress: congress can do whatever it wants with it → in the end it can look nothing like the president's idea
  → executive orders: but they can be overturned (it is not in the law)
- US President complains of being unable to do anything with Congress
- In parliamentary system Government proposes legislation to parliament
  → Government drafts policies; parliament passes the policy if the governing party has a majority (can only veto)
- UK Parliament (backbenchers) complain about being a "rubber stamp"

The Executive

- Draft policy platform and set policy goals
  - Can the executive directly propose policy/legislation?
  - Does it control the legislative agenda?
    → ability to realise the goals differ in systems: UK: governing party can set the agenda; US: president only has veto-power
- Oversee policy implementation through the bureaucracy
  - Further chains of delegation
  - To whom is the bureaucracy responsible? The government; or both the government and legislature?
- Nature of executive
  - Single individual (president); Collective responsibility (cabinet, Bundesrat)

Legislative Organisation

- Constitutions also lay out the structure of legislatures
  - Bicameral or unicameral: federalism (people, states), country size
  - Role
    - law-making: presidentialism vs oversight: parliamentarism
    - Role and power of upper and lower chambers
    - Role and power of committees
- Power of the executive varies within parliamentary systems: easy or difficult for

government to pass a policy unchanged
- Weak vs. strong presidents vis-à-vis parliament

Judicial Organisation

Courts adjudicate disputes between:
- the branches of government
- citizens and the government
- levels of government (if federal): e.g. disputes between houses/ executive order vs. legislature

And determine constitutionality of laws through judicial review (sometimes):
- assuming parliament is not supreme
- judicial review can be a priori or ex post
- strength of courts to engage in judicial review varies, but has generally increased
  → judicial review in systems with supreme parlament is seen as undemocratic

Levels of Government

Federalism - a delegation game
- But who is delegating to whom?
- Lower levels to centre
- Or centre to lower levels
- What is the optimal size and shape of the state?

Pros:
- Subsidiarity: keep government close to the people
- Solve credible commitment problems and check central government
- Lead to efficiency through competition (e.g. taxes)
- Ensures people in regions feel represented

Cons:
- But may lead to coordination problems, e.g. different regulatory standards in states
- Or worse: race to the bottom → exploit competition: powerful actors can force e.g. tax
- Opportunities for powerful actors to exploit competition
- Malapportionment: but necessary act to make small/independent regions delegate power to the centre + to be part of the federation

Multilevel governance
- Levels of government can be overlapping and not always hierarchical creating even more complicated delegation structures
- Regions created in UK for purposes of allocating structural funds
- Independent school districts in Texas do not map onto any other local government boundaries or structures.

Trends (in Europe)
- Increased centralization in Brussels.
- Increased pressure to empower regions (e.g. Scotland, Catalonia)
- Resistance to Brussels' power (e.g. UK Brexit, populism)

IV.2 Typologies of Regimes (18.11.19)
Lektüre: “Chapter 4: Political Systems and Government Formation” Democratic Politics in Europe

Classifying democratic regimes

- Chains of delegation: Presidential vs parliamentary (and semi-presidential)?
- Nature of decision-making: Majoritarian vs. consensual (different actors have access to power), multiparty government, federalism
- Policy stability and change: Veto Players → amount of actors that have to agree to policy change
  → majority government + one chamber: gov. can do what it wants, unstable policy
  → coalitions + two chambers: stable policy, a lot of players have to agree to policy change

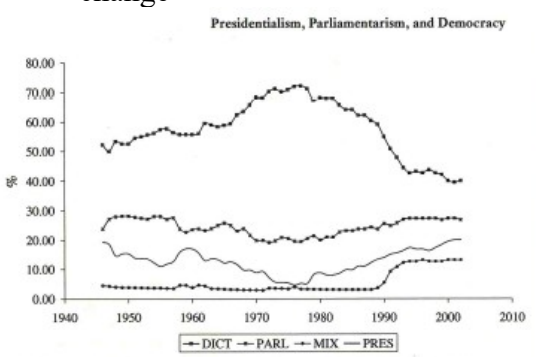


Figure 2.2 Proportion of Democracies and Dictatorships in the World, 1946–2002.

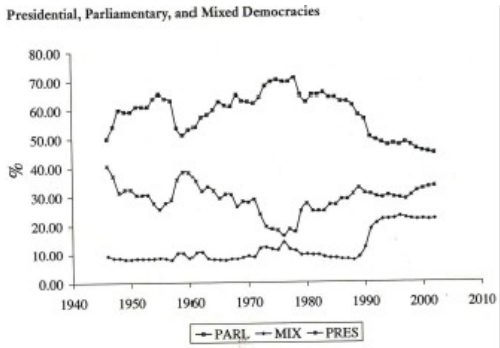


Figure 2.3 Forms of Government in Democratic Systems.

Paliamentary vs. presidential government
Parliamentary fusion of Powers

- Government responsible to parliament, government can dissolve parliament.
- Government has agenda-setting power

Presidential separation of powers

- Legislative and executive branches elected separately.
- Legislature has agenda-setting power (to varying degrees)

Variation between regime types

- Different level of parliamentary government control
  - High government agenda control: UK and Ireland
  - Lower government agenda control: Germany (parliament can make amendments to policy → weaker executive) and Sweden
- Different powers for presidents
  - Higher agenda control: Chile
  - Lower agenda control: US

Government powers in parliamentary systems

- Ability to attach vote of confidence to bill confers significant legislative power on PM and government.
  - Changes the debate from the bill to remaining in office (threat of new elections) → costly: loss of credibility if done too often (PM unable to control the government) → mechanism to enforce discipline
- Leads to (potentially) higher levels of party discipline than in presidential systems
- Lack of "fusion" between executive and legislature means presidents cannot have such power

Benefits and costs of regime types: Is one or the other "better" for democracy? Are parliamentary or presidential systems more likely to become stable democracies?
→ The Linz-Horowitz Debate
- Linz: parliamentary types are better: coups in Latin American presidential systems
- Horowitz: parts of presidentialism might be better: post-colonial African countrie

Parliamentarism
- Pros:
  - Clear chain of delegation (no dual mandate)
  - No fixed terms: Votes of (no) confidence → solve disagreements with institutions ≠ coups
  - PM must make decisions in conjunction with others → more actors in the executive (inclusion, cabinets) → more deliberation
- Cons:
  - Unclear or difficult to understand election outcomes
  - No fixed terms: many/few general elections
  - Sometimes unclear who to hold responsible

Presidentialism
- Pros:
  - Clear, easy to understand electoral outcomes
  - One person "in charge"
  - Fixed terms: no continual elections when there is no agreement
- Cons:
  - Fixed terms
  - Unclear chain of delegation
  - One person in charge (easier for coups)

Presidential vs. parliamentary regimes: the data (Linz vs. Horowitz Debate)
- Empirically, parliamentary regimes are more likely to be democracies, less likely to experience coups and regime reversals
- Presidentialism: more susceptible to breakdown
- Linz: causal → parliamentary regimes are conducive to democracy, presidential regimes not
- Horowitz: other factors that make presidential regimes vulnerable
  → poorer, slower economic growth, larger countries/more difficult to govern, military legacy/history of military involvement (Latin America)

TABLE 3
UNIVERSE OF THE 53 NON-OECD COUNTRIES THAT WERE DEMOCRATIC FOR AT LEAST ONE YEAR BETWEEN 1973 AND 1989 AND ALL THE COUNTRIES FROM THIS SET CONTINUOUSLY DEMOCRATIC FOR ANY TEN CONSECUTIVE YEARS IN THIS PERIOD

	Regime Type during Democracy		
	Pure Parliamentary	*Pure Presidential*	*Semipresidential or Mixed*
Total non-OECD countries democratic for at least one year during 1973–89	28	25	0
Number of countries from above set continuously democratic for ten consecutive years in this period	17	5	0
Democratic survival rate	61%	20%	NA

- Parliamentary rules provide semi-constitutional mechanisms for military to have influence without engaging in full-scale coup. + makes govmts. fall behind the scenes

What Makes Presidential Democracies Fragile?

Table 6.1. *Characteristics of Parliamentary and Presidential Democracies*

	Parliamentary[a]	Presidential
Per capita income (1995 PPP$)	6,764	4,467
Economic growth[b]	2.48%	1.59%
In small countries[c]	25.40%	8.49%
In Latin America[d]	0.09%	62.30%

[a] Includes mixed systems.
[b] Annual change in per capita income.
[c] Population less than 1 million in 1980.
[d] Nineteen Spanish- and Portuguese-speaking countries.

Semi-presidentialism

- Directly elected presidents share responsibilities with Prime Minister
- Presidents serve as head-of-state and typically take primary responsibility for foreign policy → influence on national policy varies
- France; Poland; Lithuania; Finland (pre 2000)
- France
  - President can dissolve National Assembly; appoints ministers
  - Has suspensive veto - can refer legislation back to the parliament for another reading
  - Can refer laws for constitutional review
  - But cannot dismiss PM
    → Cohabitation curtails power of president → if the president isn't from the same party as the majority in parliament (little power for president cannot appoint PM), but less likely since shortening of presidential terms (elections at the same time)
- Poland: President can veto laws; refer them to supreme court.
- Lithuania: President can veto sections of laws and suggest new amendments!

Indirectly elected presidents

- Irish president can refer bills to High Court for a priori constitutional review
- Italian president has significant powers over government formation in times of crisis.
- German president can dissolve Bundestag and call for new elections if no potential governing coalition receives a majority of the vote
  → often ceremonial positions, but might have power in times of crisis

Majoritarian vs. Consensual Demcracy (Arend Lijphart's Two Dimensions)
Majoritarian Democracy

- Electoral institutions produce single party governments
  → concentration of power in a single majority ≠ different interests
- Two party system
  → UK: one party with majority in parliament controls the entire governing apparatus (opposition with little power → questioning) → things can change quickly (≠ USA)
- Unicameral legislature
- Unitary state (not federal)
- Few checks on ruling party
- Majority reigns supreme

- Pros:
  - Clear, easy to understand outcomes

    - Quick responsiveness
- Cons:
    - Minority needs to wait until next election
    - Representation?

Consesual Democracy
- Electoral institutions are proportional - no single winner
  → more people are represented (minorities)
- Multi-party system (in parliament + government → coalitions)
- (Strong) Bicameral legislature (consensus among different groups to govern)
- Coalition governments
- Consensus needed to govern
  → combinations possible: USA → Majoritarian (two parties, majoritarian voting, etc.) + Consensus (federalism)
- Pros:
    - Need to find solutions acceptable to disparate groups
    - More citizens have a stake in government
- Cons:
    - Difficult to enact change
    - Unclear how to elections lead to change

Veto Players (Tsebelis)
- Theory focuses on ability of system to produce policy change
- How many political actors are empowered to block policy change?
    - Institutional actors (e.g. legislative chambers, president)
    - Partisan actors (parties in coalition government)
- How great is the ideological distance between them?
- More veto players with greater ideological between them leads to more policy stability
  → more actors that are ideologically far apart that have to agree: policy change less likely
  → stability of policy vs. quick policy change
- Stable policy: Strong + many veto players → government with less possibility for action vs. more policy change: majoritarian party + few veto players

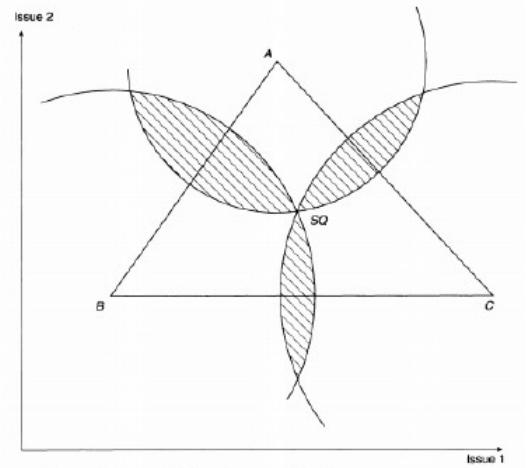


Fig. 1. Winsets of status quo with three players in two dimensions

Lektüre

Das Politische System der EU
- Zweiteilige Exekutive: supranationale Exekutive (Commission) + Regierungen der Mitgliedsstaaten (European Council)

Types of Coalitions
- **singel-party majority government** (politicians that are driven by the spoils of office = "office-seeking")
- **minimal winning coalition**: if no party has a majority, but the politicians/parties are driven by office-seeking → as little parties as possible
  → **minimum winning coalition**: the coalition with the lowest number of surplus seats

- **surplus majority coalition/oversized coalition**: even if the of the coalition parties were to withdraw, the coalition would still stand.
- **minority governments**: single-party/coalition governments that do not possess a majority in parliament → they govern by forming ad-hoc coalitions
- **policy-seeking**: politicians do not only seek office for the sake of it, but also to implement policies that their voters expect from them
  → this affects the possible coalitions: some parties would rather stay out of government than be in one with partners which have opposing ideas on policies.
  → coalitions form with parties that are ideologically close to one another: **minimal winning connected coalitions**
  - but: if we look at more dimensions this is more difficult: one party might be ideologically close to another on one topic and far away in another.

Institutions
- Who gets to try and form a government first? → **formateur**
- Who gets to appoint the formateur? → **informateur**
  → this can have an effect on the formation and nature of a government

IV.3 Representative and Direct Democracy (20.11.19)
Lektüre: "Chapter 4: Political Systems and Government Formation" Democratic Politics in Europe

What's the role of a representative?

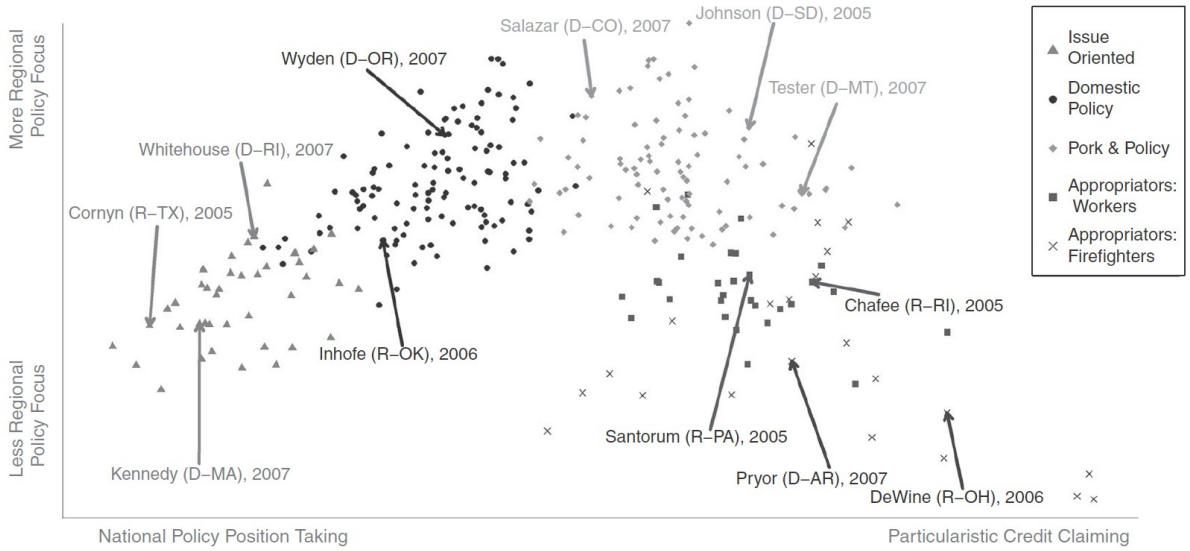
Delegate model
- Representatives are agents of citizens, expected to implement "will of the people" or constituents
  → otherwise: failure of representation = failure of democracy
- Assumes that a "will of the people" exists (and representatives can know what it is)

Trustee model
- Representatives are elected to take decisions that they view to be in the best interest of the country/constituency/greater good (even if it sometimes does not align with the views of the people that voted them in)
  → possible to aggregate the views of many people into one policy
- Assumes that there is a "greater good"
- Perhaps more willing to accept if descriptive representation is high (mirror of society)
  → delegation of authority: putting trust in the representative to do what she thinks is right → elections as possibilities to sanction representatives

Measuring representation (How do we know that representation is happening?)
- In delegate model, we would like to be able say that when voters move left/right, representatives move left/right → ideological shifts
- Voter preference needs to be known
  - people have unstable policy positions or preferences → if they do, we need to measure and aggregate it
- What's the ideological content of policy that representatives are passing
  - Difficult to measure the ideological content of policy
  - Difficult to compare with position of voters

Styles of representation

FIGURE 1 A Typology of Home Styles in the U.S. Senate



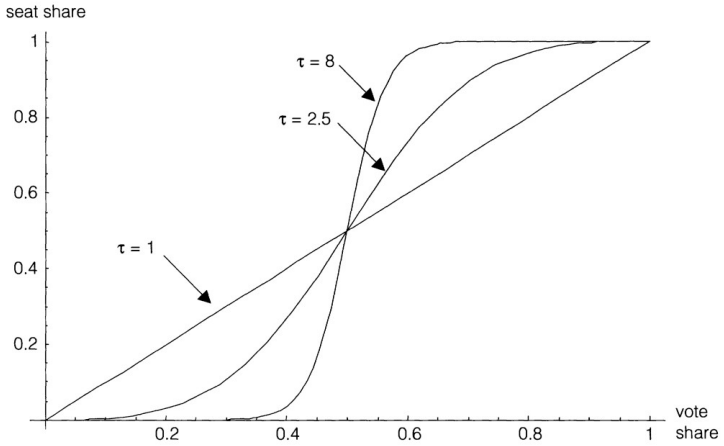
- National vs. particularistic (e.g. funds for particular projects) policies
- National vs. regional focus
  → different connections between senators and voters = different styles of representation
  → particularistic focus: Senator does not match the voters → talk about State not Republican/Democratic policies on the national level
  → focus on national policies: good matches

Institutions and Voters

- Governments in consensual democracies more often cover the middle of political space
- Different electoral rules seem more conducive to electing women and minorities
  → proportional representation
- And higher descriptive representation can lead to more participation and trust in democracy in underrepresented groups.
  → some evidence that type of democratic institutions matter

Institutions and Representation

- Electoral systems mediate the relationship between votes and parliamentary seats and therefore impact representation
- No system is perfectly proportional (1:1)
- Electoral institutions can foster and undermine representation
  - Gerrymandering and malapportionment can impact representation
  - Gerrymandering can plague majoritarian systems (one district, one rep.); malapportionment a problem in federalism and some proportional systems.



Gerrymandering

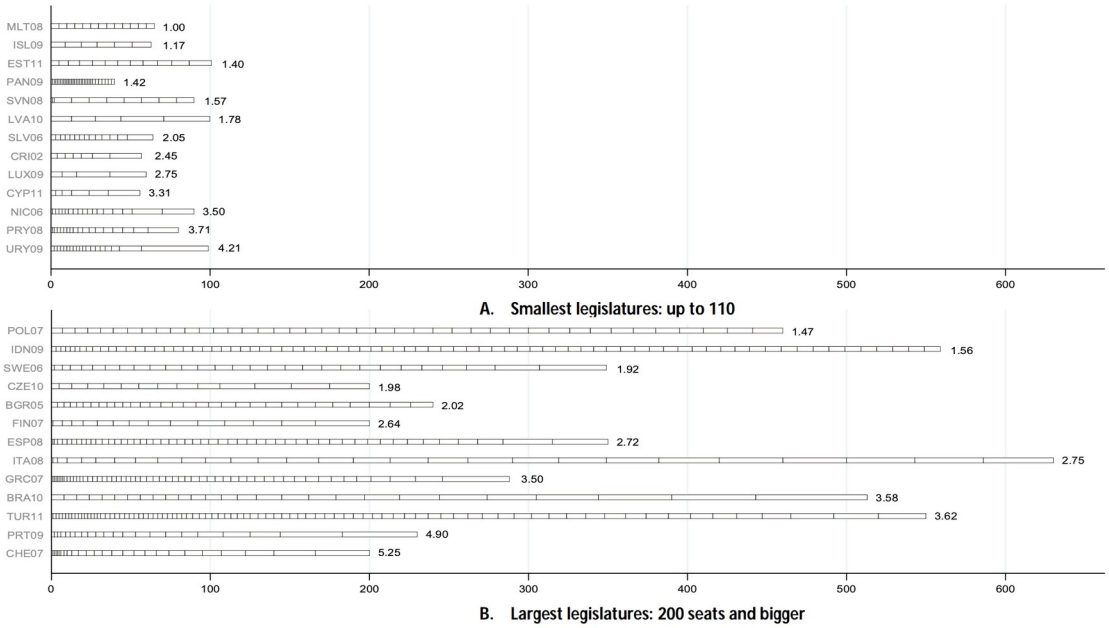
- Politicians drawing electoral districts to benefit own political group
  → e.g. pack all left-wing voters/cities into one district → single member districts
  → win all the other districts easily
- Shape of districts - measures focusing on geography
- Efficiency gap - how many more votes does one party need than another to win the same number of seats?
- Legitimate reasons for "gerrymandering"
  - Improve descriptive representation: Majority-minority districts
    → chance for minority to win a seat and be represented in parliament (trust system)
  - Efficiency gap can occur due to simple demographics - people choosing to live closer to people similar to themselves
- Solutions to gerrymandering:
  - Don't allow for partisan role in re-districting; districting done by non-partisan panels
  - Follow natural borders or existing political boundaries when drawing districts
  - Proportional electoral systems

Malapportionment

- Districts of different sizes mean that some voters' votes count more than others. Violation of one-person-one-vote principle
  - UK: Median number of constituents per constituency 56,000 in Wales; 68,300 in N. Ireland; 67,200 in Scotland, and 72,200 in England.
  - Welsh voter's vote carries approx. 29% more weight than an English voter's vote
  - Wyoming has 2 Senators to represent less than 600,000 people;
  - California has 2 Senators for approx. 40 million people.
  - Canton Zürich has a population almost as large as the smallest 12 cantons taken together.
- District magnitudes vary and malapportionment can occur in proportional systems, too.
- Malapporionment is particularly acute in federal systems: over-representation of small states (also a reason for gerrymandering: no national solution → states can decide re-districting)
  → normatively negative, but federalism might have been the reason to join the federation in the fist place

- Malapportionment can affect representation and congruence
  - Politicians pay more attention to relatively overrepresented areas
    → same amount of money can affect small states more than big ones → "buy" votes for a policy
  - Over-representation of rural interests; small states
  - May shift ideology; partisan composition
    → interests of small states overrepresented (e.g. right-wing views)
  - But can guarantee representation for people from small regions in federal systems

Figure 1. District magnitudes within countries



- Proportional systems also suffer from malapportionment (not only single-member districts)
  → Places with big differences in representation/amount of representatives

Direct Democracy

- Who gets to write the questions that voters will vote on? Politicians or the voters?
  - Referendum vs. Popular initiative
- How does a question get on the ballot?
  - Some referendums mandated by law (e.g. constitutional change or transfer of sovereignty in Ireland, Denmark, Switzerland)
  - Politicians can put vote to the public (e.g. UK EU referendum)
  - Popular initiatives and "Fakulative Referenda" gain ballot access by acquiring signatures (e.g. California, Switzerland)
    → institutions matter: e.g. number of signatures necessary (more difficult to get something on the ballot)
    → "buying" signatures is a problem → money can determine what gets on the ballot

Does direct democracy lead to better representation?
→ We might think so because it allows voters to make decisions directly. (→ So outcomes must reflect what voters want?)

- Issue framing matters and those writing the questions possess a great deal of control
- Different rules may lead to different outcomes: e.g. doppeltes Mehr vs. single majority (Brexit)

- May be impossible to ascertain the "will of the people" in complicated questions
- Possible tyranny of the majority
- May add an additional veto player (the people) → policy stability
- Assumes high level of knowledge and sophistication among voters

Democratic Innovations
Deliberative democracy and deliberative assemblies
- Random group of people selected representing the whole of society
  → discussion, information → policy recommendation
- Opportunities for citizens to come together to hear evidence on topics and discuss policy → nation wide discussion about moral questions, increasing voter knowledge + citizen participation
- Used in Ireland before controversial referendum on legalising gay marriage
- Some evidence that they increased voter knowledge, understanding and participation

IV.4 Wahlsysteme (25.11.19)
Lektüre: Clark, Golder, Golder. (2009). Principles of Comparative Politics.

Präferenzen → **Stimmen** → **Sitze**

Wie stimmen Bürger*innen? Wie werden Stimmen in Sitze umgerechnet?

→ "The most important choice facing constitution writers is that of a legislative electoral system." Arend Lijphart

Wahlsysteme
- Definition: Meachanismen für die Übersetzung von Bürger*innen-Präferenzen in (Parlaments-)Sitze.
  → Hauptformen: Majorz, Proporz, Mischformen

Beschreibung von Wahlsystemen
- Elektorale Formel
  → Wie man Stimmen in Sitze übersetzt.
- Stimmstruktur (ballot structure)
  → Ob Bürger*innen für Personen oder Listen stimmen und ob man noch zusätzliche Anpassungen machen kann (kumulieren, panaschieren, etc.).
- Distriktmagnitude
  → Wie viele Sitze in einem Wahldistrikt vergeben werden (z.B. Israel: ein Wahldistrikt, CH: Kantone) → Präferenzen gut darstellen.

Majorz (Mehrheitswahlrecht)
- Kandidat*in mit meisten Stimmen gewinnt (absolutes oder relatives Mehr).
  → den Sitz erhält die Person, welche die meisten Stimmen auf sich vereinen kann
- Tendiert dazu stärkste/grosse Partei auf Kosten von kleineren Parteien zu bevorteilen.
- Meist sind es Einerwahlkreise.
- Existiert in verschiedenen Versionen, z.B.:
  - Einerwahlkreis mit einfacher Mehrheit
  - Zweirundensysteme
  - Präferenzstimme (Alternative vote, AV)

Majorz: Einerwahlkreis mit einfacher Mehrheit

- Kandidat*in mit höchster Stimmenzahl gewinnt (bspw. 21%).
- Klarer Link zwischen Wahlkreis und Parlamentarier*in.
  → Klare Verantwortlichkeit
- Kann aber zu stark verzerrten nationalen Ergebnissen führen, bspw. zehn Wahlkreise und überall A=36%, B=35% und C=29%. → Verzerrung möglich: grosser Teil der Präferenzen der Bevölkerung nicht im Parlament vertreten
  → eine Kandidatin kann gewinnen, welche die Mehrheit der Bevölkerung nicht wollten
- Beispiele: Vereinigtes Königreich und ehemalige Kolonien (Kanada, Indien, Nepal, Trinidad).
- Oft strategisches Wählen: z.B. zweitschlimmste Partei wählen (nicht die liebste), damit die schlimmste nicht gewinnt. → Stimmen "verschwenden"

Majorz: Zweirundensysteme

- Falls im ersten Wahlgang keine Kandidat*in das absolute Mehr erreicht, kommt es zu einem zweiten Wahlgang bei dem das relative Mehr ausreicht.
- Variationen: Kandidierende kommen nur in den zweiten Wahlgang, falls sie eine bestimmte Schwelle an Stimmen überschreiten (z.B. 12.5% in Frankreich).
- Oft scheiden Kandidat*innen "freiwillig" in der zweiten Runde aus (Bsp: Moser und Schlatter, SR Wahlkampf Zürich 2019). → Koordination in zweiter Runde
- Vorteile gegenüber SMDP:
  - Wähler*innen können ehrlich wählen (≠ strategisches Wählen) → v.a. 1. Runde.
  - Keine "verschwendeten" Stimmen.
- Beispiele: Frankreich (Nationalversammlung, 12.5% Regel).

Majorz: Präferenzstimme (Borda-Count)

- Wähler*innen geben Präferenz über alle Kandidierenden an → Rangliste.
- Wenn niemand absolutes Mehr erreicht, dann wird die schlechteste Kandidat*in gestrichen und ihr Stimmen verteilt.
  → Wiederholung bis jemand absolutes Mehr erreicht.
- Führt dazu, dass es keine `verschwendeten' Stimmen gibt.
- Beispiele: Australien.

Proporz (Proportionales Wahlrecht)

- Mehrere Kandidat*innen pro Wahlkreis.
- Sitze werden proportional auf Parteien aufgeteilt.
  → Präferenzverteilung der Wählerschaft so getreu wie möglich auf Sitze übersetzen
- Abgrenzung zu Majorz: Mehrere Sitze pro Distrikt und man berechnet für jeden Sitz Stimmengrenzwerte (quota oder divisor).
- Bedingt Parteien, da man Listen generiert.
- Führt zu kleineren Parteien im Parlament.
- Teilweise Sperrklauseln um Zersplitterung zu verhindern (z.B. Deutschland: 5%).
  → Problem: grosse Anzahl Kleinparteien (z.B. Weimarer Republik)

Proporz: Listensystem

- Jede Partei bildet eine Liste mit Kandidat*innen.
- Quota de_niert nötige Stimmenzahl, um eine Sitz zu erhalten.
- $Q_d = V_d / M_d + n$
- V_d : gültige Stimmen in d, M_d: Distriktmagnitude, n = 0,1,2,... (Anzahl Sitze zu

vergeben)
(Hare, Droop, Imperiali, ...)

- Danach braucht es noch einen Mechanismus um die restlichen Sitze zu vergeben (grösster Rest, höchster Durchschnitt, modifizierter höchster Durchschnitt)
  → Restsitze: verschiedene Varianten

Beispiel: Hare und grösster Rest → Hare: n = 0

TABLE 12.8 Hare Quota with Largest Remainders

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Quota							10,000
Votes/quota	4.7	1.6	1.58	1.2	0.61	0.31	
Automatic seats	4	1	1	1	0	0	7
Remainder	0.7	0.6	0.58	0.2	0.61	0.31	
Remainder seats	1	1	0	0	1	0	3
Total seats	5	2	1	1	1	0	10

Beispiel: Hare und grösster Durchschnitt

TABLE 12.9 Hare Quota with Highest Average Remainders

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Quota							10,000
Votes/quota	4.7	1.6	1.58	1.2	0.61	0.31	
Automatic seats	4	1	1	1			7
Votes/Automatic seats	11,750	16,000	15,800	12,000	0	0	
Remainder seats	0	1	1	1	0	0	3
Total seats	4	2	2	2	0	0	10

→ Nachteil für kleine Parteien/Vermeiden von vielen Kleinparteien.

Divisor statt Quota
d'Hondt, Sainte-Lague, modifizierter Sainte-Lague. Divisor d'Hondt 1,2,3,4,5, ... / SL: 1,3,5,7,... / mSL: 1.3=4,3,5,7,...

TABLE 12.10 Translating Votes into Seats Using the d'Hondt System

	Party A	Party B	Party C	Party D	Party E	Party F	Total
Votes	47,000	16,000	15,800	12,000	6,100	3,100	100,000
Seats							10
Votes/1	**47,000 (1)**	**16,000 (3)**	**15,800 (4)**	**12,000 (6)**	6,100	3,100	
Votes/2	**23,500 (2)**	**8,000 (9)**	**7,900 (10)**	6,000	3,050	1,550	
Votes/3	**15,666 (5)**	5,333	5,266	4,000	2,033	1,033	
Votes/4	**11,750 (7)**	4,000	3,950	3,000	1,525	775	
Votes/5	**9,400 (8)**	3,200	3,160	2,400	1,220	620	
Total seats	5	2	2	1	0	0	10

Note: The numbers in parentheses indicate the order in which the ten seats in the district are allocated among the parties.

Proporz: Doppelter Pukelsheim

- "doppeltproportionale Divisormethode mit Standardrundung", Markus Notter (Apéro-Wissen)
- Seit 2006 im Kt. Zürich, heute auch in AG, SH, NW, ZG, SZ und einige Städte.
- Zuteilung auf kantonaler Ebene nach Parteistärken. Dann werden für jede Partei Ihre Sitze nach Wahlkreisen vergeben.
- Führt dazu, dass die Verteilung proportionaler erfolgen kann.
- Nachteil: Partei A kann mit weniger Stimmen als Partei B in WK 1 trotzdem mehr Sitze gewinnen (weil Partei A kleiner ist, und sonst keinen Sitz hätte).

Proporz: Listensystem

- Distriktmagnitude: je mehr Sitze vergeben werden, desto proportionaler kann das Resultat ausfallen. Insbesondere wichtig für kleinere Parteien.
- Sperrklauseln: PR Systeme haben oft Mindesthürden, um Parteizersplitterung zu verhindern.
- Listentypen: Offene vs geschlossene Listen.
  → manipulierbar: kumulieren, panaschieren, Reihenfolge verändern vs. Listenplatz festgesetzt

Proporz: Single Transferable Vote

- Bsp für Proporz ohne Parteilisten.
- Ähnlich wie Präferenzstimme: Bürger*innen geben Reihenfolge an (mind. eine Kandidat*in).
- Kandidat*in mit Stimmen > Quota erhält einen Sitz, wenn kein
- Sitz vergeben werden kann, werden schwache Kandidat*innen gestrichen und ihre Stimmen umverteilt.
- Beispiel: Irland.

Beispiel STV: verschiedene Reihenfolgen

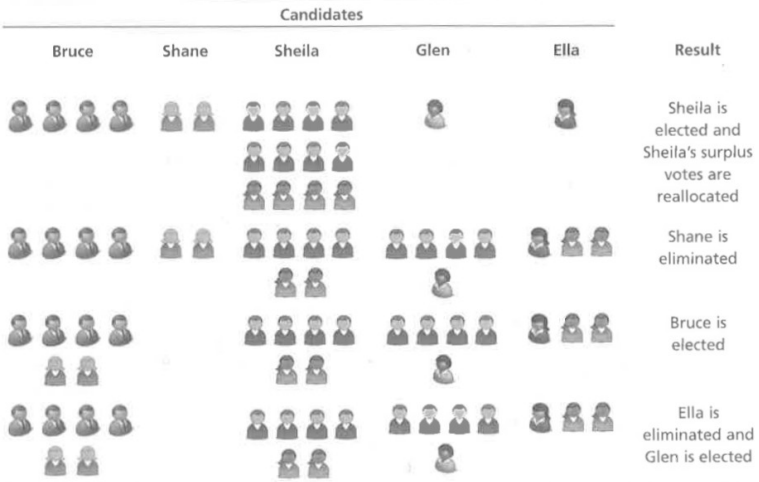
TABLE 12.12 **Results from Twenty Ballots in an STV Election**

Voting round						
1st	Bruce	Shane	Sheila	Sheila	Glen	Ella
2nd	Shane	Bruce	Glen	Ella		
3rd			Ella	Glen		

Note: Each icon represents a ballot and each type of icon reflects a particular rank ordering of the candidates.

- 6 Stimmen → Quota: 20 / 3+1 +1 = 6
- Gewählte Person hat 6 Stimmen, wenn sie mehr hat, werden sie an andere verteilt
- Eliminierung der schwächsten Kandidat*in → dann wird die zweite Wahl berücksichtigt.

TABLE 12.13 The STV in a Three-Seat District with Twenty Voters



Note: Each icon represents a ballot and each type of icon reflects a particular rank ordering of the candidates. See Table 12.12 to see the particular rank ordering of the candidates associated with each icon.

Mischformen
- Man kann auch beide Formen mischen.
- Beispiel: Deutscher Bundestag
  - Hälfte der Sitze vergeben als Direktmandate (Majorz).
  - Andere Hälfte vergeben via Proporz (Zweitstimme) → Parteien

  → Vorteile des Majorz: direkte Verbindung der Parlamentarier*innen und Wähler*innen

  → Vorteile Proporz: Proportionales Ergebnis, Berücksichtigung kleiner Parteien

Effekte von Wahlsystemen

Direkte Konsequenzen
- Mechanische Effekte: Schwierigkeit für kleine Parteien in Majorz.
- Strategische Effekte:

	Bürger*in	Partei
Majorz	Stimmen nicht zwingend für erste Wahl	Eher Bündnisse
Proporz	Ehrliche Stimmabgabe	Freie Parteibindung

- Verzerrung vs. Proportionalität (kleine Parteien)
- Unterschiedliches Verhalten bei Wähler*innen → strategischer Mechanismus: Präferenzen vs. Stimmen
- Parteien: Majorz → Bedürfnisse (Rückzug von Parteien, um andere zu unterstützen)

- PR (und hohe Magnituden) führen eher zu proportionalen Verteilungen.
- Mehr Wahldistriktarbeit in SMDP Systemen.
- Majorz hat mehr Wahl-zu-Wahl Varianz.

Direkte Konsequenzen: Duverger's Law
- Relatives/absolutes Mehr reduziert Anzahl Parteien → Zweiparteiensystem.
- Verhältniswahlrecht steigert Anzahl Parteien → Mehrparteiensystem.

  → Gilt auf Distriktebene (siehe UK).

Indirekte Konsequenzen

- PR Systeme neigen zu Koalitionsregierungen (kein absolutes Mehr einer Partei).
- PR führt eher zu Mitte-Links Regierungen und das führt zu mehr Umverteilung.
- PR führt zu höheren Staatsausgaben (→ gibt aber Zweifel)
  → Wahlsysteme sind Konsequenzen von Prozessen: Faktoren, die zu PR führen, könnten auch zu mehr Umverteilung führen.

Historische Entwicklung

Majorz zu Proporz

- Nationalstaaten im 19. Jahrhundert haben Majorzsystem.
- Stein Rokkan erklärt die Änderung zu Proporz wie folgt:
  - Ende 19. Jahrhundert: Ausdehnung aktives Wahlrecht → an ökonomisch schwächere Schichten. → Unterschiede in Wahlergebnissen
  - Industrialisierung: Erhöhte Unterstützung für Sozialisten/Sozialdemokraten.
    → räumliche Ballung der Arbeiterschaft → "Linke Gefahr" vs. etablierte konservative + liberale Parteien
  - Etablierte Parteien (Liberale/Konservative) fürchten Verluste bei zukünftigen Wahlen.
  - PR als Schutz ihrer Machtposition (der "roten Welle" entgegentreten).

Schweiz

- Drei Initiativen für die Einführung von PR für NR (1900, 1910, 1918).
- Erste PR Wahlen in 1919: Starke gewinne für SP&BGB, Verluste für FDP.
- Distriktmagnitude des Nationalrats unterscheidet sich aber stark:
  ZH (35), BE (24), VD (19), etc. vs. AI (1), AR (1), UR (1), etc.
  → Magnitude matters!
- Auf kantonaler Ebene: Tessin 1895
- Bis heute sind Fragen zum Wahlrecht politisch virulent (seit 2013 BG Entscheide gegen Wahlrecht in UR, SZ, ZG und NW).
  → Wer darf wie wählen ist die wichtigste Entscheidung
  → Systemänderung: Strategien der Wähler*innen können sich ändern (→ Stimmen nicht auf anderes System übertragen)

Lernziele

- Sie kennen verschiedene Wahlsysteme und verstehen wie diese funktionieren.
- Sie kennen verschiedene direkte und indirekte Effekte von Wahlsystemen.
- Sie verstehen die wichtige Rolle von Wahlsystemen und wie diese entstehen, resp. sich ändern können.